



universität  
wien

# DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Die geopolitische Falle im Transnistrien-Konflikt“

Verfasser:

Vladimir Chiveri

angestrebter akademischer Grad

Magister der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, im Jänner 2012

Studienkennzahl: A300

Studienrichtung: Politikwissenschaft

Betreuer: Univ. Prof. Dr. Hans-Georg Heinrich



## **Eidesstattliche Erklärung**

Ich erkläre hiermit an Eides Statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht.

Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht.

Wien, am 31.01.2012

Unterschrift  
(Vladimir Chiveri)



## **Danksagung**

Ich möchte am Beginn meiner Diplomarbeit die Gelegenheit nutzen, mich bei meiner Ehefrau Sanda und meinem Sohn Christian für die seelische Unterstützung bedanken. Danke für die Motivation die Arbeit doch noch in diesem Studienplan fertig zu schreiben, für den unermüdlichen Einsatz und für die guten Ratschläge.



# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Einleitung</b> .....	<b>1</b>
1.1. Methodik.....	5
1.2. Forschungsstand .....	6
1.3. Theorie.....	7
<b>2. Geschichte Transnistriens</b> .....	<b>13</b>
2.1. Das Gebiet Transnistrien .....	13
2.2. Bevölkerung Transnistriens bis 1812.....	15
2.3. Anzahl der rumänischen Bevölkerung in Transnistrien bis 1945 .....	18
2.4. Bessarabien unter Besatzung des Zarenreiches 1812-1918 .....	21
2.5. Die Entstehung der Moldauischen Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik und der Moldauischen Sozialistischen Sowjetrepublik .....	23
<b>3. Der transnistrische Separatismus 1989–1992</b> .....	<b>31</b>
3.1. Nationales Erwachen – Volksfrontbewegung.....	31
3.2. Gegenbewegung aus Transnistrien .....	34
3.3. Der transnistrische Separatismus .....	36
3.4. Militärische Organisation auf beiden Seiten.....	39
3.5. Die Vorstufe zu den ersten Kriegshandlungen.....	43
3.6. Transnistrien-Konflikt .....	45
3.7. Ethnischer vs. politischer Konflikt .....	51
<b>4. Verhandlungsprozess</b> .....	<b>55</b>
4.1. Internationalisierungsversuche bis 1992.....	55
4.2. Verhandlungsprozess .....	56
4.2.1. Memorandum über die Grundlagen der Normalisierung der Beziehungen zwischen der RM und Transnistrien .....	60
4.2.2. OSZE-Gipfel Istanbul 1999 und der AKSE-Vertrag.....	61
4.2.3. Kozak-Plan.....	65
4.2.4. Juschtschenko-Plan .....	67
4.2.5. Barviha, März 2009 .....	71
4.2.6. Der Neubeginn 2010 – 2011 .....	72

<b>5. Die Internationalisierung des Konflikts – Internationale Akteure .....</b>	<b>75</b>
5.1. Russland.....	75
5.1.1. Transnistrien – die russische Marionette.....	78
5.2. Ukraine .....	84
5.3. Rumänien .....	89
5.4. EU.....	91
5.5. USA .....	96
5.6. OSZE.....	98
<b>6. Moldau in der geopolitischen Falle.....</b>	<b>101</b>
6.1. Die russische Perspektive .....	101
6.2. Der Westen.....	106
<b>7. Schlussfolgerung.....</b>	<b>109</b>
<b>8. Literaturverzeichnis .....</b>	<b>113</b>
<b>Anhang 1: Karte der Republik Moldau .....</b>	<b>125</b>
<b>Anhang 2 - Abstract.....</b>	<b>127</b>
<b>Anhang 3 - Lebenslauf .....</b>	<b>129</b>



**Abkürzungen:**

<b>AKSE-Vertrag</b>	<i>Adopterter Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa</i>
<b>ENPI</b>	<i>Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument</i>
<b>EUBAM</b>	<i>European Union Border Assistance Mission</i>
<b>EU</b>	<i>Europäische Union</i>
<b>GUS</b>	<i>Gemeinschaft Unabhängiger Staaten</i>
<b>KGB</b>	<i>Sowjetischer Geheimdienst</i>
<b>KSE-Vertrag</b>	<i>Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa</i>
<b>KSZE</b>	<i>Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa</i>
<b>NATO</b>	<i>North Atlantic Treaty Organization</i>
<b>MASSR</b>	<i>Moldauische Autonome Sozialistische Sowjetrepublik</i>
<b>MSSR</b>	<i>Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik</i>
<b>OGRF</b>	<i>Operationelle Gruppe der Russischen Streitkräfte</i>
<b>OSTK</b>	<i>Vereinigter Rat der Arbeiterkollektive (Obiedinennyi Komitet Trudovykh Kollektivov)</i>
<b>OSZE</b>	<i>Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa</i>
<b>PMR</b>	<i>Pridnestrovische / Transnistrische Moldauische Republik</i>
<b>RM</b>	<i>Republik Moldau / Moldawien</i>
<b>STK</b>	<i>Arbeiterräte (Sovjet Trudovykh Kollektivov)</i>
<b>TACIS</b>	<i>Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States</i>
<b>UdSSR</b>	<i>Union der sozialistischen Sowjetrepubliken</i>
<b>UNO</b>	<i>Vereinte Nationen</i>

**Tabellenverzeichnis:**

TABELLE 1 DIE UNTERSTÜTZUNG DER REPUBLIK MOLDAU DURCH EU. QUELLE: AUßENMINISTERIUM DER REPUBLIK MOLDAU: <a href="http://www.mfa.gov.md/privire-general/">HTTP://WWW.MFA.GOV.MD/PRIVIRE- GENERALA/</a> (AUFGERUFEN 20. DEZEMBER 2011).....	93
--	----





# 1. Einleitung

Die Republik Moldau (RM) mit ihren 33.843km<sup>2</sup> ist einer der kleinsten Staaten in Europa und war in der Sowjetunion, nach Armenien, die zweitkleinste Sowjetrepublik. Seit ihrer Unabhängigkeitserklärung 1991 sind bereits 20 Jahre vergangen und noch immer, *eingequetscht* zwischen Rumänien und Ukraine, stellt Moldau für die meisten EU-Bürger einen weißen Fleck auf der europäischen Landkarte dar.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion (UdSSR) 1991 hat mit einem Schlag 15 neue unabhängige Staaten hervorgebracht. Die Moldau war eine der ersten Republiken, die sich für unabhängig erklärt hat, zeitgleich entwickelten sich auf dem linken Ufer von Dnjestr, innerhalb der Republik Moldau, sezessionistische Bewegungen, die letztendlich im Frühling/Sommer 1992 zu einer mehrwöchigen militärischen Konfrontation führten und de facto in den Verlust des linksseitigen Dnjestr-Gebietes, besser bekannt als Transnistrien, mündete. Die Präsenz der dort stationierten 14. Russischen Armee und die Unterstützung der separatistischen Kräfte durch Moskau waren ausschlaggebend für den Konfliktverlauf und für die Etablierung eines international nicht anerkannten Staates mit eigenen Staatssymbole, Währung, Armee, Regierung usw. in den darauf folgenden Jahren.

In den letzten 20 Jahren wurde die internationale Gemeinschaft Zuschauer eines *eingefrorenen Konflikts*, tatsächlich hat sie sich von Beginn an wenig Mühe gegeben, eine aktivere Rolle bei der Lösungsfindung einzunehmen. Der Gipfel der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Istanbul 1999 läutete einen Wendepunkt ein und vor allem nach den Ereignissen der letzten sieben Jahren konnte die RM nicht mehr ignoriert werden. 2004 wurde Rumänien NATO-Mitglied und 2007 erfolgte der EU-Beitritt, dadurch wurde Moldau ein Nachbarland der EU.

Die Dnjestr-Region wird auch *das schwarze Loch* Europas genannt und ist durch Waffen-, Drogen- und Menschenhandel eine Bedrohung für die nationalen Interessen der EU geworden. Aufgrund des mehrtätigen Kriegs zwischen Georgien und Russland im Sommer 2008 ist die Transnistrien-Frage endgültig auf der Tagesordnung der internationalen Gemeinschaft angekommen.

Meine direkte Verbundenheit zu der Republik Moldau und die Kriegereignisse in Georgien waren ausschlaggebend für die Themenwahl. Die Ereignisse in Georgien haben die Europäische Union geradezu gedrängt ihr Engagement in Moldau auszuweiten und aktiv an eine Lösungssuche teilzunehmen. Auch die jüngsten Veränderungen auf die politische Bühne in Moldau haben neue Hoffnungen erweckt, auf eine Lösung nicht mehr allzu lang zu warten.

Diese Diplomarbeit soll die Frage beantworten, aus welchen Gründen eine Konfliktreglementierung bis heute nicht funktioniert hat und welche Perspektiven eine Konfliktlösung tatsächlich hat. Dabei ist entscheidend, aus welcher Perspektive die Frage beantwortet wird, denn aus der Chişinăuer Aussicht ergibt sich eine andere Antwort als aus der Moskauer Sicht. Obwohl eine Diplomarbeit möglichst neutral ein Thema behandeln soll, ist dies bei einer Konfliktanalyse besonders schwierig. Diese Arbeit wird sich auf die westliche bzw. moldauische Darstellung der Ereignisse stützen, dabei wird die russische Sicht auf die Ereignisse nicht ignoriert, sondern vielmehr kritisiert.

Diese Arbeit ist in sechs Kapiteln aufgeteilt: ein theoretischer Teil, ein geschichtlicher Teil, der transnistrische Separatismus und Konfliktverlauf, der Verhandlungsprozess, der Internationalisierungsprozess und Akteursanalyse sowie die geopolitischen Aspekte des Konflikts.

Der erste Kapitel dient zur Einleitung in der Arbeit und stellt die Methodik und die Theorie vor, auf welchen die Arbeit basiert.

Die Ereignisse in der Republik Moldau Anfang der 90er-Jahre, die Argumentationsmuster der separatistischen Bewegung, auch die russische Position und anschließend die bis heute andauernde Diskussion, auch im

Verhandlungsprozess, wem die Dnjestr-Region zuzuschreiben ist, macht eine genauere Behandlung der Geschichte dieser Region unabdingbar. Im zweiten Kapitel soll vor allem die Entwicklung dieser Region, mit Schwerpunkt Bevölkerungsentwicklung, erläutert werden. Insbesondere die zaristische Expansionspolitik und später die sowjetische *Besessenheit*, Moldau zu kontrollieren, hat einen großen Einfluss auf die Entwicklung der heutigen Republik Moldau gehabt und soll als Fundament für die Entstehung der separatistischen Bewegung Ende der 80er-Jahre verstanden werden.

Im dritten Kapitel beschäftige ich mich mit der Entstehung der secessionistischen Bewegung auf dem linksseitigen Dnjestrufer, die Rolle der 14. Russischen Armee sowie der Zentralregierung aus Moskau und auch die unternommenen Schritte der moldauischen Regierung gegen die Abspaltungsversuche aus Tiraspol sind Themen. Zudem soll analysiert werden, ob die Konfrontation tatsächlich eine ethnische Auseinandersetzung war, wie von der russischen bzw. separatistischen Seite behauptet wird.

In der Transnistrien-Frage konnte auch nach zwei Jahrzehnten keine Lösung gefunden werden. Vor allem das Verhandlungsformat in den 90er-Jahren stellte sich im Verhandlungsprozess als der größte Schwachpunkt heraus und führte zum Einfrieren des Konflikts. Es wäre falsch zu behaupten, dass eine Konfliktlösung in der Transnistrien-Frage nicht möglich wäre. Es stellt sich nur die Frage, wie viel die Republik Moldau bereit ist, dafür zu zahlen bzw. aufzugeben. Im vierten Kapitel sollen die Lösungsansätze der Konfliktreglementierung in Moldau analysiert werden. Dadurch wird ersichtlich, warum zwischen Chişinău und Tiraspol keine Einigung erzielt wurde. Auch geben die Lösungsvorschläge der Russischen Föderation einen tiefen Einblick in die tatsächlichen Ansichten Moskaus in Bezug auf diese Region.

Ein kleines Land wie die Republik Moldau ist zudem aufgrund ihrer geografischen Lage besonders gegen Interventionen von außen anfällig. Deshalb kommt der Internationalisierung des Verhandlungsprozesses eine sehr wichtige Rolle zu. Der fünftel Kapitel soll die Rolle der Internationalen Gemeinschaft sowie alle anderen involvierten Akteure behandeln. Auch sollen

die Einflussmöglichkeiten der einzelnen Akteure auf die Konfliktreglementierung erörtert werden.

Der Zuwachs der aktiven internationalen Akteure auf der politischen Bühne in Moldau in den letzten Jahren kann nur einen Grund haben, es findet eine geopolitische Aufwertung der Republik Moldau statt. Im sechsten Kapitel sollen genau dieser Aspekt und die Auswirkungen auf den Transnistrien-Konflikt angesprochen werden.

Die moldauische Geschichte ist ein sehr komplexes Thema. Der ständige Machtwechsel zwischen Rumänien und Russland in den Jahren 1812, 1856, 1878, 1918, (1924), 1940, 1941, 1944 und 1991 hatte einen großen Einfluss auf die Identität der Bevölkerung der Republik Moldau. Bereits die Frage der Bezeichnung der größten hier lebenden Bevölkerungsgruppe stellt ein großes Konfliktpotenzial dar und wird kontrovers beantwortet. Es geht darum, ob die hier lebenden Menschen als *Moldauer* oder *Rumänen* zu bezeichnen sind. In dieser Arbeit werden beide Begriffe verwendet. Der Begriff *Moldauer* wird lediglich dann verwendet, wenn es um die Staatsbürger der Republik Moldau und der Moldauischen Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik (MASSR) bzw. der Moldauischen Sozialistischen Sowjetrepublik (MSSR) geht, während der Begriff *Rumänen* die ethnische Zugehörigkeit der größten Bevölkerungsgruppe in Republik Moldau unterstreichen soll.

Ein weiteres Problem ist die Bezeichnung der Landessprache. Auch nach 20 Jahren Unabhängigkeit sind die Moldauer unschlüssig, welche Sprache sie benutzen (sollen). Offiziell wird in Moldau die *moldauische* Sprache verwendet, international wurde diese nie anerkannt. Die moldauische ist der rumänischen Sprache völlig gleichzusetzen, bis auf einer Dialektik, die es auch in verschiedenen Regionen innerhalb Rumäniens gibt. Im weiteren Verlauf dieser Arbeit wird hauptsächlich die Bezeichnung *rumänisch* verwendet, bis auf ein paar Ausnahmen zwecks Vermeidung der Kontextverzerrung, wo der Begriff *moldauisch* verwendet wird.



## 1.1. Methodik

Für die Durchführung der vorliegenden Arbeit und die Beantwortung der Fragestellung wurde die Methode der Dokumentenanalyse aus dem Bereich der qualitativen Untersuchungsmethoden angewendet. Als ein Verfahren der empirischen Sozialforschung, erweist sich die Dokumentenanalyse als perfektes Instrumentarium zur Kontextualisierung von Dokumenten. Darauf basierend, konnte anhand von bisherigen Lösungsansätzen die Interessen der beteiligten Akteure herausgelesen werden und entscheidend zur Beantwortung der Forschungsfrage beitragen. Diese Methode kommt insbesondere im vierten Kapitel zur Geltung.

Weiteres wurde in dieser Arbeit eine Sekundärliteraturanalyse durchgeführt. Eine Primärdatenerhebung wäre für diese Arbeit mit erheblichen Kosten und hohem Zeitaufwand verbunden, deshalb findet diese Methode in der Politikwissenschaft und insbesondere bei kleineren Arbeiten eine breite Anwendung<sup>1</sup>. Dabei ist es zu beachten, dass viele Quellen aus einem bestimmten Standpunkt und Sichtweise geschrieben wurden. Es ist wichtig, sich mit den Zahlen und mit den Fakten kritisch auseinanderzusetzen, zu vergleichen und zu überprüfen. In der vorliegenden Arbeit wurde die Sekundärliteratur aus Transnistrien und Russland nur vorsichtig und eingeschränkt verwendet, denn die einseitige, propagandistische und oft nicht wahrheitsgetreue Darstellung in einer Diplomarbeit nichts zu suchen haben.

Basierend auf die Sekundärliteraturanalyse erfolgt die Anwendung der Konfliktanalyse um die Hintergründe, Ursachen, Interessen, als auch die Rolle der einzelnen Akteure näher zu bringen. Letzteres erfolgt auch mithilfe der Akteursanalyse und findet insbesondere im fünften und sechsten Kapitel statt.

---

<sup>1</sup> Vgl. Jahn, 2006, S. 202-203

## 1.2. Forschungsstand

Der eingefrorene Transnistrien-Konflikt wurde in Europa in den 90er Jahren kaum wahrgenommen, dementsprechend ist der Literaturumfang zu diesem Thema nicht nur im deutschsprachigen, sondern auch im englischsprachigen Raum begrenzt. Das zeigt sich ebenso an den Suchtreffer in *Google*, wo der Begriff *Transnistrien-Konflikt* nur 25.000 Treffer erzielt, während der *Kosovo-Konflikt* weit über 1.5 Millionen vorweist. Tatsache ist, dass in den letzten 20 Jahren im deutschsprachigen Raum drei Bücher<sup>2</sup> zum Transnistrien-Konflikt erschienen sind und nur wenige Autoren<sup>3</sup> sich mit diesem Thema auseinandergesetzt haben. Abgesehen davon liegt der Schwerpunkt der Interessen der meisten Autoren nicht am Konflikt selbst, sondern vielmehr am moldauischen Mythos, Identität und Geschichtspolitik.

Im englischsprachigen Raum ist die politikwissenschaftliche Forschung zum Transnistrien-Konflikt, aufgrund der Beiträgen der moldauischen<sup>4</sup> und rumänischen Autoren, die sich vorwiegend mit der Analyse der Konfliktereignisse, Verhandlungen, Akteuren sowie Lösungsmöglichkeiten beschäftigen, besser aufgestellt. Die Parallelen zwischen Deutschen und Englischen/Amerikanischen/Westlichen Autoren sind unübersehbar. Charles

---

<sup>2</sup> 1. Graf, Kilian (2010): „Der Transnistrien-Konflikt: Produkt spätsowjetischer Verteilungskämpfe und Zerfallskonflikt der implodierten Sowjetunion“. S. 460, Hamburg: Disserta Verlag.

2. Menn Andreas (2008): „Konstruktion von Nation und Staat in Osteuropa. Transnistrien und die Republik Moldau“, Saarbrücken: VDM Verlag Dr. Müller. S. 112

3. Neumann, Johannes (2008): „PRIDNESTROVSKAJA MOLDAVSKAJA RESPUBLIKA: Transnistrien aus völkerrechtlicher Sicht“, Saarbrücken: VDM Verlag Dr. Müller, S. 128.

<sup>3</sup> Büscher, Klemens (1998): „Die "Staatlichkeit" Transnistriens - ein Unfall der Geschichte?“, Hanne, Gotfried (1998): „Der Transnistrien-Konflikt: Ursachen, Entwicklungsbedingungen und Perspektiven einer Regulierung“, Troebst, Stefan (2003): „Separatistischer regionalismus (post-)sowjetischer Eliten: Transnistrien 1989-2002“, Troebst, Stefan (2006): „"Wir sind Transnistrier!" Geschichtspolitik im Ostteil Moldovas“, Neukirch, Klaus (1998): „Der Status Transnistriens aus politischer und völkerrechtlicher Sicht“, Anneli Ute Gabanyi (2004): „Die Republik Moldau im Kontext der Neuen EU-Nachbarschaftspolitik“, Benkö, Arad/ Martin Malek (2005): „Akteure des Konflikts um Transnistrien (Moldau). Unter besonderer Berücksichtigung der Möglichkeiten und Grenzen eines EU-Engagements“, usw.

<sup>4</sup> Dima, Nicholas (1999): „The Moldavian-Dnestr Republic. A Geo-Political Game“, Gribincea, Mihai (2001): The russian policy on military bases: Georgia and Moldova; Nantoi, Oazu (2005): „The Case of the Republic of Moldova: What Could the European Union and the United States of America Do?“, Pintea, Iurie (2005): The military aspect of the conflict settlement in the Eastern part of the Republic of Moldova; Ciobanu, Ceslav (2007): „Frozen and Forgotten Conflicts in the Post-Soviet States: Genesis, Political Economy and Prospects for Solution (Lessons from Moldova)“, Botan, Igor (2009): „The negotiation process as a way to postpone the solution“, usw.

King<sup>5</sup> machte 1992 den Anfang mit seinen Beitrag zur moldauischen Identität, gefolgt von Pal Kolstoe<sup>6</sup>, Wim P. van Meurs<sup>7</sup>, usw. Hierbei ist zu erwähnen, dass die weltweite geopolitische Entwicklung, welche tatsächlich einen großen Einfluss auf die Konfliktreglementierung hatte, in bisherigen wissenschaftlichen Beiträgen kaum Beachtung gefunden hat. Diese Arbeit soll unter Beachtung des geopolitischen Aspekts an den bisherigen Erkenntnisstand anknüpfen.

### 1.3. Theorie

Auch wenn man glauben könnte, dass auf das Ende des Kalten Krieges mit zeitgemäßen Ordnungsvorstellungen in sicherheitspolitischen Theorien reagiert wurde, wird die Welt noch immer in Ost- und West-Konflikt aufgeteilt und an den *balances and counterbalances* festgehalten. Die neu entstandenen *Freiräume*, die Entstehung der neuen Regionalmächte und das Ringen um Einflussgebiete haben eine *neue* Geopolitik hervorkommen lassen.

Die Geopolitik wird als Wissenschaft beschrieben, die sich mit der geografischen Lage eines Staates und die sich daraus ergebene Politik auseinandersetzt. Dieser Begriff wird heute verwendet, um Konflikte, aber auch politische Vorgänge, Veränderung, Entscheidungen oder Tendenzen zu beschreiben. Im 20. Jahrhundert hat der Begriff an Bedeutung gewonnen. Heutzutage ist das Subjekt *Geopolitik* und das Adjektiv *geopolitisch* aus dem internationalen politischen Sprachgebrauch nicht mehr wegzudenken und jeder Konflikt wird als geopolitisch gebrandmarkt.

Das Hervorheben der Rolle der geopolitischen Faktoren in das Leben der Menschen ist keine Erfindung des 20. Jahrhunderts. Die Analysen und die

---

<sup>5</sup> King, Charles (1992): "The Language of Politics and the Politics of Language: Moldavian Identity and Soviet-Romanian Relations 1985-1991". In: *Revue Roumaine d'Études Internationales*, 2/1992, S. 137-155.

<sup>6</sup> Kolstø, Pal/Andrei Endemsky/Natalya Kalashnikova (1993): "The Dniestr Conflict: Between Irredentism and Separatism". In: *Europe-Asia-Studies*, 6/1993, S. 973-1000.

<sup>7</sup> Meurs, Wim P. van (1994): "The Bessarabian question in communist historiography", New York: Columbia University Press, S. 458.

Aussagen der Geschichtswissenschaftler haben im Laufe der Zeit stets erneut die Wichtigkeit und die Relevanz der geografischen Bedingungen, wie zum Beispiel das Klima, die Landschaft, die natürlichen Ressourcen, die verwundbaren Grenzen, die Transportwege, das Agrarpotenzial usw., bewiesen. Dies führt zu der logischen Schlussfolgerung, dass die Machtfaktoren im großen Maße von den geografischen Faktoren abhängig sind.

Die Entstehung der Geopolitik als spezifische Disziplin wurde ursprünglich als Ergebnis der Forschungsentwicklung aus einem Untergebiet der Geografie wahrgenommen, und zwar ist hier von der politischen Geografie<sup>8</sup> die Rede. Später wurde festgestellt, dass die neue Disziplin, die sich zum Ende des 19. Jahrhundert behauptet und im 20. Jahrhundert etabliert hat, auch andere Gründungsquellen hatte, wie zum Beispiel die Klimatologie sowie die Evolution der Umweltfaktoren im Verhältnis zum Mensch und dessen Aktivitäten.

Der Erfinder des Begriffes Geopolitik ist der schwedische Politologe Rudolf Kjellen. Er hat zum ersten Mal diesen Begriff im Jahr 1899 verwendet und hat ihn als eine Wissenschaft im Entfaltungsprozess, deren Zweck die Analyse der Staaten ist, definiert und geht von der Prämisse aus, dass diese geografische Lebensformen oder Raumphänomene sind<sup>9</sup>. Kjellen vertrat in Anlehnung an den Deutschen Friedrich Ratzel die Meinung, dass zwischen den menschlichen Gemeinschaften und dem von ihnen bewohnten Umfeld eine organische Verbindung entsteht<sup>10</sup>.

Bereits seit Jahrhunderten sind geopolitische Ansätze bei verschiedenen Autoren zu finden. Insbesondere der griechische Philosoph Aristoteles hat mehrere Themen diskutiert, die heute als geopolitisch kategorisiert werden können. Er hat überzeugend argumentiert, dass eine grundlegende Beziehung zwischen dem Charakter verschiedener menschlicher Gemeinschaften und dem von ihnen bewohnten Umfeld existiert. Seiner Meinung nach gab es drei

---

<sup>8</sup> Vgl. Kolenda, Carsten/Marr, Peter/RömerThomas: „Raum und Lebensraum als Schicksal und Mythos – Die Wiederkehr der Geopolitik“, (17. Juli 2002), unter: [http://kolenda.de/pdf/SSemB\\_GeoPol\\_LF.pdf](http://kolenda.de/pdf/SSemB_GeoPol_LF.pdf) (aufgerufen am 01. Dezember 2011), S. 3. Weiter unter: „Kolenda, Peter, & Römer, 2002“.

<sup>9</sup> Vgl. Rudolf Kjellen, 1916: Die Staat als Lebensform. In: Dugin, 2000, S. 23.

<sup>10</sup> Vgl. ebd. S. 23.

Dinge, die die Menschen zu gutmütigen und tugendhaften Menschen machen, und er definierte so eine Gesellschaft nah an dem Stadium eines idealen Staates: die Natur, der Lebensraum und das rationale Prinzip. In seiner Argumentation betonte er die Rolle des Klimas in der Versorgung der Bevölkerung mit dem Existenzminimum, die Rolle des Territoriums, dessen Homogenität oder Inhomogenität den gleichen Einfluss auf die Bevölkerung hat sowie die Rolle der geografischen Lage als wesentliches Element bei der Bildung des nationalen Charakters. Sein Beispiel war, dass die Völker, die nahe am Meer leben, mehr dazu neigen, Geschäftsbeziehungen zu entwickeln, andere kennenzulernen und mit anderen zu kommunizieren, demnach anpassungsfähiger sind. Innerhalb seiner Theorie hat Aristoteles seine Präferenz an einem geografisch isolierten Staatsgebiet zum Ausdruck gebracht, das die Autarkie als Mittel zur Vorbeugung von unerwünschten äußeren Einflüssen fördert<sup>11</sup>.

Die klassische Geopolitik der 40er-Jahre des 20. Jahrhunderts ist von der Heartland-Theorie von Halford Mackinder geprägt. Die Idee ist, dass wer Macht über Osteuropa hat, der hat Macht über die Kontinente Europa, Asien und Afrika und dadurch über die gesamte Welt<sup>12</sup>. Aufgrund der Verknüpfung zwischen dem *Institut für Geopolitik*, gegründet 1924 unter Karl Haushofer, mit der NS-Politik geriet der Ansatz der Geopolitik in Verruf und wurde in Europa für ein paar Jahrzehnte tabuisiert. Seitdem wird kontinuierlich versucht, diesen Begriff von dem Thema der NS-Politik zu trennen, um die Assoziation verschwinden zu lassen<sup>13</sup>.

Die Geopolitik hat sich inzwischen in den USA weiterentwickelt, später auch in Großbritannien und dann in den westeuropäischen Ländern – in Form von strategischen und geostrategischen Studien. In der Sowjetunion blieb der Begriff *Geopolitik* bis zuletzt tabuisiert und erst mit dem Zusammenbruch der UdSSR wurde er Teil des politischen Diskurses. Im Unterschied zum Westen,

---

<sup>11</sup> Vgl. Sergentu, 2010, S. 38-40.

<sup>12</sup> Vgl. Mackinder, 1942: Democratic Ideals and Reality, p. 113. In: Ismailov & Papava, 2010, S. 86.

<sup>13</sup> Vgl. Kolenda, Peter, & Römer, 2002, S. 5.

erfolgte hier keine Neuerklärung, sondern eine Wiederbelebung der klassischen Inhalte. Die russische Geopolitik orientiert sich stark an den Werken von Karl Haushofer und Carl Schmitt.

Die wichtigsten Vertreter des russischen geopolitischen Diskurses sind Alexander Dugin, Dimitrij Trenin und Gennadij Sjiganow. Alle drei beschäftigen sich mit der zukünftigen Geopolitik Eurasiens und der Rolle Russlands im Verhältnis zum nahen Ausland. Jeder analysiert auf eigene Weise und schlägt unterschiedliche Lösungen vor. Insbesondere die Werke von Alexander Dugin, die von Karl Haushofer und Carl Schmitt beeinflusst wurden, spiegeln die heutige geopolitische Ausrichtung Russlands.

Das Werk von Alexander Dugin *Die Grundlagen der Geopolitik. Die geopolitische Zukunft Russlands. (1997)* („Osnovy geopolitiki. Geopoliticheskoe budushchye Rossii. Myslit Prostranstvom“) ist die *Bibel* des modernen russischen Expansionismus. Genauso wie Zbigniew Brzezinski, sieht Dugin Eurasien als Weltmittelpunkt, bestehend aus Europa, Asien und Nahen Osten. Wenn aber Eurasien der Weltmittelpunkt ist, dann muss Russland dessen Zentrum sein<sup>14</sup>.

Seine Arbeit enthält auch einige klassische geopolitische Themen, angepasst an das post-sowjetische Russland. Dugin übernimmt von Makinder die *Heartland-Theorie*, von Haushofer die *Kontinentalblocktheorie* und von Schmitt die *Großraumtheorie*. Die Kontinentalblocktheorie sah einen Zusammenschluss der wichtigsten Landmächte, nämlich Deutschland, Russland und Japan, in einen euroasiatischen Kontinentalblock vor<sup>15</sup>. Die Großraumtheorie ist ein Konzept, das den Wunsch der Raumvergrößerung eines Staates erklärt und untersucht<sup>16</sup>.

Laut Dugin haben alle Großmächte, wie aktuell USA, das Ziel gehabt, Eurasien zu dominieren, aber nur Russland ist aufgrund der geografischen Lage, der

---

<sup>14</sup> Vgl. Dugin, 2000, S. 49-51.

<sup>15</sup> Vgl. ebd. S. 41.

<sup>16</sup> Vgl. ebd. S. 46-47.

Erfahrung und der Ressourcen dazu gerechtfertigt<sup>17</sup>. Er sieht die kontinentale Integration Eurasiens, mit Russland im Mittelpunkt, als einzige Möglichkeit, die Sicherheit und Souveränität aller Staaten garantieren können. Das neue euroasiatische Imperium wird die gesamte Welt dominieren<sup>18</sup>. Zudem ist der Autor von einer zukünftigen globalen Bipolarität überzeugt, die ein Wettbewerb zwischen den Land- und Seemächten sein wird. Unter den Landmächten sieht Dugin Russland, Deutschland, Frankreich, Iran und Japan als selbstverständliche Alliierte und unter den Seemächten sieht er USA und Großbritannien.

Auf der einen Seite befinden sich die euroasiatischen und auf der anderen die *atlantischen* Staaten. Es stellt sich die Frage, wie Russland den euroasiatischen Raum dominieren kann und wie es ihm gelingen soll, auf drei Fronten (Europa, Asien und Naher Osten) gleichzeitig zu kämpfen. Dugin ist der Meinung, dass das post-sowjetische Russland eine Reihe von Reformen benötigt sowie neue Allianzen eingehen muss. In Bezug auf die Innenpolitik schlägt er vor, dass Russland neben der Orthodoxie, einen multi-ethischen und multi-religiösen Staat schafft. In der Außenpolitik empfiehlt er eine Allianz mit Deutschland, Iran und Japan. Dugin zielt dadurch auf die Schaffung von drei Spezialprojekte: *pan-europäisch* (Deutschland), *pan-arabisch* (Iran) und *pan-asiatisch* (Japan)<sup>19</sup>. China wird dabei als Gegner gesehen und er schlägt eine Reihe von Gegenmaßnahmen vor, um den Einfluss Pekings zu schwächen<sup>20</sup>. Schlussendlich hat er die Vision von einem Russland als Reich über die anderen drei Imperien: das europäische, das asiatische und das arabische<sup>21</sup>.

Die derzeitige russische Außenpolitik scheint von den expansionistischen Theorien Dugins beeinflusst zu sein, vor allem, wenn man bedenkt, wie energieabhängig Deutschland von Russland ist und wie stark sich beide Länder eine engere Beziehung wünschen. Auch die russische Unterstützung der

---

<sup>17</sup> Vgl. ebd. S. 124.

<sup>18</sup> Vgl. ebd. S. 96.

<sup>19</sup> Vgl. ebd. S. 141.

<sup>20</sup> Vgl. ebd. S. 206.

<sup>21</sup> Vgl. ebd. S. 141.

Regierung in Iran und Syrien sowie die verbesserten Beziehungen zu Japan fügen sich in Dugins Doktrin ein.

Interessanterweise sieht Dugin die strategische Kontrolle Russlands über die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), zum ersten Mal nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, als wiederhergestellt. Er glaubt aber, dass diese Staaten nicht als die dauerhafte Grenze Russlands betrachtet werden sollen, sondern, dass sie vielmehr für weitere geopolitische Expansionen in den Süden genutzt werden sollen<sup>22</sup>.

---

<sup>22</sup> Vgl. ebd. S. 197.



## 2. Geschichte Transnistriens

### 2.1. Das Gebiet Transnistrien

Die Region zwischen Dnjestr und Bug hatte lange Zeit keine eigene Bezeichnung. Die erste Überlieferungen zeigen, dass dieses Gebiet im 10. Jhd. v. Chr. von kimmerischen Barbaren bewohnt wurde. Innerhalb von drei Jahrhunderten haben die Skythen – die als nomadisierende Reiterkrieger aus östlichen Steppengebieten einwanderten – die Kimmerer verdrängt. Bereits während der Skythen-Zeit haben Griechen auf diesem Gebiet Handel betrieben und sogar Städte gegründet und selbst der Name *Transnistrien* hat seine Ursprünge in dieser Zeit: Der antikische Name war Tyragetia und kommt von *Getia* (Dakien) und *Tyras* (Dnjestr)<sup>23</sup>.

Im 1. Jhd. v. Chr. wurde die heutige Region Moldau mit Bessarabien und Muntenien und später auch das Gebiet zwischen Dnjestr und Bug Teil des Reiches Dakien. Im 1. Jhd. eroberte Trajan, König des Römischen Reiches, Teile des Landes und der Dnjestr-Fluss markierte die Reichsgrenze. Das Gebiet zwischen Dnjestr und Bug blieb nichtsdestotrotz unter dem römischen Einfluss<sup>24</sup>. In den folgenden Jahrhunderten wurde dieses Gebiet von Goten, Hunnen, Slawen und Awaren durchzogen. In der zweiten Hälfte des 6. Jhd. wurde die Region von Awaren dominiert. Gegen Ende des 6. Jhd. haben sich die Awaren in der pannonischen Tiefebene zurückgezogen und deren Platz übernahmen die slawischen Völker. In den nächsten Jahrhunderten wurde die Region von verschiedenen Völkergruppen dominiert: Bulgaren, Russen (Kiewer Rus), Kumanen oder Petschenegen<sup>25</sup>.

---

<sup>23</sup> Vgl. Nistor, 1995, S. 10.

<sup>24</sup> Vgl. Boldur, 1943, S. 4-5.

<sup>25</sup> Vgl. Vătăman, Dan: "Conflictul din Transnistria - istorie și actualitate", (Februar 2009), unter: <http://rrgri.crisc.ro/2010/01/lector-univ-drd-dan-vataman-conflictul-din-transnistria---istorie-si-actualitate-2/> (aufgerufen am 01. November 2011).

Es ist wichtig zu erwähnen, dass im Mittelalter die Rumänen von Ostslawen als *Volohen* (Walachen) bezeichnet wurden. Denn im 12. Jhd. schreiben die Chronisten zum ersten Mal über den *Bolohovenen Staat* (Bolohoveni). Die Bolohovenen waren die Vorfahren der Rumänen und laut russischen Chroniken hat sich der Bolohovenen Staat zwischen dem Kiewer Fürstentum in Nord-Osten und Osten, Fürstentum Galizien-Wolhynien im Westen und Kumanen im Süden erstreckt<sup>26</sup>. Der russische Historiker N.P. Karamzin schreibt 1903, in der IV. Fassung der Geschichte des Russischen Reiches, dass die politische Organisation des Staates ähnlich aufgestellt war wie die der anderen rumänischen Staaten und dass die Bolohovenen ebenso in Bessarabien sowie auf der rechten Seite des Pruths zu finden waren<sup>27</sup>. Auch der russische Gelehrter Emil Kalazniacki war überzeugt, dass die Bolohovenen Rumänen waren, die auf der anderen Seite des Dnjestr lebten und sich auf die Gebiete Podoliens und Wolhyniens austreckten<sup>28</sup>. Die Bolohovenen gehorchten freiwillig den Tartaren, um sich dem galizischen Einfluss zu entziehen, und verpflichteten sich, jährliche Tribute an die Tartaren zu überweisen. Durch die Schwächung der Tartaren verschwindet 1257 der Bolohovenen Staat und wird Teil des Fürstentums Galizien-Wolhynien<sup>29</sup>.

Mitte des 14. Jhd. bis Mitte des 15. Jhd. wird Transnistrien Teil des Fürstentums Litauen. Ab Mitte des 15. Jhd. haben die Polen im Nord-Westen und die Litauer im restlichen Gebiet das Sagen. Ab der Mitte des 16. Jhd. ist das Fürstentum Polen-Litauen im Norden und die Tartaren im Süden zu finden. Zwischen 1672 und 1699 teilen sich die Tartaren und das Osmanische Reich dieses Gebiet. Nach dem Frieden von Karlowitz (1699) wird Transnistrien wieder Teil des Polen-Litauen-Reiches. Durch den russisch-osmanischen Krieg zwischen 1768 und 1774 und den darauf folgenden Friedensvertrag in Küçük Kainarge erweitert sich das Russische Reich bis nach Bug und 1792 wird Transnistrien Teil des Russischen Reiches bzw. der Sowjetunion bis 1991. Im Zweiten Weltkrieg zwischen 1941 und 1944 wird Transnistrien für kurze Zeit Teil

---

<sup>26</sup> Vgl. Boldur, 1943, S. 15 und vgl. Ghimpu, 2002, S. 101.

<sup>27</sup> Vgl. Ghimpu, 2002, S. 101.

<sup>28</sup> Vgl. Nistor, 1995, S. 12.

<sup>29</sup> Vgl. Boldur, 1943, S. 16.

Rumäniens, als die rumänische Armee den Dnjestr überquert und bis nach Odessa einmarschiert. 1991 erklärt sich die Republik Moldau zusammen mit Transnistrien für unabhängig.

## **2.2. Bevölkerung Transnistriens bis 1812**

Das historische Gebiet Transnistriens wie auch das Gebiet Bessarabiens waren lange Zeit schwach besiedelte Gebiete. Im Mittelalter fand in Europa eine Massenvölkerwanderung statt. Insbesondere slawische Völker aus dem Osten fanden ihren Weg Richtung Westen. Die gesamten Norden-Karpaten von Tatra bis nach Dnjestr wurden durch slawische Völker gefüllt – im Nord-Westen waren die Polen und im Nord-Osten waren die Ukrainer. Die Däke-Romanen, die zuvor noch die Mehrheit in der Region darstellen, haben sich assimiliert, folglich slawisiert. Über das zentrale Gebiet Transnistriens gibt es zu dieser Zeit keine genaue Erkenntnisse, aber nachdem sich die Tartaren zurückgezogen haben, war dieses Gebiet von wenigen Menschen bewohnt<sup>30</sup>.

1310 bildete sich das Fürstentum Walachei unter dem Wojewoden Basarab I., es war das erste rumänische Fürstentum. Anfangs noch ein Vasallenstaat des Königreichs Ungarn, schaffte 1330 Basarab I. die Unabhängigkeit nach der Schlacht bei Posada. Das zweite rumänische Fürstentum, das Fürstentum Moldau, wurde 1354 von Fürst Dragos gegründet. 1359 schaffte dieser die Unabhängigkeit von Königreich Ungarn. Bereits zuvor erfolgte eine stille Migration der Rumänen auf der anderen Seite des Dnjestr im Zentrum und Süden und während des 15. Jhd. intensivierte sich noch diese Migration, als das Fürstentum Moldaus unter Stefan der Große (Stefan cel Mare, 1457–1503) eine kulturelle und politische Blüte erlebte<sup>31</sup>. Während dieser Zeit war Transnistrien im Norden von Ukrainern bewohnt und im Zentrum und Süden mehrheitlich von Rumänen. Eine Reihe von Dokumenten aus den nationalen rumänischen Archiven bezeugt, dass auch wenn Transnistrien unter der

---

<sup>30</sup> Vgl. edb. S. 42.

<sup>31</sup> Vgl. Popp, 1943, S. 111.

Führung des Fürstentums Litauens war, die moldauischen Wojewoden eine gewisse Macht auf dem transnistrischen Territorium hatten. So war es unter der Führung von Stefan dem Großen üblich, Land an Bojaren oder Kämpfer zu vergeben. Es gibt in den Archiven ein Dokument, datiert mit 26. Februar 1491, das belegt, dass Stefan der Große zwei Dörfer auf der anderen Seite des Dnjestr an Herrn Purice schenkt<sup>32</sup>. Ein anderes Dokument, unterschrieben vom Wojewoden Bodgan und datiert mit 17. Februar 1507, bezeugt die Schenkung von Land auf dem Gebiet Podoliens einem treuen Diener. Und sogar drei Jahrhunderte später, als das russische Reich bis nach Pruth reicht, war dieses Dokument noch gültig. Nachdem sich die Nachfolger beschwerten, dass sie von ihrem Land entmachteten wurden, entschied der Senat der podolischen Gubernia, das Land an die Nachfolger zurückzugeben<sup>33</sup>. 1574, während der Regentschaft von Wojewoden Ioan Voda, wurden auf dem linken Ufer vier Mühlen entrichtet<sup>34</sup>. Die Lösung der Konflikte zwischen Rumänen in der Region Dnjestr-Bug wurde in der letzten Instanz bei *Sfatul Domnesc* (Königlichen Rat) in Iasi entschieden. In einem dieser Akte, im Jahre 1574, wird vom Wojewoden Ioan Voda Folgendes über Transnistrien ausgesagt: „Unser Land Moldau auf der anderen Seite des Dnjestr“<sup>35</sup>.

Die Zahl der rumänischen Auswanderer Richtung Podolien und der Ukraine, also auf der anderen Seite des Dnjestr, wuchs kontinuierlich. Anfangs waren es vor allem die Parteigänger, die in Thronkämpfen des Fürstentums unterlegen waren, so zum Beispiel nach der misslungenen Revolution Hancus. Ihm und anderen 300 Menschen gelingt die Flucht bei Rascov. Ausgewandert sind außerdem viele, die sich dem Druck der osmanischen Obrigkeit entziehen wollten. Während der Regentschaft von Gheorghe Stefan (1653–1658) haben die Tartaren das Land beraubt und über 20.000 Moldauer in die Knechtschaft genommen und auf der anderen Seite des Dnjestr gebracht<sup>36</sup>. Als im Auftrag des Sultans Moldau und ein Teil der Ukraine in Personalunion

---

<sup>32</sup> Vgl. Popa & Popa, 2009: 17.

<sup>33</sup> Vgl. Ebd.: 18.

<sup>34</sup> Vgl. Boldur, 1943, S. 44.

<sup>35</sup> Vgl. Smochină, 1941, S. 2.

<sup>36</sup> Vgl. Nistor, 1995, S. 19.

zusammengefasst wurde, beginnt die Kolonialisierung des linksseitigen Gebiets mit Rumänen. Unter der Führung von Duca Voda (1681–1684) wird die Auswanderung der Rumänen auf der anderen Seite des Dnjestr<sup>37</sup> forciert. Im 18. Jhd. befand sich Transnistrien in Verwaltungsgerichtsbarkeit des moldauischen Fürsten. Die Märkte waren genauso organisiert wie die moldauischen Städte und die Gerichte urteilten nach dem alten rumänischen Recht<sup>38</sup>. Mit der Eroberung der Fürstentümer durch das Russische Reich in den Jahren 1735 bis 1739 werden über 100.000 Rumänen in die Knechtschaft genommen und auf der anderen Seite des Dnjestr verschleppt<sup>39</sup>.

Als das Russische Reich 1792 zum ersten Mal dauerhaft bis zum Dnjestr reicht, wurde dieser Teil von Katharina II. als das *Neue Moldawien*<sup>40</sup> bezeichnet – es ist nicht schwer, sich vorzustellen, warum das so ist, denn bereits 30 Jahre zuvor, zeigten die Erkenntnisse von Andrei Konstantinow, ein entsandter Offizier der russischen Armee, dass dieses Gebiet durch und durch von Rumänen bewohnt war. In seinem Bericht schreibt Konstantinow, dass er keinen einzigen Russen dort getroffen und dass er lediglich die rumänische und die tatarische Sprache gehört hat<sup>41</sup>. Der russische Historiker A. Russov schreibt, dass im 17. und Anfang des 18. Jahrhunderts die Volohen auf dem heutigen Gebiet Transnistriens bis nach Dnjepr zu finden waren<sup>42</sup>. Der russische Geograf P. Bloh hat sich mit den eroberten Völkern des russischen Imperiums beschäftigt und ein Buch über die Geografie des russischen Imperiums geschrieben: Im Absatz vier des 11. Kapitels schreibt P. Bloh, dass die Rumänen Moldauer und Valachen sind und dass der wichtigste Bevölkerungsteil in Bessarabien sowie in der Region Cherson die rumänische Bevölkerung ist<sup>43</sup>. Der russische Berater Paul Sumarokov stellte bei seiner Reise durch Krim und Bessarabien 1799, wo er Halt in Grigoriopol, Tiraspol, Ovidiopol und Dubăsari gemacht hat, fest, dass die lokale Bevölkerung

---

<sup>37</sup> Vgl. ebd. S. 2.

<sup>38</sup> Vgl. ebd. S. 21.

<sup>39</sup> Vgl. Smochină, 1941, S. 2.

<sup>40</sup> Vgl. Popp, 1943, S. 109.

<sup>41</sup> Vgl. Nistor, 1995, S. 30.

<sup>42</sup> Vgl. Ghimpu, 2002, S. 101.

<sup>43</sup> Vgl. ebd. S. 127.

mehrheitlich moldauisch ist<sup>44</sup>. Und sogar die Gründung der Moldauischen Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik, ein Jahrhundert später am 12. Oktober 1924 auf dem damals ukrainischen Boden, unterstreicht, dass dieses Gebiet den Rumänen bzw. Moldauern zuzuordnen ist.

Die Entschlossenheit des Zaren Peter dem Großen und Katarina II., das wenig besiedelte Gebiet im Osten des Reiches mit rumänischer Bevölkerung zu besiedeln, hat dazu geführt, dass im 19. Jahrhundert auf dem linksseitigen Ufer des Dnjestr die Mehrheit der Bevölkerung aus ethnischen Rumänen bestand. Die vielen Privilegien für Kolonialisten waren ausschlaggebend dafür. In den neuen Gebieten durfte die rumänische Sprache verwendet werden, das Gericht waren genauso organisiert wie in Moldau, das wichtigste aber: Sie haben Ackerboden erhalten. Die massive Auswanderung der Rumänen auf der linken Seite des Dnjestr wurde auch von den Nachbarn bemerkt. In einer Depesche des Preussischen Botschafters in Konstantinopel zeigte er sich beunruhigt, dass die Bevölkerung Moldaus massiv das Land verlässt und hatte Angst, dass die gesamte Bevölkerung das Land verlassen könnte und annahm, dass die Region zwischen Dnjestr und Bug zum Fürstentum ernannt werden soll<sup>45</sup>.

Das wenig besiedelte Gebiet Transnistriens wurde nicht nur mit Rumänen besiedelt. Die ukrainische Bevölkerung hat den Großteil der Kolonialisten ausgemacht, allerdings haben sie sich mehrheitlich im Osten und Zentrum niedergelassen. Weitere Völker, die hier sesshaft wurden, sind die Deutschen, die Bulgaren und die Russen.

### **2.3. Anzahl der rumänischen Bevölkerung in Transnistrien bis 1945**

Über die Anzahl der rumänischen Bevölkerung auf der anderen Seite des Dnjestr gibt es verschiedene Annahmen. Die Entstehung der MASSR 1924 wurde auch dadurch begründet, dass in der Region Cherson und Podolsk zwischen 500.000–800.000 Moldauer zu finden gewesen wären. Wiederum

---

<sup>44</sup> Vgl. Nistor, 1995, S. 30.

<sup>45</sup> Vgl. Smochină, 1941, S. 2 und vgl. Boldur, 1943, S. 12-13.

gehen manche rumänische Historiker von bis zu 1.200.000<sup>46</sup> Rumänen in der gesamten Sowjetunion aus. Stefan Ciobanu ist der Meinung, dass mit Ausnahme des Kaukasus und der Region des Schwarzen Meeres in der Sowjetunion über 800.000 Rumänen zu finden waren. V. Harea vermutet, dass am Ende des XX. Jahrhunderts in Transnistrien über 650.000 Rumänen wohnten. Silviu Dragomir meint, dass 1917 auf der linken Seite des Dnjestrs über 800.000 Rumänen angesiedelt waren. Und Nicolae Smochina mutmaßt, dass in der gesamten Sowjetunion über 1.200.000 Rumänen lebten<sup>47</sup>.

Der sowjetische Zensus aus dem Jahre 1939 spricht von 271.970 Moldauern in der Gubernien Cherson, 120.000 in der Gubernien Podolien und 8.500 in der Gubernien Ekaterinoslav. Es ist eine starke Diskrepanz zwischen den offiziellen sowjetischen Angaben und die der rumänischen Historiker festzustellen, die rumänischen Historiker waren fest davon überzeugt, dass die sowjetischen Zahlen manipuliert waren.

Im Jahr 1941, nachdem Rumänien die Kontrolle über Ukraine bis zum Bug erlangte, hat das rumänische Zentralinstitut für Statistik (I.C.S) eine Studie über die rumänische Bevölkerung in Transnistrien durchgeführt. Lange Zeit wurden diese Ergebnisse unter Verschluss gehalten und die rumänische Regierung überlegte, den Zensus zu wiederholen. Erst im Jahr 2006 gelangten die Ergebnisse an die Öffentlichkeit. Die Anzahl der Rumänen hat seit dem letzten sowjetischen Zensus vor zwei Jahren sogar abgenommen. So wurde festgestellt, dass sich zwischen Bug und Donezk 120.000 Menschen und zwischen Bug und Dnjestr 200.000 Menschen als Rumänen bzw. Moldauer bezeichneten<sup>48</sup>.

---

<sup>46</sup> Vgl. Smochină, 1941, p. 2.

<sup>47</sup> Vgl. Nistor, 1995, S. 36-37.

<sup>48</sup> Vgl. Golopenția, Sandra; 2006: „Romaniiii de la est de Bug — Lucrările echipei de identificare a Institutului Central de Statistică conduse de Anton Golopenția (1941–1943)“. Band mit Einführung und Hinweise von Sanda Golopenția, (15. September 2006), S. 35, unter: [http://www.motociclism.ro/forum/index.php?app=core&module=attach&section=attach&attach\\_id=254038](http://www.motociclism.ro/forum/index.php?app=core&module=attach&section=attach&attach_id=254038) (aufgerufen am 01. Dezember 2011).

Der Unterschied zwischen den Meinungen der rumänischen Historiker und der Studie beruht hauptsächlich auf die Tatsache, dass die ersten ein Paar wichtige Punkte nicht berücksichtigt haben<sup>49</sup>:

1. Durch die Assimilierungspolitik des Russischen Reiches sehen sich viele ethnische Rumänen, die vor Ort geboren wurden, nicht mehr als Rumänen an. Viele sprechen kein Wort Rumänisch und identifizieren sich als Ukrainer. Abgeschnitten von der Entwicklung der rumänischen Sprache, Literatur und Kultur, unterzogen einer mit dem 19. Jahrhundert einsetzenden Russifizierung, wird die rumänische Sprache lediglich noch in den Dörfer gesprochen, wo sich eine rumänischsprachige Schule befand und nur von der Generation, die dort gelehrt wurde. Ab 1938 wurden alle rumänischsprachigen Schulen geschlossen und die Unterrichtssprache wurde die russische Sprache.
2. Das Bevölkerungswachstum der rumänischen Bevölkerung in der Sowjetunion ist anders, als von den rumänischen Historikern angenommen, verlaufen. Zum Teil wurde der Überschuss an rumänischer Bevölkerung im 19. Jhd. in den Kaukasus deportiert und zwischen 1880 und 1914 weiter nach Sibirien. Die Revolution von 1917 hat die Bevölkerung *verdünnt* und zeichnete sich durch massive Deportierungen aus, ebenso durch die Zuflucht der Bevölkerung nach Bessarabien. 1922 folgt die große Hungersnot, im Rahmen derer 10% der Bevölkerung starb.

Der historische Teil Transnistriens, der bis vor Kurzem in rumänischer Hand war, wurde innerhalb eines Jahrhunderts durch massive Kolonisierung mit Ukrainern sowie eine Russifizierungspolitik der sowjetischen Macht verändert. Nichtsdestotrotz: Allein die Entstehung der Autonomen Moldauischen Sowjetrepublik 1924 als Bestandteil der sowjetischen Ukraine, bezeugt, dass dieses Gebiet von den Sowjetischen Eliten als rumänisch bzw. moldauisch angesehen wurde. So schreibt am 18. Oktober 1924 der Sekretär der Zentralen

---

<sup>49</sup> Vgl. ebd. S. 36-37.



Exekutivkomitees der Ukraine, A. Butzenko, in der sowjetischen Zeitung *Pravda*, dass:

*... während der Verhandlungen zwischen der Sowjetunion und Rumänien haben wir erklärt und werden auf diese Erklärung weiterhin bestehen, dass Bessarabien ein Teil der Sowjetunion ist, das die gleiche Kultur hat wie die moldauische Bevölkerung<sup>50</sup>.*

Diese Aussage wurde eine Woche nach der Entstehung der MASSR gemacht und verdeutlicht, dass der kommunistischen Elite bewusst war, dass auf dem linken Ufer des Dnjestr die gleiche ethnische Bevölkerung lebt wie auf der rechten Seite in Bessarabien.

#### **2.4. Bessarabien unter Besatzung des Zarenreiches 1812-1918**

Der rumänische Historiker Ion Pelivan schreibt 1941 über Bessarabien in der Zeitung *Viata Basarabiei*, dass: „In vier Jahrhunderte hat die osmanische Besatzung in Moldau und in der Walachei bei Weitem nicht so viele Schandtaten begangen wie der Zarenreich in Bessarabien innerhalb von 106 Jahren“<sup>51</sup>. Und sogar Karl Marx, der wahrscheinlich meist zitierte Autor während der sowjetischen Zeit, hat sich mit Bessarabien beschäftigt. Marx war der Meinung, dass: „Die Türken kein Recht gehabt hätten, Bessarabien 1812 an Russland abzutreten, da die Hohe Pforte nie Souverän der rumänischen Länder gewesen sei, sondern nur ein Lehensrecht besessen habe“<sup>52</sup>. Bereits ein Jahrhundert früher, im Rahmen des Friedensabkommens von Karlowitz zwischen dem Osmanischen Reich und Polen, konnte das Osmanische Reich die rumänischen Länder an Polen nicht abtreten, da nur ein Lehensrecht bestand. Und sogar Friedrich Engels war erbost über die zaristische Politik:

<sup>50</sup> Vgl. Chirtoacă, et al., 2007, S. 286.

<sup>51</sup> Vgl. Gribincean, 1995, S. 11.

<sup>52</sup> Otetea & Schwarm, 1964: „Marx, Gebietsansprüche. Mit Marx gegen Moskau“. Basiert auf: A. Otetea und S. Schwarm, unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-46169498.html> (aufgerufen am 01. November 2011).

*Wenn der russische Chauvinismus für die Eroberungen Katharinas noch einige – ich will nicht sagen Rechtfertigung – aber Entschuldigungsvorwände hatte, so ist davon bei den Eroberungen Alexanders gar nicht mehr die Rede. Finnland ist finnisch und schwedisch, Bessarabien rumänisch, Kongresspolen polnisch. Hier ist nicht mehr die Frage von Vereinigung zerstreuter und verwandter Stämme, die alle den Namen Russen führen, hier handelt es sich um die nackte, gewaltsame Eroberung fremder Gebiete, um einfachen Raub<sup>53</sup>.*

Das Vordringen des Russischen Reiches bis zum Dnjestr und der russische Expansionsdrang führten dazu, dass Bessarabien – der Teil zwischen Pruth und Dnjestr – 1812 ohne rechtliche Grundlage und gegen den Widerstand der Bevölkerung an das Russische Reich annektiert wurde, während der westliche Teil Moldaus, auf der anderen Seite des Pruths, 1859 zum Königreich Rumänien aufgeschlossen wurde. Bessarabien wurde Autonomie zugesprochen und es wurde ein moldauischer Gouvernator ernannt. Die rumänische Sprache sollte die Verwaltungssprache bleiben und die Rechtsprechung sollte nach den alten rumänischen Gesetzen erfolgen. Für Transnistrien hat die Annektierung Bessarabiens nicht viel verändert, allerdings konnten die *transnistrischen-Rumänen* sich leichter mit den *bessarabischen-Rumänen* austauschen. Transnistrien blieb eine russische Verwaltungsgrenze, integriert in die Gouvernements Podolien und Cherson.

1829 erfolgt die Kehrtwendung in der zaristischen Politik gegenüber Bessarabien. Der Russifizierungsdruck wurde erhöht, die Autonomie aufgehoben und die Amtssprache wurde die russische Sprache. 1866 wurde die rumänische Sprache aus den Schulen verbannt und vier Jahre später aus der Kirche<sup>54</sup>, die Assimilierungspolitik hat begonnen. Der entfachte russische Nationalismus wollte eine neue bessarabische Identität stiften, um die eigenen Machtansprüche auf die darin lebenden Rumänen historisch abzusichern.

---

<sup>53</sup> Marx & Engels, 2002, S. 193.

<sup>54</sup> Vgl. Menn, 2008, S. 31.

Um zu verstehen, welcher Änderung Bessarabiens Bevölkerung innerhalb von einem Jahrhundert ausgesetzt wurde, ist ein Blick auf die Bevölkerungsverteilung notwendig. 1812 wurde die Bevölkerung in Bessarabien auf eine Fläche von 45.630km<sup>2</sup> auf 240.000 bis 275.000 geschätzt, davon waren 86% Rumänen. Zwischen 1817 und 1834 ist die ukrainische Bevölkerung um mehr als 100.000 Menschen gewachsen. Die Volkszählung von 1897 hat ergeben, dass die rumänische Bevölkerung nur noch 47,8% ausmacht, gefolgt von ukrainischer mit 19,7% sowie russischer mit 8,1%<sup>55</sup>.

Nach dem Sturz der Zaren 1917 wurde der Weg zur Rückkehr Bessarabiens an das Rumänische Königreich geebnet und 1918 verkündete der moldauische Landesrat (*Sfatul Țării*) die Unabhängigkeit der *Demokratischen Moldauischen Republik* und wenige Wochen später, nach ein paar Anlaufschwierigkeiten, den Zusammenschluss Bessarabiens an Rumänien. Dem *Sfatul Țării* gehörten auch zehn Abgeordnete aus Transnistrien, die die rumänische Bevölkerung auf der anderen Seite des Dnjestr repräsentierten. Nichtsdestotrotz wird Transnistrien noch im selben Jahr Teil der unabhängig gewordenen Ukrainischen Republik und 1922 wird die Ukrainische Republik Teil der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

## **2.5. Die Entstehung der Moldauischen Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik und der Moldauischen Sozialistischen Sowjetrepublik**

Das Gebiet des heutigen Transnistriens unterscheidet sich wesentlich von dem historischen Gebiet. Die aktuelle Fläche – die weniger als ein Viertel des historischen Gebietes umfasst – wurde von der Entstehung der Autonomen Moldauischen Sowjetrepublik geprägt und entstand nach langen Verhandlungen zwischen der Zentralregierung in Moskau und der Zentralregierung in Kiew neu.

---

<sup>55</sup> Vgl. Gribincean, 1995, S. 17 und vgl. Sânzianu, 2009, S. 17.

Die Initiative für die Gründung der MASSR kam von einer politischen Immigrantengruppe aus Bessarabien und Rumänien, Vertretern der illegalen kommunistischen Bewegung aus Bessarabien, Vertretern der Internationalen Kommunisten und der rumänischen kommunistischen Partei (G.Kotovskii, Al.Badulescu, P.Tkacenko, Sol. Thinkelman, A.Nicolau, I.Dic. Dicescu, T.Diamandescu usw.). Die Initiative wurde in Form eines Absichtsbriefes an das Zentralkomitee der kommunistischen Partei in Russland adressiert. In dem Brief wurde angeführt, dass die MASSR eine wichtige politisch-propagandistische Rolle spielen könnte – so wie die Weißrussische Republik gegenüber Polen und Karelien gegenüber Finnland spielt. Die MASSR könnte die Aufmerksamkeit und die Sympathie des bessarabischen Volkes anziehen und wäre ein Vorwand für die Vereinigung Bessarabiens mit der Sowjetunion. Die Entstehung der moldauischen Republik würde als strategische Brücke zwischen der Sowjetunion und dem Balkan (über Dobrogea) und zwischen der Sowjetunion und Zentraleuropa (über die Bukowina und Galizien) dienen<sup>56</sup>.

Die Sowjetunion konnte sich mit dem Verlust des bessarabischen Gebietes nicht abfinden. Die Bemühungen des Zarenreiches, die rumänische Bevölkerung in Bessarabien zu assimilieren und zu einer neuen Identität zu verhelfen – Moldauer mit slawischen Wurzeln – hat nicht funktioniert. Die sowjetische Regierung bestand darauf, dass Bessarabien ein russisches Gebiet war und alles unternommen würde, um das Gebiet zurückzuerobern. Die neue Republik wurde als eine „Keimzelle eines künftigen Sowjetrumänien“ verstanden, als *leagan al Romaniei sovietice*<sup>57</sup>.

Die MASSR wurde am 12. Oktober 1924 ins Leben gerufen und sollte sich ursprünglich zwischen Dnjestr und Bug ausstrecken. Als die Grenze der MASSR wurde demonstrativ Pruth und nicht Dnjestr genannt. Die ukrainische Regierung machte sich um die eigene Einheit Sorgen, was zur Folge hatte, dass das Gebiet der MASSR auf 8.100km<sup>2</sup> mit 41.900 Einwohnern schrumpfte. Die sowjetische Propaganda bejubelte die Entstehung der MASSR als eine große Leistung der sowjetischen Politik gegenüber den verschiedenen Völkern

<sup>56</sup> Vgl. Gribincea, Gribincea, & Şişcanu, 2004, S. 4.

<sup>57</sup> Heitmann, 1965, S. 105.

auf dem sowjetischen Gebiet. Die Realität zeigt ein anderes Bild auf, die moldauischen Einwohner machten nur 34,3% der Gesamtbevölkerung aus<sup>58</sup>, rumänischsprachige Schulen oder Zeitungen existierten in der Region nicht und die offizielle Sprache in der Verwaltung und in der Kirche war russisch<sup>59</sup>. Zudem waren die führenden Ämter zum größten Teil von ukrainischen oder russischen Kommunisten besetzt.

Am 21. November 1924 wurde dieses Gebiet sogar vergrößert und die Hauptstadt von Tiraspol nach Balta verlegt. Bemerkenswert dabei ist, dass in Balta 97% der Einwohner Ukrainer waren. Dadurch ist der moldauische Anteil an Gesamtbevölkerung von 34,3% auf 30,1% gefallen. Die ukrainische Regierung hat alles unternommen, um die rumänische Bevölkerung im „eigenen“ Land verhältnismäßig zu minimieren. MASSR hat bei Weitem nicht alle Dörfer inkludiert, in denen die Moldauer bzw. Rumänen die Mehrheit darstellten. Nur 66,9% der lebenden Moldauer bzw. Rumänen in Transnistrien waren Teil der MASSR. Bemerkenswert ist auch, dass viele Dörfer eingenommen wurden, in denen nur sehr wenige Moldauer lebten: in Serbi von 3.492 Einwohner nur 4 Moldauer, in Kodima von 3.209 Einwohner nur 4 Moldauer, in Budei von 4.506 Einwohner nur 5 Moldauer<sup>60</sup>, usw. Man hat sich dadurch die Assimilierung der moldauischen Bevölkerung zu erleichtern und eine Konservierung der moldauischen Kultur und Sprache zu verhindern erhofft.

Die Entstehung der MASSR „ist der Beginn des moldauischen Mythos, der nach dem Zweiten Weltkrieg in der MSSR aufleben sollte“<sup>61</sup>. Die MASSR sollte der Baustein einer neuen Nation, einer neuen Sprache und einer neuen Identität sein. Der Mythos, dass die Bevölkerung in MASSR und in Bessarabien sich von der rumänischen Bevölkerung unterscheidet und dass sie zwei verschiedene Sprachen verwenden, wurde durch unzählige *wissenschaftliche* Beiträge der russischen Wissenschaftler unterstützt. So sind zwischen 1920er und 1980er über 1500 Veröffentlichungen zu Bessarabien bzw. Transnistrien erschienen<sup>62</sup>.

<sup>58</sup> Vgl. Chirtoacă, et al., 2007, S. 267.

<sup>59</sup> Vgl. Gribincea, Gribincea, & Şişcanu, 2004, S. 3.

<sup>60</sup> Vgl. Chirtoacă, et al., 2007, S. 268.

<sup>61</sup> Menn, 2008, S. 39.

<sup>62</sup> Vgl. Cusco, 2008, S. 26.

Der Großteil dieser Publikationen beschäftigt sich mit der (eigenständigen) moldauischen Nation, die sich von der rumänischen Ethnogenese, Sprache, Kultur und Geschichte unterscheidet. Historische Fakten wurden immer wieder neu interpretiert, geändert und umgedeutet, der *Nation-Building-Prozess* wurde gestört und ein Transformationsprozess sollte im Gang gesetzt werden. Durch den politischen Druck sind frühere Erkenntnisse revidiert und ab Absurdum gebracht.

Die Konstruktion einer neuen Sprache war kein unbekanntes Phänomen in der Sowjetunion. Weißrussland und Usbekistan haben den gleichen Prozess einer ausgedachten Sprache und Identität erlebt. Die Vorgehensweise war immer gleich: Man nahm Wörter aus dem Bauerndialekt, man verallgemeinert sie und auf Basis dessen entstand die neue künstliche Sprache<sup>63</sup>. Bei der Entstehung der MASSR war die Priorität die Übermittlung der kommunistischen Werte und das konnte am besten auf Rumänisch erfolgen. Statt *Nation-Building* hat man anfangs auf die Ideologie gesetzt, das sollte sich bald ändern.

Die Entstehung der neuen Staatsstruktur in der Sowjetunion wurde von der internationalen Gemeinschaft mit Interesse verfolgt. Der deutsche Korrespondent der *Vossischen Zeitung* in Moskau schreibt am 26. Oktober 1924, dass „die Moldauische Republik, klein für den Moment, sollte, wenn die Zeit dazu reif ist, sich mit Bessarabien vereinen und eine große sowjetische Republik als Bestandteil der Sowjetunion bilden. Das ist der Sinn der neuen Republik“. Die italienische Zeitung *Corriere de la Sera* berichtet am 22. September 1924, dass „die moldauische Republik als verwandten Staat angesehen wird und dadurch wirkt sie sehr anziehend für Bessarabien. Die Republik soll die Position Rumäniens deutlich schwächen“. Und die finnische Zeitung *Usi Suomi* zeigt, dass „die Ausrufung der MASSR ein neuer Angriff gegen Rumänien ist, mit dem Zweck die bessarabische Bevölkerung zu revolutionieren“<sup>64</sup>.

---

<sup>63</sup> Vgl. Sânzianu, 2009, S. 22.

<sup>64</sup> Nistor, 1995, S. 68.

Im Juni 1940, nach dem Ribbentrop-Molotov-Pakt, stellte die Sowjetunion Rumänien ein Ultimatum, Bessarabien und den Norden Bukowinas innerhalb von 24 Stunden zu räumen. Nachdem die sowjetischen Truppen Bessarabien und Nordbukowina annektierten, wurde Bessarabien sofort Teil der Moldauischen ASSR und ein Monat später, am 2. August, wurde die Moldauische SSR gegründet.

Die Entstehung der MSSR ging mit einem skandalösen Verlust durch Zerschneidung des historischen Gebietes von Bessarabien einher. Heute wurde diese Ungerechtigkeit entweder vergessen oder absichtlich aus den politischen Debatten ausgeklammert. Bevor Bessarabien annektiert wurde, sprach die propagandistische sowjetische Maschinerie von einer 50.000km<sup>2</sup> Fläche und eine Bevölkerung von 3.700.000 Menschen<sup>65</sup>. Die ukrainische Seite, unter der Führung von Nikita Hruschtschiov, hat darauf bestanden, lediglich Gebiete an Bessarabien *wiederzuv ereinen*, wo die moldauische Bevölkerung die Mehrheit ausmachte. Das führte dazu, dass Bessarabien einen großen Teil seiner historischen Gebiete verloren hat. Die Nordbukowina, unbestritten rumänisches Territorium aus historischer Sicht, wurde an die Ukraine abgetreten. Um zu demonstrieren, dass die moldauische Bevölkerung in der Unterzahl ist, wurde die rumänische Bevölkerung getrennt angeführt. In Nordbukowina mit einer Bevölkerung von 474.617 Menschen waren 1940 136.184 oder 28,6% Moldauer und 121.265 oder 26,48% Rumänen<sup>66</sup>. Das Gleiche geschah mit dem Kreisgebiet Hotin, wo die ukrainische Seite fälschlicherweise angab, dass die Mehrheit der Bevölkerung die Ukrainer ausmachte, obwohl die Volkszählung von 1927 feststellte, dass in diesem Gebiet 48,3% der Bevölkerung Moldauer waren<sup>67</sup>. Auch der Kreisgebiet Ismail wurde unter falschen Angaben von Bessarabien abgetreten. Die ukrainische Regierung gab die ukrainische Bevölkerung mit 34,7% und die moldauische mit 32% an. Dabei machte die ukrainische Bevölkerung in der Region lediglich 4,7% aus, man hat einfach die Anteile der russischen Bevölkerung dazuaddiert<sup>68</sup>. Mit dem Kreisgebiet

---

<sup>65</sup> Vgl. Chirtoacă, et al., 2007, S. 288.

<sup>66</sup> Vgl. ebd. S. 289.

<sup>67</sup> Vgl. ebd. S. 290.

<sup>68</sup> Vgl. ebd. S. 290.

Akkerman und dessen Annektierung stand die neue sowjetische Republik ohne Meerzugang da.

Die gleiche Argumentation wurde bei der Verkleinerung des transnistrischen Gebietes angeführt. Acht Kreisgebiete oder mehr als 40% des Gebietes wurde von der Ukraine annektiert. Bemerkenswert ist – wird heute gerne vergessen –, dass diese Annektierung durch die Ukraine ohne die Zustimmung der Obersten Sowjets der RSSM erfolgte. Die Zerstückelung der MASSR war illegal und antikonstitutionell. Einer der konstitutionellen Rechten der MASSR war die territoriale Souveränität und eine Änderung der Grenzen war lediglich durch seine Zustimmung möglich. Auch die Verfassung der sowjetischen Ukraine bestätigt dies durch Art4.: „Das Gebiet der MASSR kann nicht geändert werden ohne dessen Zustimmung“<sup>69</sup>.

Die MSSR bestand letztendlich nur aus dem mittleren Teil Bessarabiens sowie dem westlichen Teil der MASSR, dem heutigen Transnistrien. Das Gebiet wurde auf ein Minimum reduziert und blieb ohne Zugang zum Meer.

1941 bis 1944 wurde Bessarabien und das historische Gebiet Transnistrien bis nach Bug durch die rumänische Armee von der sowjetischen Kontrolle befreit und während Bessarabien wieder Teil der Großrumänien wurde, hat das Gebiet zwischen Dnjestr und Bug nur einen provisorischen Besatzungsstatus erhalten<sup>70</sup>. Diese Zeit wird von Vertretern der heutigen Transnistrischen Moldauischen Republik als negativ bewertet. Die Amtssprache wurde Rumänisch und die Verwaltungsebene wurde durch Rumänen besetzt. Die *Transnistrier* blieben ohne politische Rechte und wurden als *Ausländer* betrachtet. Der Kriegsrecht und die damit verbundenen Exekutionen, Misshandlungen und Verhaftungen haben der Bevölkerung zugesetzt<sup>71</sup>. Insbesondere die Juden waren davon betroffen, mit 110.000 bis 119.000 wird der Anzahl der getöteten Juden beziffert<sup>72</sup>.

---

<sup>69</sup> Vgl. ebd. S. 290.

<sup>70</sup> Vgl. Neukirch, 1998, S. 9.

<sup>71</sup> Vgl. ebd. S. 10.

<sup>72</sup> Vgl. Chirtoacă, et al., 2007, S. 312.



Die ersten Jahre nach 1944, als Bessarabien und Transnistrien wieder unter den Sowjets standen, waren die schwierigsten für die lokale Bevölkerung. Die Hungersnot 1946–47, die von den Sowjets durch falsche Entscheidungen massiv verschlimmert wurde, wurde in Bessarabien mehr als 150.000<sup>73</sup> Menschen zum Verhängnis. Massive Deportationen, die vor allem die Kollaborateure und die reichen moldauischen Bauer betroffen hatten, sollte die Gesellschaft Gehorsam lernen. Nicht zuletzt wurde eine Russifizierungskampagne eingesetzt, über tausend Lehrer aus Russland und Ukraine wurden nach Bessarabien beordert. Begleitet von einer antirumänischen Kampagne sollte dies die Konstruktion einer neuen Identität ermöglichen.

In den 50er-Jahren ist das erste sowjetische Buch über die Geschichte der moldauischen Nation erschienen. Darin war zu lesen, dass schon zu Daker-Zeiten eine Spaltung zwischen der rumänischen Bevölkerung und der moldauischen Bevölkerung stattgefunden hat. Aus dem Zusammenschluss mit Daker und Südslawen entstand die rumänische Ethnogenese und aus dem Zusammenschluss von Daker mit Ostslawen entstand die moldauische Ethnogenese<sup>74</sup>. Dies genügte den sowjetischen Linguisten, um ernsthaft zu behaupten, dass die moldauische Sprache eine slawische ist bzw. dass sie sich von einer romanischen Sprache zu einer slawischen entwickelte.

Ab dem Jahr 1953 entspannte sich die Situation in der Republik, der Russifizierungsdruck hat abgenommen – allerdings waren Russischkenntnisse notwendig, um im Alltag und im Beruf voranzukommen –, die Rehabilitierung der Kollaborateure und der Menschen in den Gulags hat begonnen und die meisten durften in die Heimat zurückkehren.

Während Bessarabien zwischen 1918 und 1941 Teil von Großrumänien wurde, blieb Transnistrien Teil der Sowjetunion, dementsprechend war das linksseitige Dnjestrufertal, was die sowjetische Doktrin, Ökonomie und der Russifizierungsprozess betrifft, Bessarabien Jahre im Voraus. Nach 1945 wurde

---

<sup>73</sup> Vgl. Gribincean, 1995, S. 98.

<sup>74</sup> Vgl. Meurs W. v., 1998, S. 50.

dieses Gebiet Zentrum der Schwer- und Militärindustrie der Republik, während Bessarabien sich als landwirtschaftliches Zentrum entwickelte. Transnistrien stellte auch die meisten Führungskräfte der Republik zur Verfügung, sie waren dem Regime loyaler und haben sich mit der kommunistischen Doktrin gut arrangiert. Diese Region produzierte zu sowjetischen Zeiten 83,3% der Energie der MSSR und obwohl sie nur 12% des MSSR ausmachte, war Transnistrien für 35% des Bruttosozialproduktes und 23,5% der gesamten Industrieproduktion zuständig<sup>75</sup>.

Nach 1945 entstand zwischen Bessarabien und Transnistrien ein tiefer Graben. Der berühmte Komponist Eugeniu Doga, der in Transnistrien geboren wurde, sagte in einem Interview 1992, dass der Bevölkerung auf der linken Seite des Dnjestrs propagiert wurde, dass Bessarabier Kapitalisten und faule Menschen waren und eine andere Sprache reden. Es entstand dadurch ein *wir, die Transnistrien-Moldauer* und *sie, die Bessarabien-Moldauer* Gefühl<sup>76</sup>.

---

<sup>75</sup> Vgl. Chirtoacă, et al., 2007, S. 361.

<sup>76</sup> Vgl. Cojocaru, 2006, S. 263 und vgl. Cojocaru & Suhan, 2004, S. 162.

## 3. Der transnistrische Separatismus 1989–1992

### 3.1. Nationales Erwachen – Volksfrontbewegung

In den 80er-Jahren fanden in der Sowjetunion statt Veränderungen. Gorbatschow wurde Generalsekretär der Kommunistischen Partei und im Rahmen der Modernisierung der Gesellschaft durch die eingeleitete *Perestroika* (Umstrukturierung) und *Glasnost* (Offenheit) entstand in den nicht-russischen Sowjetrepubliken ein starkes Bestreben nach Unabhängigkeit, was letztendlich zum Zerfall der Sowjetunion führte. Die eingesetzte Perestroika führte dazu, dass die russische Bevölkerung zusehends ihre privilegierte Machtstellung verlor und ohne den Einfluss Moskaus zu einer gestrandeten unwillkommenen Minderheit degradiert wurde.

Die politischen Eliten in MSSR sind dem Zentralapparat in Moskau lange Zeit treu geblieben und deshalb fanden politische Veränderungen, im Vergleich zu anderen Sowjetrepubliken, erst gegen Ende der 80er-Jahre statt. Die ersten Oppositionsbewegungen entstanden Mitte 1988 und ihr Hauptanliegen war die Frage der Sprache: Moldauisch als offizielle Sprache der Republik, Anerkennung der gleichen Identität der moldauischen und rumänischen Sprache und die Umänderung der Schrift von Kyrillisch auf Lateinisch. Die Empfehlungen der 1988 eingerichteten Parlamentskommission, die sich mit der Sprachenfrage beschäftigte und die Forderungen der Opposition unterstützte, wurden von Simion Grosu, dem Vorsitzenden der kommunistischen Partei, nicht umgesetzt. Im Frühjahr 1989 entstand aus mehreren Oppositionsbewegungen die moldauische nationale Volksfrontbewegung pro-rumänischer Orientierung, die sich gegen die Diskriminierung der rumänischen Sprache und der Moldauer bzw. Rumänen einsetzte. Obwohl die rumänisch-sprechende Bevölkerung die Mehrheit ausmachte, wurde die russische Sprache, die zur internationalen Verständigung in der Sowjetunion verwendet wurde, zum Nachteil der

rumänischen verwendet. Während der Sowjetunion waren in Chişinău lediglich vereinzelt rumänische/moldauische Schulen und Kindergärten zu finden und im polytechnischen Institut wurden unter *Fremdsprachen* moldauische Sprachkurse angeboten<sup>77</sup>. Russischkenntnisse waren insbesondere in den Städten Pflicht, ohne diese war ein Aufstieg am Arbeitsplatz unmöglich. Für einen Bessarabier war das ungleich schwieriger – auch mit Russischkenntnissen. Russische Herkunft sowie ein transnistrischer Wohnsitz verbanden sich zum privilegierten Merkmal<sup>78</sup>. Bis in die 80er-Jahre waren die lokalen Führungspositionen der Parteistrukturen, Wirtschaft, Gesellschaft und Militär mit Russen und Ukrainern besetzt und nur wenige Moldauer fanden ihren Platz an der Spitze<sup>79</sup>. Stefan Troebst setzte die einstmalige Lage der ethnischen Moldauer mit der der Schwarzen in Südafrika der Apartheid gleich<sup>80</sup>. Die Entfaltung der nationalistischen Bewegung Ende der 80er-Jahre war der Ausdruck der ethnischen-Moldauer gegen die immer aussichtslosere Lage und anders als die besser gestellten Russen und Ukrainer konnten sie nur gewinnen.

Charles King behauptet, dass Bessarabien und Transnistrien bereits Ende der 80er-Jahre in zwei verschiedene Welten lebten. Transnistrien wurde eines der meist sowjetisierten Territorien in der Sowjetunion und mit seinen sprachlichen, demografischen sowie ökonomischen Strukturen grenzte es sich von Bessarabien ab. Dank direkten ökonomischen Verbindungen zu Moskau, im Vergleich zu der Regierung in Chişinău, genoss es einen privilegierten Status. Die Regionaleliten aus Tiraspol haben von Anfang an Widerstand gegen die neue Politik der Regierung in Chişinău erkennen lassen: „Every move in Chisinau that pulled the republic farther away from Moscow was met by a countermove in Transnistria that drew the region itself farther away from Chisinau“<sup>81</sup>.

---

<sup>77</sup> Vgl. Ciobanu C., 2007, S. 35.

<sup>78</sup> Vgl. Menn, 2008, S. 56.

<sup>79</sup> Vgl. Neukirch, 1998, S. 13.

<sup>80</sup> Vgl. Troebst, 1998, S. 356.

<sup>81</sup> King, 2000, S. 185.

Die Führungsschichten fürchteten durch den Einflussschwund der Moskauer Führung bei dem Gestalten des politischen Lebens in MSSR auch ihre unangefochtene hierarchische Aufstellung sowie das Besitztum, das seit Jahrzehnten bestand, zu verlieren<sup>82</sup>.

Am 31. August<sup>83</sup> 1989 versammelten sich auf dem Platz *Piața Marii Adunări Naționale* – im Zentrum von Chișinău – mehrere Hunderttausend Menschen, um das neue Gesetz der rumänischen Sprache zu feiern. Die moldauische bzw. rumänische Parlamentsmehrheit stimmte – gegen den Willen der transnistrischen Abgeordneten und gegen die Empfehlung von Gorbatschow – für den Wechsel der kyrillischen Schriftform auf der lateinischen und für die Aufwertung der *rumänischen*<sup>84</sup> zur einzigen offiziellen Sprache auf dem MSSR-Gebiet. Am 27. April 1990 wurden die neue nationale Flagge<sup>85</sup> und die neue Hymne<sup>86</sup> abgeseget:

*While gatherings in Tallinn, Vilnius, Riga, and other Soviet capitals celebrated the revival of indigenous cultures and identities in the late 1980s, crowds in the Moldovan capital of Chisinau seemed to do exactly the opposite, rejecting the existence of a separate Moldovan nation and adopting the tricolor, national anthem, and official language of other country, Romania<sup>87</sup>.*

Die neue Sprachgesetzgebung, unterstützt von nationalistischen Parolen *Chemodan, Vokzal, Rossia* (Koffer, Bahnhof, Russland) und die damals ernsthaft in Betracht gezogenen Möglichkeit der Angliederung der MSSR an Rumänien, hat die ethnischen Minderheiten und insbesondere die russischsprachigen Funktionären auf beiden Seiten des Dnjestr brüskiert. Die

<sup>82</sup> Vgl. King, 2000, S. 184-187.

<sup>83</sup> Der 31. August wurde zum nationalen Feiertag erklärt, der Tag der rumänischen Sprache (*Limba Noastra*). Moldau ist das einzige Land, das einen nationalen Tag der Sprache hat, trotz allem sind bis heute viele Menschen unschlüssig, ob sie die moldauische oder die rumänische Sprache verwenden.

<sup>84</sup> Nach einer Verfassungsänderung im Jahr 1994 wurde aus der rumänischen Sprache die moldauische.

<sup>85</sup> „Tricolorul“ (rot-gelb-blau).

<sup>86</sup> „Deșteaptă-te române!“ (Erwache, Rumäne!) ist auch die Nationalhymne Rumäniens. 1994 wurde die Nationalhymne Moldaus durch die „*Limba Noastră*“ („Unsere Sprache“) ersetzt.

<sup>87</sup> King, 2000, S. 3.

alteingesessenen Eliten haben sich durch die Angehörigen der Titularnation bedroht gefühlt.

### 3.2. Gegenbewegung aus Transnistrien

Das nationale Erwachen in den 80er-Jahren und der Machtverlust der kommunistischen Partei, die als Garant für die russischen Interessen galt, hat eine Gegenbewegung begünstigt. Anfang 1989 wurde die Interbewegung *Unitate-Edinstvo*, hauptsächlich bestehend aus russischsprachigen Funktionsträgern aus Verwaltung und Wirtschaft, die in der moldauischen Nationalbewegung eine Gefährdung ihrer Machtposition sahen, gegründet. Es folgte gleich darauf die Gründung einer Gagausischen Volksfront und die Formierung der Arbeitskollektive (*Komitet trudovykh kollektivov* – STK). Es zeigte sich aber schnell, dass die republikweit organisierte *Unitate-Edinstvo* wenig Einfluss auf die Entscheidungsträger in Chişinău ausüben konnte, denn bereits wenige Monate später wurde Rumänisch zur einzigen offiziellen Amtssprache<sup>88</sup>.

Als Antwort auf die Vorhaben der Regierung in Chişinău die *Rumänisierung* und die *Entsowjetisierung* der MSSR voranzutreiben, wird am 11. August 1989 der Vereinigte Rat der Arbeitskollektive (*Obiedinennyi komitet trudovykh kollektivov* – OSTK) von den *roten* Direktoren aus Tiraspol gegründet. Vorsitzender wird der Direktor der Fabrik *Elektromas*, aus Kamschatka stammender und erst 1987 nach Tiraspol gekommener und später Präsident der sogenannten *Transnistrischen Moldauischen Republik* (PMR), Igor Smirnov. Über 200 Arbeitskollektive, mit fast 200.000 Angestellten<sup>89</sup>, werden Teil der OSTK und bereits Anfang September nehmen 80.000 Arbeiter aus 116 Betrieben<sup>90</sup> an dem Aufstand teil, um den Druck auf die Regierung in Chişinău zu erhöhen. Der Kompromiss, wonach die moldauische die einzige Staatssprache wird und die russische Sprache weiterhin als interethnische Kommunikationssprache

<sup>88</sup> Vgl. Büscher, Klemens: „Die "Staatlichkeit" Transnistriens - ein Unfall der Geschichte?“, (Februar 1998), S. 10-13, unter: [www.uni-leipzig.de/~mil/pdf/de/BuescherTransnistrien.pdf](http://www.uni-leipzig.de/~mil/pdf/de/BuescherTransnistrien.pdf) (aufgerufen am 16. November 2011). Weiter unter: „Büscher, 1998“.

<sup>89</sup> Vgl. Chirtoacă, et al., 2007, S. 368.

<sup>90</sup> Vgl. Neukirch, 1998, S. 17.

(gemeinsam mit der moldauischen), verwendet werden darf, konnte die Stadtsovjets aus Bender und Tiraspol sowie die OSTK-Führung nicht überzeugen. Schon während des Streiks beschloss die Tiraspoler Führung die Nichtanwendung der Sprachengesetze und bereits da zeichnete sich das Autonomiebestreben des linksseitigen Ufers ab<sup>91</sup>. Die Organisationen Unitate Edinstvo und OSTK, die besonders auf dem linksseitigen Ufer Einfluss hatten, bildeten das Gegenstück zur moldauischen Volksfront auf dem rechtsseitigen Ufer.

Interessant wäre anzumerken, dass die Gegenbewegung in Transnistrien nicht von den lokalen Kräften organisiert wurde, es sollte nur so wahrgenommen werden. Die Analyse verschiedener Dokumente aus dieser Zeit hat ergeben, dass der KGB in Bezug auf die Gründung dieser Bewegungen eine maßgebliche Rolle gespielt hat. Auch in anderen Sowjetrepubliken sollte durch eine solches Szenario die Teilung der Gesellschaft in zwei unversöhnliche Teile erfolgen<sup>92</sup>. Anneli Ute Gabanyi spricht in diesem Zusammenhang von *proxy conflicts*<sup>93</sup>, vergleichbar mit den Stellvertreterkriegen zwischen Sowjetunion und USA während des Kalten Krieges, nur unter anderen Aspekten.

Der Bericht der KSZE 1993 zu dem beschlossenen Sprachgesetz kommt zu einem eindeutigen Ergebnis: Das neue Sprachgesetz kann nicht ernsthaft kritisiert werden, die Minderheitenrechte werden nicht verletzt und es erfüllt alle Kriterien:

*Considering the linguistic composition of the population, these provisions satisfy the demands for respect of minority languages. In the Moldovan Parliament, both Romanian and Russian languages are used. Romanian is translated into Russian, whereas Russian is not translated into Romanian. [...] The Russian language, which until independence was the dominant language, must now yield to the Romanian language, the language of the majority of the population. This change, which takes*

---

<sup>91</sup> Vgl. Chirtoacă, et al., 2007, S. 369.

<sup>92</sup> Vgl. Mînzărari, 2009, S. 33 und vgl. Prisac, 2008, S. 11.

<sup>93</sup> Vgl. Gabanyi, 2007, S. 501.

*place over a considerable period of time, cannot reasonably be criticized*<sup>94</sup>.

### **3.3. Der transnistrische Separatismus**

Am 2. September 1990 beschloss der Kongress der Volksdeputierten Transnistriens, der aus dem Vereinigten Rat der Arbeitskollektive entstanden ist, die Gründung der *Transnistrisch-Moldauischen Sozialistischen Sowjetrepublik* (PMSSR) im Bestand der UdSSR. Um diese sezessionistische Bestrebungen auch juristisch zu untermauern, behauptete die separatistische Führung, dass das Dekret der Souveränität der Obersten Sowjets der MSSR vom 23. Juni 1990 den Austritt der MSSR aus der UdSSR bedeutete, denn die Souveränitätserklärung stellte die Republikgesetze über die Unionsgesetze. Ein weiteres Argument war die Aussage im Dekret, dass Bessarabien und Nordbukowina am 28. Juni 1940 von UdSSR mit militärischer Gewalt besetzt wurden und somit war die Entstehung der MSSR rechtswidrig. Dies verleitete die Separatisten zur Behauptung, dass infolge der Ungültigkeitserklärung des Hitler-Stalin-Pakts auch die Eingliederung der Stadt Tiraspol und der Kreise Grigoriopol, Dubăsari, Camenca, Rîbnița, Slobozia und Tiraspol – die bis 1940 Teil der MASSR waren, im Bestand der Ukrainischen Sowjetrepublik – juristisch außer Kraft gesetzt wurde<sup>95</sup>. Die PMSSR verstand sich als Nachfolger der 1940 aufgelösten MASSR, jedoch stellte der Kongress der Volksdeputierten Transnistriens keine Ansprüche auf die Gebiete, die im Laufe der Entstehung der MSSR an die Ukraine abgetreten wurden. Die moldauische Führung wies diese eigenartige Interpretation der sezessionistischen Kräfte zurück, verhängte den Ausnahmezustand und am 2. September 1990 ist eine Präsidialverwaltung errichtet worden. Einen Tag später, am 3. September, wurde Mircea Snegur Präsident der MSSR.

Gleichzeitig sind Informationskampagnen auf der linken Seite des Dnjestr angelaufen. Abgeordnete der Regierung in Chișinău versuchten, die

<sup>94</sup> Bloed, 1993, S. 1166-1167.

<sup>95</sup> Vgl. Chirtoacă, et al., 2007, S. 375-376.



Bevölkerung zu überzeugen, dass ein Anschluss an Rumänien nicht möglich sei und dass MSSR ein souveräner Staat bleiben wird. Zeitgleich versuchte die Zentralregierung, Druck auf die separatistische Führung auszuüben, begrenzte sich, zunächst den Separatismus zu verurteilen und die Illegalität der Handlungen anzuprangern<sup>96</sup>. Allerdings konnte die Führung in Chişinău nicht einmal die Wahlen zum Obersten Sowjet der PMSSR im November verhindern, die von der Sowjetischen Truppen des Innenministeriums geschützt wurden.

Unterstützt durch Massenmedien, wurde in Transnistrien Angst über eine mögliche Vereinigung Moldaus mit Rumänien geschürt, die rumänische Phobie wurde neu entfacht. Man erinnerte gerne an den Einmarsch der rumänischen Armee in Transnistrien im 2. Weltkrieg, als die rumänische Führung rücksichtslos mit der lokalen Bevölkerung umgegangen ist: „*Nu – românizării Moldovei sovietice!, Astăzi tricolorul - mâine biciul*“<sup>97</sup>. In den Ansprachen der lokalen Führung wurde Rumänien als *Angreifer, Feind* oder *Faschist* gebrandmarkt<sup>98</sup>. Die Human Rights Watch stellt 1993 folgendes fest:

*Most egregious among them (abuses) are violations of freedom of speech and of the press, such as limiting or outright banning some newspapers and television and radio programs. These violations exacerbated the armed conflict that eventually severely damaged what were previously peaceful and productive areas of Moldova and have traumatized some residents to the detriment of future cooperative relations with government authorities*<sup>99</sup>.

Nach dem misslungenen Putschversuch in Moskau zwischen dem 19. und 21. August 1991, erklärte am 25. August der Oberste Sowjet der PMSSR die Unabhängigkeit von der Republik Moldau<sup>100</sup> und am 27. August<sup>101</sup> erklärte sich die RM als unabhängig von der zusammenbrechenden UdSSR. Am 29. August

<sup>96</sup> Vgl. ebd., S. 380-381.

<sup>97</sup> „*Nein – der Rumänisierung der Sowjet Moldaus!, Heute der Trikolor (die rumänisch Fahne) – morgen die Peitsche*“. In: Cojocaru & Suhan, 2004, S. 155.

<sup>98</sup> Vgl. Cojocaru & Suhan, 2004, S. 155.

<sup>99</sup> Dailey E., S. 3.

<sup>100</sup> Am 23. Mai 1991 hat das Parlament die Moldauische SSR zur Republik Moldau erklärt.

<sup>101</sup> Am 27. August wird die Unabhängigkeit Moldauens gefeiert und ist ein nationaler Feiertag.

1991 wurden Smirnov und andere Mitglieder einer transnistrischen Delegation in Kiew von den moldauischen Sicherheitskräften verhaftet und ins Gefängnis nach Chişinău gebracht. Smirnov wurden ziviler Ungehorsam gegen die moldauischen Gesetze und die Unterstützung der Putschisten vorgeworfen. Nach einem Monat durfte er das Gefängnis verlassen. Während dieses Monats haben seine Unterstützer die wichtigsten Eisenbahnrouten blockiert, dadurch sollte eine Entlassung Smirnovs erzwungen werden, denn der ökonomische Schaden wurde mit der Dauer der Blockade immer größer<sup>102</sup>.

Am 1. Dezember fanden in der sogenannten PMSSR die ersten Präsidentschaftswahlen und Smirnov setzte sich mit 64,4% durch, außerdem haben 97,7% der Wähler für die „Eigenstaatlichkeit der Transnistrischen Moldauischen Republik (PMR) innerhalb der politischen und ökonomischen Union der souveränen Staaten“<sup>103</sup> gewählt, also innerhalb einer erneuten Sowjetunion. Die PMR-Führung wertete diesen Erfolg als Bestätigung ihrer Politik. In den letzten 20 Jahren wird dieses Ergebnis immer wieder herangezogen, um die Abspaltung Transnistriens zu rechtfertigen. Die sehr hohe Zustimmung ist zu hinterfragen. Internationale Beobachter wurden nicht zugelassen, Augenzeuge berichten von bewaffneten Menschen, die *sicherstellen* wollten, dass die Bevölkerung auch wirklich wählen geht<sup>104</sup>. Während seiner Reise nach Tiraspol in September 1992 hat Pal Kolstø die Wahllisten gezeigt bekommen, in denen die Stimmen der Einwohner zusammen mit ihren Namen erfasst waren<sup>105</sup> eine Anonymität war dadurch nicht gegeben. Die Bevölkerung stand unter Druck, die *richtige* Wahl zu treffen, um nicht als *Feinde des Volkes* zu gelten<sup>106</sup>. Auch ist bekannt, dass der Großteil der ethnischen Rumänen die secessionistische Bewegung nicht unterstützt hat.

Abgesehen von wenigen ethnischen Rumänen, war die Spitze der neuen *Republik* ausschließlich aus ethnischen Russen und Ukrainern

---

<sup>102</sup> Vgl. Chirtoacă, et al., 2007, S. 407.

<sup>103</sup> Ebd. S. 422-423.

<sup>104</sup> Vgl. ebd. S. 422.

<sup>105</sup> Vgl. Kolstø & Edemsky, 1995, S. 161.

<sup>106</sup> Vgl. Chirtoacă, et al., 2007, S. 416.

zusammengesetzt. Um den Anschein einer inter-ethnischen Harmonie vorzuspielen bzw. zu erwecken, wurden auch ethnische Rumänen/Moldauer Teil der Regierung, unter anderem Stefan Kitsak als Verteidigungsminister, Grigore Mărăcuța, der Präsident des Obersten Sowjets, Alexandru Caraman der Vize-Präsident der Republik<sup>107</sup>.

Zur selben Zeit spitzte sich die Lage ebenso in Gagausien<sup>108</sup> zu. Motiviert und unterstützt durch die separatistische Bewegung in Transnistrien und nach dem Vorbild der Transnistrischen Moldauischen Republik, wurde am 19. August 1991 die Eigenstaatlichkeit ausgerufen. Die Regierung in Chișinău hat Gagausien vor diesem Schritt wiederholt gewarnt und beinahe wäre es zu bewaffneten Zusammenstößen gekommen. Im Gegensatz zu Transnistrien war Gagausien ökonomisch, politisch und militärisch schlecht aufgestellt, dies machte sie abhängig von Chișinău und letztendlich wurde eine Territorialautonomie vereinbart.

### **3.4. Militärische Organisation auf beiden Seiten**

Meiner Meinung nach hat die PMR-Führung einen Krieg gegen die Republik Moldau herbeigesehnt. Die Clique um Smirnov verstand, dass der Anschein eines ethnisch motivierten Krieges die Zukunft der PMR sichern würde. Eine beinahe nur aus Russen und Ukrainer zusammengesetzte Führung in Transnistrien konnte auf die Unterstützung Moskaus mit seiner 14. Russischen Armee vor Ort fest rechnen. Die Ereignisse in Südossetien am 20. September 1990, als Russland Truppen entsandte, um auf der Seite der Südosseten einzugreifen, zeigte die Bereitschaft Russlands zur Unterstützung der separatistischen Kräfte innerhalb der Sowjetrepubliken. Dies hat eine wichtige Rolle im weiteren Verlauf des Dnjestr-Konflikts gespielt und zur Radikalisierung der separatistischen Bewegung beigetragen.

---

<sup>107</sup> Vgl. Dima, 1999, S. 42.

<sup>108</sup> Gagausien befinden sich im Süden Moldaus und hat am 23 Dezember 1994 eine Territorialautonomie erhalten. Gagausen sind ein Turkvolk.

Lange Zeit hat die Führung in Chişinău auf die Provokationen vonseiten der Separatisten nicht reagiert, im Gegenteil sie hat sich immer für eine friedliche Lösung ausgesprochen und Mircea Snegur hat mehrmals betont, dass eine militärische Offensive ausgeschlossen ist und bot Verhandlungen an. In der Zwischenzeit wurde eine große und mächtige transnistrische Armee mit Hochdruck auf die Beine gestellt. Dabei beheimatet Transnistrien lediglich ein Fünftel der Einwohner der Republik Moldau. Im Frühling 1992 standen 20.000 transnistrische 11.500 moldauischen Sicherheitskräften gegenüber.

Bereits Anfang 1990 haben die Separatisten begonnen, sich militärisch zu organisieren, um die Regierung in Chişinău zu sabotieren und zu provozieren. Unterstützt durch lokale Medien und die parteiische Berichterstattung aus Moskau, konnten die Separatisten schnell Unterstützung innerhalb der Bevölkerung finden. Als Erstes wurden die zum Teil bewaffneten freiwilligen OSTK-Truppen gegründet. Mitte 1991 wurden in Tighina Einheiten der Miliz besonderer Bestimmung (OMON), direkt der lokalen Verwaltung unterstellt, gegründet. Im September 1991, kurz nach der Unabhängigkeitserklärung, fand, auf Anordnung aus Moskau, in den Kasernen in Tiraspol, Dubăsari und Rîbniţa eine Versammlung der Offizierskader der 14. Armee statt. Es wurde beschlossen, die moldauischen Behörden zu boykottieren, andererseits sollte die separatistische Bewegung unterstützt und gegen jegliche militärische Angriffe verteidigt werden<sup>109</sup>. Im selben Monat wurde die republikanische Garde und der Bataillon *Dnjestr* auf die Beine gestellt und mithilfe von Offizieren in der Reserve der 14. Armee ausgebildet und ausgerüstet. Zusätzlich wurden bewaffnete Arbeitsbrigaden als Hilfe für die Polizei geschaffen<sup>110</sup>. Aus ganz Sowjetunion sind Freiwillige und Kosaken angereist, um die „Blutsbrüder“ gegen den Feind zu unterstützen.

---

<sup>109</sup> Vgl. Gribincea M. 2001, S. 161. Siehe dazu auch: Pinteau Iurie: "The military aspect of the conflict settlement in the Eastern part of the Republic of Moldova" (03. April 2001), S. 4, unter: <http://www.ipp.md/download.php?file=cHVibGJlL2JpYmxpb3RIY2EvMTlvZW4vTWlsaXRhcnlhc3BIY3RmaW5hbF9FbmcuZG9j&id=44> (aufgerufen am 01. November 2011), weiter unter: Pinteau, 2001.

<sup>110</sup> Vgl. Gribincea M. 2001, S. 162. Siehe dazu auch: Chirtoacă, et al., 2007, S. 424.

Innerhalb kürzester Zeit konnte Transnistrien eine gut ausgebildete und ausgerüstete Armee aufweisen. Kurz vor Beginn der offenen Kriegshandlungen bestanden die transnistrischen Streitkräfte aus über 20.000 Mann, davon ca. 3.000 Kosaken und Söldner. Der Befehlshaber der 14. Armee Y. Netkatschew sah das militärische Kräfteverhältnis bei „Zehn zu eins zu unseren Gunsten“<sup>111</sup> an. Ende September 1992, nach Smirnovs Angaben, sind die Streitkräfte auf 35.000 Mann angewachsen<sup>112</sup>.

Die Regierung in Chişinău hat bis zuletzt auf die Hilfe vonseiten des Obersten Sowjets der UdSSR erhofft. Auch mehrere hochrangige Besuche aus Moskau konnten die voranschreitende militärische Organisation auf der linken Seite des Dnjestr nicht verhindern. Da MSSR über keine Armee verfügte und die militärischen Einheiten vor Ort sich dem Kommando aus Moskau unterwarfen, wurde der Kampf um die territoriale Integrität des Landes von der Polizei übernommen. Die schlecht ausgerüsteten Polizisten, für solche Aufgaben unvorbereitet, konnten sich anfangs noch gegen den ständig wachsenden Druck der separatistischen Milizen zur Wehr setzen, dennoch mussten schnell die ersten Polizeistationen aufgegeben werden. Die Geburt der Moldauischen Nationalen Armee wird immer mit dem 3. September 1991 angegeben, allerdings wurde das Dekret des Präsidenten erste sechs Monate später umgesetzt, zum Beginn des offenen Konflikts. Die schnell auf die Beine gestellte nationale Armee hat die Qualität der Moldauischen nationalen Sicherheit nicht wirklich verbessert, sie bestand aus ehemaligen Polizisten, Reservisten, Freiwilligen und Innenministerium-Kräften. Anfang April 1992 wurde die moldauische Armee auf ca. 11,500<sup>113</sup> Männern geschätzt. Davon abgesehen, dass die meisten Männer lediglich eine militärische Grundausbildung besaßen, waren sie auch schlecht gegen mögliche bewaffnete Auseinandersetzungen ausgerüstet. Zufall oder nicht zwischen den Jahren 1990 und 1991 wurde eine große Anzahl an militärischer Ausrüstung von der rechten Seite des Dnjestr abgezogen, zum Beispiel 120 Panzer aus

---

<sup>111</sup> Vgl. o.V.: „Wir geben keinen Meter Boden preis.“ Der Konflikt zwischen Russen und Moldawiern treibt auf einen Bürgerkrieg zu“. In: Der Spiegel am 06. April 1992: S. 181.

<sup>112</sup> Vgl. Helsinki Watch, März 1993, S. 20.

<sup>113</sup> Vgl. ebd. S. 19.

der 14. Armee Division in Bălți, alle Raketen- und Minenwerfer sowie ein großer Teil der Munition wurde in Kolbasna gelagert<sup>114</sup>.

Die politische Führung in Moskau versuchte, die Unterstützung der Separatisten durch die militärische Hilfe der rumänischen Regierung für die Republik Moldau zu rechtfertigen. Tatsächlich hat die rumänische Regierung, auf Anfrage aus Chişinău, 20 gepanzerte Fahrzeuge, 40 Minenwerfer (82-mm-Mörser), 30 Minenwerfer (120 mm-Mörser) und 2.000 automatische Waffen zur Verfügung gestellt<sup>115</sup>. Die russische Propaganda, dass sich vor Ort rumänische Offiziere aufhalten, die zur Ausbildung der moldauische Armee dienen und auch in Kampfhandlungen involviert sind, waren 24 Militärbeobachter in der Nähe von Tighina, die im Rahmen der Vierer-Mechanismus-Beschlüsse vor Ort waren<sup>116</sup>. Die Unterstützung Rumäniens kann gar nicht als Rechtfertigung für die russische Unterstützung der Separatisten herhalten, denn:

*Der Handel zwischen Rumänien und Republik Moldau basierte auf zwei international Anerkannte Völkerrechtssubjekte, während die Übertragung der Ausrüstung an die Separatisten illegal war und stellt eine eklatante Verletzung des internationalen Rechts dar<sup>117</sup>.*

Am 14. November wurde ein Dekret erlassen, wodurch das sowjetische militärische Erbe auf dem moldauischen Territorium zum Eigentum der Republik Moldau wurde. Allerdings stand die militärische Ausrüstung Ende Mai 1992 für die moldauische Nationale Armee zur Verfügung – und das erst nach Protesten vonseiten der Kämpfer an der Front. Das führte dazu, dass in der ersten Phase der Auseinandersetzung nur eine automatische Pistole auf zwei bis drei Soldaten kam und die Freiwilligen gar mit Schlagstöcken und Bögen ausgerüstet waren. Kurz vor der heißen Kriegsphase am 18. März 1992 wurde ein weiteres Dekret erlassen, wodurch die sowjetischen militärischen

---

<sup>114</sup> Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (Application no. 48787/99, 2004): „Case of Ilascu and others v. Moldova and Russia“, S. 83, unter: [http://www.unhcr.org/refworld/publisher,ECHR\\_„MDA,414d9df64,0.html](http://www.unhcr.org/refworld/publisher,ECHR_„MDA,414d9df64,0.html) (aufgerufen am 01. Dezember 2011), weiter unter: „Case of Ilascu and others v. Moldova and Russia“.

<sup>115</sup> Vgl. Gribincea M., 2001, S. 169-170.

<sup>116</sup> Vgl. ebd. S. 171.

<sup>117</sup> Ebd. S. 172.

Divisionen, stationiert auf dem Territorium der Republik Moldau, unter die Zuständigkeit des Verteidigungsministeriums fielen, das erst am 4. März 1992 geschaffen wurde. Allerdings wurde die Inkorporierung der militärischen Formationen in die nationale Armee verzögert, sodass die meisten davon erst gegen das Ende des Krieges Teil davon wurden. Zwei Tage später wurde zwischen der Republik Moldau und dem obersten Befehlshaber der Streitkräfte der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten<sup>118</sup> eine Vereinbarung beschlossen, wodurch 50 der ca. 150 Militärverbände<sup>119</sup> auf dem moldauischen Territorium unter der Führung der Obersten Befehlshaber der Streitkräfte der GUS fallen. Auch große Teile der 14. Armee wurden dazu gezählt und sollten innerhalb von sieben Monaten abgezogen werden. Aber schon am 1. April hat der Präsident der Russischen Föderation, Boris Jelzin, ein Dekret erlassen, wodurch die vormals sowjetischen Streitkräfte unter die Jurisdiktion der Russischen Föderation fallen. Das bedeutete, dass sich von einem Tag auf dem anderen auf dem moldauischen Gebiet fremde Streitkräfte befanden.

### **3.5. Die Vorstufe zu den ersten Kriegshandlungen**

Am 2. November 1990, zwei Jahre vor dem eigentlichen Ausbruch des Krieges, haben die ersten Zusammenstöße mit Menschenverlusten<sup>120</sup> zwischen den moldauischen Milizen und den freiwilligen OSTK-Truppen stattgefunden. In Dubăsari wurden die staatlichen Institutionen von Anhängern der secessionistischen Bewegung angegriffen sowie die Brücke von Dubăsari blockiert, daraufhin wurden auf Anordnung der Regierung in Chişinău Polizisten zur Aussperrung der Brücke und zur Wiederherstellung der Ordnung nach Dubăsari entsandt<sup>121</sup>. Dieses Ereignis markiert den Wendepunkt in dem bisher friedlich geführten politischen Machtkampf.

---

<sup>118</sup> Infolge der UdSSR Auflösung am 25. Dezember 1991 wurden die sowjetischen Streitkräfte unter die Kontrolle des Militärbefehlshabers der GUS gestellt.

<sup>119</sup> Vgl. Gribincea M., 2001, S. 147. Siehe dazu auch: Pinteau, 2001, S. 7.

<sup>120</sup> 9 Verwundete und 3 getötete. In: Chirtoaca et al. 2007, S. 386.

<sup>121</sup> Vgl. Borgen & Meyer, 2006, S. 13, siehe auch: KSZE: "The Transdnestrian Conflict in Moldova: Origins and Main Issues", (10. Juni 1994), S. 2, unter: <http://www.osce.org/moldova/42308> (aufgerufen am 01. November 2011).

Nach den Zusammenstößen Ende November und der gescheiterten Verhandlung mit den Separatisten und der Zentralregierung in Moskau hat die Spannung in der Republik, insbesondere auf der anderen Seite des Dnjestr, zugenommen. Die Separatisten haben eine Kampagne gegen die *Feinde des Volkes* begonnen, gerichtet gegen all die Menschen, die die secessionistische Bewegung nicht unterstützten und sich öffentlich dagegen wehrten. Polizeistationen, die noch immer unter der Jurisdiktion der Regierung in Chişinău standen, wurden massiv unter Druck gesetzt, mehrmals in Brand gesetzt und mit Gewalt versucht, unter Kontrolle zu bringen.

Der Oberste Sowjet der PMR ordnete am 6. September 1991 an, dass alle Betriebe, Organisationen, Milizen, die Staatsanwaltschaft, die Justiz, KGB-Einheiten und andere Dienste in Transnistrien, mit Ausnahme von militärischen Einheiten aus der sowjetischen Streitkräfte, unter die Jurisdiktion der PMR fallen<sup>122</sup>.

Die Präsidentschaftswahlen der sogenannten PMR, die am 1. Dezember 1991 stattfanden und der beschlossene Zusammenbruch der Sowjetunion am 8. Dezember haben die separatistische Führung veranlasst, die Gangart gegen Chişinău zu verschärfen – dies bereitete den Boden für offenen Kämpfe zwischen Chişinău auf der einen Seite und Tiraspol mit der 14. Russischen Armee auf der anderen Seite vor. Am 3. Dezember wurde auf Verordnung von Smirnov die Polizei der Regierung in Chişinău auf dem linksseitigen Dnjestrufer verboten. Am selben Tag wurde der Generalleutnant und Befehlshaber der 14. Russischen Armee als erster Vorsitzender des Verteidigungsministeriums in PMR ernannt<sup>123</sup>. Yakovlev hatte zuvor die separatistische Bewegung offen unterstützt und spielte eine Schlüsselrolle bei der Versorgung der separatistischen Milizen mit Waffen<sup>124</sup>. Zur selben Zeit hat die 14. Armee die Städte Grigoriopol, Dubăsari, Slobozia, Tiraspol und Rîbniţa besetzt, dadurch sollte verhindert werden, dass die legitimen Sicherheitskräfte der Republik

---

<sup>122</sup> Vgl. Case of Ilascu and others v. Moldova and Russia. S. 18.

<sup>123</sup> Vgl. Chirtoacă, et al., 2007, S. 422.

<sup>124</sup> Vgl. Kaufman, 1996, S. 132, siehe auch: Case of Ilascu and others v. Moldova and Russia. S. 21.



Moldau nicht zur Sicherung der Region entsandt werden konnten, ohne eine direkte Auseinandersetzung mit der 14. Armee zu riskieren.

Zwei Tage später erfolgte das nächste Dekret, wodurch die militärischen Einheiten, stationiert auf dem transnistrischen Gebiet, unter die Führung des separatistischen Verteidigungsministeriums und Sicherheitsdiensts fallen. Yakovlev hatte die Aufgabe, die Übergabe von Waffen und militärische Ausrüstung an die separatistische Führung zu regeln.

Die immer aussichtsloser werdende Lage und die offene Unterstützung der 14. Armee veranlassten den Präsidenten der Republik Moldau, Mircea Snegur, den Präsidenten des Parlaments, Alexandru Moşanu, und den Premierminister, Valeriu Muravschi, am 6. Dezember, ein Appell an die Internationale Gemeinschaft und an den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu richten. Die Forderung, gegen das Problem entscheidende Maßnahmen zu ergreifen, um eine bewaffnete Auseinandersetzung in der Region zu verhindern, blieb unerhört<sup>125</sup>.

### **3.6. Transnistrien-Konflikt**

In Dezember attackierten die transnistrischen Milizen die Polizeistationen in Tighina und Dubăsari. Die zur Hilfe herbeigerufene Spezialeinheit des Innenministeriums ist auf der Brücke von Dubăsari in ein Gefecht geraten und vier Polizisten starben. In der moldauischen Bevölkerung auf der rechten Seite des Dnjestrs wurden die Stimmen immer lauter, militärisch gegen die Separatisten vorzugehen. Die Lage eskalierte, als am 2. März, kurz bevor die Republik Moldau ständiges Mitglied der Vereinten Nationen (UNO) wurde, in Dubăsari, wo die linksufrigen Eliteeinheiten die letzte Polizeistation stürmte und sie unter die separatistische Kontrolle brachte. Mit Ausnahme weniger Dörfer in dem Rayon Dubăsari und Grigoriopol, die der Regierung in Chişinău zugeneigt waren, stand das Gebiet auf der linken Seite vollständig unter separatistischer

---

<sup>125</sup> Vgl. Chirtoacă, et al., 2007, S. 425-426, siehe auch: Case of Ilascu and others v. Moldova and Russia. S. 21.

Kontrolle. In den darauf folgenden Tagen sind in den linksufrigen Dörfern Cocieri und Coșnița Kämpfe zwischen separatistischen Paramilitärs und Polizisten, die sich aus Dubăsari zurückgezogen haben, ausgebrochen.

Die Regierung in Chișinău setzte noch immer auf Deeskalation sowie Verhandlungen und am 17. März, bei einem Besuch einer Gruppe von Abgeordneten des Obersten Sowjets der Russischen Föderation, hat Mircea Snegur signalisiert, der Forderung der transnistrischen Führung zuzustimmen und der Region den Status einer autonomen Wirtschaftszone zu gewähren. Da sich aber die Lage geändert hat und die Separatisten eine deutlich bessere Verhandlungsposition hatten, forderten sie auch eine Gewährung von politischen Autonomierechten sowie das Recht auf Sezession bei einem Anschluss an Rumänien<sup>126</sup>.

Am 23. März haben sich im Rahmen des *Vierer-Mechanismus* auf Vorschlag von Rumäniens Präsident, Ion Iliescu, die Außenminister der Republik Moldaus, Rumäniens, Ukraine und Russischer Föderation in Helsinki zu Verhandlungen getroffen, um eine weitere Eskalation zu verhindern, und am Tag darauf wurde ein Waffenstillstand beschlossen.

Am 28. März wird in der Republik der Ausnahmezustand ausgerufen. Nachdem am 17. März das Ultimatum zum Waffenniederlegen ausgelaufen war und der Waffenstillstand mehrmals gebrochen wurde, setzt die Regierung in Chișinău ein weiteres Ultimatum fest, mit der Aufforderung, in den nächsten zwei Tagen die Waffen niederzulegen. Am 1. April erfolgten die ersten Kriegshandlungen. Die Zentralregierung in Chișinău, die nicht mehr bereit war, zurückzuweichen, schickte eine Spezialeinheit nach Tighina, um die Kontrolle über die Stadt wiederherzustellen. Nachdem die 14. Armee am 1. April Teil der russischen Streitkräfte wurde, hat der Befehlshaber General Yuri Netkatschew, der im Januar 1992 Yakovlev abgelöst hat, am 2. April ein Ultimatum an die moldauische Regierung gestellt, mit der Aufforderung, die moldauischen Streitkräfte unverzüglich aus der Nähe von Bender zurückzuziehen, andernfalls wäre die Armee bereit, sich zu „wehren“. Am 6. April wurde beim Treffen des

---

<sup>126</sup> Vgl. Neukirch, 1998, S. 24-25. Siehe auch: Chirtoacă, et al., 2007, S. 436.

Vierer-Mechanismus ein Waffenstillstand beschlossen, der zumindest in der Region um Tighina teilweise eingehalten wurde. Am 17. April erfolgte das nächsten Treffen des Vierer-Mechanismus und es wurde beschlossen, Militärbeobachter in die Region zu schicken, die den Entmilitarisierungsprozess und die Einhaltung des Waffenstillstandes überwachen sollten<sup>127</sup>. Dem Bericht der Militärbeobachter, unterschrieben von allen vier Seiten, ist zu entnehmen, dass in der Periode zwischen 28. Mai und 6. Juni die Waffenruhe jedes Mal von den separatistischen Kräften gebrochen wurde<sup>128</sup>. Nichtsdestotrotz konnte die Lage in Tighina stabilisiert werden und es blieb bis zum 19. Juni ruhig. Währenddessen wurde in der Region Dubăsari mit schweren Geschützen weitergekämpft, beide Seiten missachteten den Waffenstillstand.

Die 14. Armee, die bis Mitte Mai die Separatisten „nur“ mit Know-how und militärischer Ausrüstung unterstützt und nie direkt im Konflikt eingegriffen hat, änderte ihre „neutrale“ Position am 19. Mai, nachdem ein Tag zuvor die Zentralregierung in Chişinău beschlossen hatte, die sowjetische Militärerbe auf dem moldauischen rechtsufrigen Gebiet zur Ausrüstung der nationalen Armee zu verwenden. Daraufhin hat der Verteidigungsminister der Russischen Föderation, P. Gratchev, den Befehlshaber der 14. Armee den folgenden Auftrag erteilt:

*Im Zusammenhang mit der Verschlechterung der Lage in Transnistrien und weil das ein russischer Boden ist, muss zur Verteidigung alle Möglichkeiten in Betracht gezogen werden und sie werden aufgefordert: durch Mobilisierung der Reservisten die militärischen Einheiten der 14. Armee auf dem transnistrischen Gebiet zu vervollständigen. Die militärische Ausrüstung muss gefechtsbereit sein und der Zugang zu allen militärischen Einheiten soll gewährleistet werden, um eine Verlagerung der Kampftechniken zu ermöglichen<sup>129</sup>.*

---

<sup>127</sup> Vgl. Chirtoacă, et al., 2007, S. 437-440.

<sup>128</sup> Vgl. ebd., S. 448.

<sup>129</sup> Ebd. S. 442

Charles King stellt Folgendes fest: „So long as the Transnistrians were in the winning position , the Russians were content to let things go on as before“<sup>130</sup>, das war aber in diesem Fall nicht mehr gegeben und am selben Tag hat die russische Armee mit T-72 Panzern, BMP-Schützenpanzern, 122-mm-Kanonen und andere Militärgeräte in den Konflikt eingegriffen<sup>131</sup>. Mircea Snegur hat die Einmischung der russischen Armee als einen Angriff Russlands auf die moldauische Souveränität aufgefasst und sprach von einem moldo-russischen Krieg. Das alles geschah in einer Zeit, als die Lage sich zu entspannen schien und die Intensität der Kämpfe nachgelassen hat.

Kurz vor der heißesten Phase des Krieges wurden militärische Formationen der 14. Armee unter PMR-Jurisdiktion gestellt. Infolge einer Verfügung des russischen Verteidigungsministers wurde der 66. Pionierbataillon, stationiert im Dorf Parcani, aus der Liste der 14. Armee gestrichen und in die separatistische Armee integriert. Die 66. Pionierbataillon konnte eine große Anzahl an Munition vorweisen und durch die Übertragung gelangten 1.321 Kalaschnikow mit 1,5 Millionen Patronen, 155 Makarow und TT Pistolen, 1.300 F-1 und RGD-5 Granaten, 15 RPG-7 Minenwerfer und 30 Boden-Luft-Raketen in separatistische Hände<sup>132</sup>.

Wie der Waffentransfer von der 14. Armee an die transnistrischen *Streitkräfte* funktionierte, zeigt folgendes Gespräch von Helsinki Watch-Beobachter mit Sergei Zubkov, Kämpfer während des Tighina Kampfes, im Juni 1992. Auf die Frage, wer den Waffentransfer angeordnet hat, sagte Zubkov:

*We do not do things that way here. We are not bureaucrats. The commander and the boys at the 59th Division all know us, so they gave us a new APC (armoured personnel carrier) [...] We used to have to beg*

---

<sup>130</sup> King, 2000, S. 194-195.

<sup>131</sup> Vgl. Chirtoacă, et al., 2007, S. 442.

<sup>132</sup> Vgl. Gribincea M. 2001, S. 162.

*for equipment. Now (after the skirmishes in the region developed into full-scale war) they come and offer it to us*<sup>133</sup>.

Der eigentliche Kriegsbeginn erfolgte am 19. Juni. Die moldauischen Sicherheitskräfte sind in eine Falle gelockt worden. Nachdem am gleichen Tag der Major der 14. Armee, Yermakov, zuständig für eine spezielle Aufklärungseinheit der Nationalen Garde, von moldauischen Polizeikräften verhaftet wurde, haben separatistische Truppen die letzte Polizeistation unter moldauischer Kontrolle in Tighina attackiert und mehrere Polizisten getötet. Bereits seit längerer Zeit wurde nach einem Vorwand gesucht, die Polizeistation in Tighina anzugreifen, um die Kontrolle über die Stadt zu erlangen. Yermakov diente als *Köder*, wie er selbst bei einer polizeilichen Befragung in Chişinău vermutete<sup>134</sup>.

Am selben Tag wurde eine moldauische Spezialeinheit nach Tighina geschickt, um die eingekesselten Polizisten zu befreien, und bereits am Tag darauf war die Stadt unter moldauischer Kontrolle. In der Nähe von Tighina wurden etwa 5.000 Soldaten, Polizisten, Freiwillige und Kämpfer des Verteidigungs-, Innenministeriums postiert. Die hohe Anzahl an Sicherheitskräften vor Ort täuscht über die wirkliche Schlagkraft der moldauischen Kräfte. Die schlechte Organisation, die Ausrüstung, die Unschlüssigkeit der Zentralregierung in Chişinău, wie es weitergehen soll, und die Angst, Verantwortung zu übernehmen, machte aus potenziellen einsatzbereiten Soldaten Statisten.

Am darauf folgenden Tag setzte die transnistrische Seite, unterstützt durch Kosakenformationen, Freiwilligenverbände und die 14. Armee zum Gegenschlag an. Unter Einsatz von T-64 und T-72 Panzern und der Artillerie der 14. Armee wurden die moldauischen Sicherheitskräfte in die Vororte zurückgedrängt<sup>135</sup>. Am 23. Juni wurde General Lebed mit dem Fallschirm über Transnistrien abgeworfen und übernahm sofort die Führung der 14. Armee.

---

<sup>133</sup> Helsinki Watch: "War or Peace? Human Rights and Russian Military involvement in the "Near Abroad"", (Dezember 1993), unter: <http://www.hrw.org/legacy/reports/1993/russia/> (aufgerufen am 01. Dezember 2011).

<sup>134</sup> Vgl. Helsinki Watch, 1993, S. 60-62.

<sup>135</sup> Vgl. Chirtoacă, et al., 2007, S. 442.

Noch immer vertreten viele westliche Autoren die russische Auffassung, dass General Lebed die Streitparteien getrennt hat, in Wahrheit hat Lebed in der *Schlacht von Bender* die Separatisten entscheidend unterstützt. Während seiner Zeit als Befehlshaber der 14. Armee haben sich die Angriffe intensiviert, später hat er in einem Interview dies folgendermaßen erklärt:

*I was sent here, in Transnistria, when the war was in full swing.[...] The one thing I have understood in Afganistan, Azerbaijan, Armenia is that in each similar situation immediate and drastic actions must be carried out, a fact that guarantees that blood will not be shed for a longer period of time. One can fight for two years, having 5-10 casualties daily. It seems like a small figure, but after one year it will increase to 3,650. Or one can solve the problem once and forever, with a strong strike and losing only 100 men. I am the supporter of such an approach, and here, in Transnistria, I managed to prove it right<sup>136</sup>.*

Die Schlacht von Bender dauerte bis zum 7. Juli und am 8. Juli wurde ein Waffenstillstand beschlossen. Am 21. Juli 1992 wurde in Moskau das Abkommen über die Prinzipien einer friedlichen Beilegung des bewaffneten Konflikts in der transnistrischen Region der Republik Moldau vom moldauischen Präsidenten Mircea Snegur und dem russischen Präsidenten Boris Jelzin unterschrieben.

Mircea Snegur gab später als Zeuge im *Causa Ilascu und andere gegen Republik Moldau und Russland* beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte an, dass das Abkommen nur zustande gekommen ist, weil

*die Gefahr zu groß war rollende russische Panzer durch Chişinău zu sehen.[...] Die transnistrische Armee hatte Panzer, die moldauische keine, [...] das war ein enormer psychischer Druck.“* Snegur weiter: *„Die Statements von Lebed, wie „unsere Panzer fahren nach Bukarest, wenn notwendig“ hat den Druck weiter erhöht<sup>137</sup>.*

<sup>136</sup> Gribincea M., 2001, S. 165-166.

<sup>137</sup> Case of Ilascu and others v. Moldova and Russia. S. 42.

In diesem Konflikt sind Menschenverluste nicht nur von Militärangehörigen registriert worden, sondern auch in der Zivilbevölkerung. Mehr als 1.100 Menschen sind gestorben und mehr als 3.500 wurden verletzt<sup>138</sup>. Es wurden mehr als 200.000<sup>139</sup> Flüchtlinge gezählt, davon haben sich 80.000<sup>140</sup> ins Ausland abgesetzt. Gemäß neuesten Daten der transnistrischen Seite sind als Folge von Kriegshandlungen 812 *Transnistrier* getötet worden, davon 310 Zivilisten, 42 Frauen und 14 Kinder. Verletzt wurden 2.485 Menschen, davon 231 Zivilisten<sup>141</sup>.

Die moldauische Seite hat bis heute keine offizielle Angaben zu den menschlichen Verlusten gemacht. Entsprechend den Schätzungen von V. Mukomel sind im Jahr 1992 320 moldauische Militärangehörige getötet worden. Laut dem Generalstabchef der moldauischen Streitkräfte variierten die tägliche Menschenverlusten, in den letzten Kriegstagen, zwischen 10 und 15 Menschen und zwischen 40 und 45 verletzten Menschen. Ab dem 12. Juni 1992 bis zum Einfrierung des Konflikts wurden 165 Personen getötet und 1.022 verletzt<sup>142</sup>.

### 3.7. Ethnischer vs. politischer Konflikt

Der Transnistrien-Konflikt unterscheidet sich von anderen postsowjetischen Konflikten: Während es in Abchasien, Bergkarabach und Tschetschenien seit Jahrzehnten, wenn nicht seit Jahrhunderten, ethnisch-kulturelle Diszessionen gab, fehlten in MSSR bis 1989 Anzeichen für interethnische Spannungen, außerdem war Transnistrien nie eine politische oder eine administrativ-territoriale Einheit<sup>143</sup>.

In den ersten Jahren nach dem Ende des Konflikts vertrat ein Großteil der westlichen Autoren die Meinung, dass dieser Konflikt ethnischer Natur war. Es

---

<sup>138</sup> Vgl. Gorelova & Selari: "Costs of Transdnestrian conflict and benefits of its resolution", (2009), S. 8, unter: <http://www.cisr-md.org/pdf/Report%20ENG%20Master%20Draft%20v%20GS.pdf> (aufgerufen am 01. November 2011), weiter unter: „Gorelova & Selari 2009“.

<sup>139</sup> (Gorelova & Selari, 2009, p. 8)

<sup>140</sup> Vgl. Troebst, 2003, S. 186.

<sup>141</sup> Vgl. Gorelova & Selari, 2009, S. 8.

<sup>142</sup> Vgl. ebd. S. 8.

<sup>143</sup> Vgl. Troebst, 2003, S. 188. Siehe auch unter: Hanne, 1998, S. 7.

ging also um eine Konfrontation zwischen Rumänen bzw. Moldauer auf der einen Seite und Russen und Ukrainer auf der anderen. Die Perzeption der Konfrontation als solche ist zum Großteil auf die parteiische Berichterstattung aus Moskau zurückzuführen, die die Auslegung der russischen Regierung widerspiegelt. Nachdem das *Fundament* der separatistischen Bewegung und der Verlauf des Konflikts analysiert und in den letzten Jahren im Westen und in der Republik Moldau eine große Anzahl an Studien veröffentlicht wurden, zeigte sich, dass die voreiligen Schlüsse falsch waren und die Konfrontation lediglich auf dem ersten Blick ethnischer Natur ist.

Das Wort *ethnisch* wurde von Separatisten und der Moskauer-Elite gezielt missbraucht, denn von ca. 1,3 Millionen Russen, Ukrainern und Juden, die sich zu dieser Zeit auf dem moldauischen Gebiet befanden, sind nur 50.000<sup>144</sup> emigriert. Keine Proteste der russophonen Bevölkerung gegen Diskriminierung und soziale Ungerechtigkeit haben stattgefunden. Die Tatsache, dass die meisten Polizeikräfte in Tighina ethnische Russen und Ukrainer waren und sich auf die moldauische Seite geschlagen haben<sup>145</sup>, ist ein weiterer Beweis dafür. Die Atmosphäre des Terrors in Transnistrien ist den lokalen Eliten zuzuschreiben – und darunter hatte eher die rumänischsprachige Bevölkerung gelitten und nicht umgekehrt, wie suggeriert wird. Die angeprangerte Menschenrechtsverletzungen, die soziale Ungerechtigkeiten und die diskriminierende Politik gegenüber ethnischen Minderheiten vonseiten der Separatisten und der Moskauer Obrigkeit, unterstützt durch lokale Medien, sollten dazu dienen, die antikonstitutionellen Schritte zu rechtfertigen.

Der norwegische Politologe Pal Kolstø merkte an, dass es zu einfach wäre, diesem Konflikt eine ethnische Konnotation zu geben, da die Moldauer die größte ethnische Gruppe auf beiden Seiten bildeten. Im Krieg haben Mitglieder der drei größten ethnischen Gruppen (Moldauer, Ukrainer und Russen) auf

---

<sup>144</sup> Vgl. Neukirch, 1998, S. 22.

<sup>145</sup> Vgl. Dima, 1999, S. 50.



beiden Seiten gegeneinander gekämpft<sup>146</sup>. Er sieht in die separatistische Bewegung „a case of politicized regionalism“<sup>147</sup>.

Andreas Menn stellt fest: „Nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb der Ethnien gab es [...] Widersprüche, die sich geografisch am Dnjestr orientierten“<sup>148</sup>.

Nur auf dem ersten Blick ist der Konflikt in Transnistrien eine ethnisch-kulturelle Auseinandersetzung. Angesichts der Tatsache, dass die *Transnistrien-Rumänen* seit fast 200 Jahren unter russischem Einfluss standen und ein Großteil der lokalen Eliten durch kolonialistische Maßnahmen nach Transnistrien und an die Macht gelangten, hat das kollektive Gedächtnis Russland als die wahre Heimat betrachtet. Das Sprachgesetz von 1989 war der Anstoß für die Spannungen zwischen der moldauisch-rumänisch- und russischsprechenden Bevölkerung. Der Autor des ersten englischen Buches über Moldau, Charles King, ist der Meinung, dass die Reaktion gegen die nationalistische Bewegung keine Revolte der Minderheiten war, sondern „[...]a revolt by a displaced elite against those who threatened to unseat them“<sup>149</sup>. Die separatistischen Eliten haben also die Lage ausgenutzt und unter dem Vorwand einer ethnischen Diskriminierung eine *Revolution*<sup>150</sup> im Gang gesetzt. Auch Stefan Troebst, Transnistrien-Experte, sieht die „Machtinteressen spätsowjetischer Eliten versus moldauischer Nationalismus“<sup>151</sup> als ausschlaggebend für die Entstehung des Konflikts. Die politische Konstellation in Chişinău zu Beginn der secessionistischen Bewegung diente also als Antriebskraft für den Machterhalt der roten Direktoren.

Der Politikwissenschaftler Klemens Büscher sieht die secessionistische Bewegung in Transnistrien „als komplexe Verbindung verschiedener, sich

<sup>146</sup> Vgl. Kolstøe, Edemsky, & Kalashnikova, 1993, S. 974.

<sup>147</sup> Kolstøe & Malgin, 1998, S. 103.

<sup>148</sup> Menn, 2008, S. 62.

<sup>149</sup> King, 2000, S. 187.

<sup>150</sup> Die Aktivisten der secessionistischen Bewegung bezeichnen diese Periode als eine "Revolution".

<sup>151</sup> Troebst, 1998, S. 358.

überschneidender und wechselseitig beeinflussender Antriebskräfte“ an <sup>152</sup>, dabei wurde der Abspaltungsprozess von lokalen Eliten aus Wirtschaft und Politik initiiert und kontrolliert <sup>153</sup>.

Der moldauische Politiker und Buchautor, Oleg Serebrian, sieht weder ein ethnisches noch ein politischer Konflikt. Vielmehr ist der transnistrische Konflikt ein klassischer geopolitischer Konflikt. Serebrian motiviert dies, folgendermaßen:

*Der Zünder dieser Bewegung war ethnischer- tatsächlich aber sprachlicher Natur gewesen [...] Als die Spannung Ende des Jahres 1989 aufgekeimt ist, haben wir nicht nur für unsere ethnische Identität, sondern vielmehr für unsere sprachliche Identität gekämpft; nicht nur für unsere nationale Unabhängigkeit, sondern vielmehr für die Wiedergeburt der nationalen Kultur gekämpft. Pläne für einen Zusammenschluss an Rumänien, Unabhängigkeit gegenüber UdSSR oder antikommunistische Parolen wurden wenige registriert <sup>154</sup>.*

Aufgrund dieser Tatsachen kann die Herkunft der Spannungen nicht ethnische oder politische Gesichtspunkte haben, sondern vielmehr geopolitische. Der geopolitische Wert Transnistriens ist die russische Kontrolle über die Republik Moldau.

Während im Westen die Geopolitik im transnistrischen Konflikt keine Rolle spielt, hat sich unter den moldauischen Experten <sup>155</sup> die Meinung durchgesetzt, dass die Ereignisse in Moldau geopolitischer Natur waren.

---

<sup>152</sup> Büscher, 1998, S. 2.

<sup>153</sup> Vgl. Büscher, 1998, S. 15.

<sup>154</sup> Serebrian, 2009, S. 30-32.

<sup>155</sup> Mihai Greuc, Anatol Taranu, Oazu Nantoi, Igor Munteanu, Igor Botan, usw.

## 4. Verhandlungsprozess

### 4.1. Internationalisierungsversuche bis 1992

Der Transnistrien-Konflikt ist genauso schnell von der internationalen Bühne verschwunden, wie er entstanden ist. Man kann mit Sicherheit behaupten, dass die Ereignisse in der Republik Moldau eine Nachbarschaftsangelegenheit zwischen der Republik Moldau, Rumänien, Russland und der Ukraine waren. Eine Internationalisierung hat erst im Nachhinein stattgefunden. Die OSZE und UNO, ebenso wie die westlichen Länder, wurden von den Ereignissen überrumpelt und vor vollendeten Tatsachen gestellt, als sie die ersten Schritte eingeleitet haben.

Der moldauischen Regierungsspitze aus dieser Zeit kann vieles vorgeworfen werden, nur nicht nach keiner friedlichen Lösung gesucht zu haben. Lange Zeit hat die Regierung in Chişinău auf die Hilfe aus Moskau gesetzt und vieles unternommen, um eine Lösung zu finden. Den Erpressungsversuchen durch Gorbatschow und später durch Jelzin konnte sie lange Zeit standhalten.

Die ersten Versuche, eine *Internationalisierung* des transnistrischen Problems zu erreichen, erfolgte nach der Unabhängigkeitserklärung. Am 6. Dezember 1991 hat die moldauische Regierung einen Appell an die internationale Gemeinschaft sowie den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gerichtet. Außer Rumänien hat jedoch kein einziges Land darauf reagiert. Der überraschende Zusammenbruch der Sowjetunion hat die Internationale Gemeinschaft in eine Art Schockstarre versetzt, außerdem gab es in jener Zeit keinen Mechanismus zur Lösung dieser Art von Konflikten. Das *Peacekeeping* kannte lediglich zwischenstaatliche Konflikte, nicht aber bürgerkriegsähnliche oder innerstaatliche Konflikte.

Im selben Monat wurde versucht, eine Lösung im Rahmen der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten zu finden: Am 30. Jänner 1992 wird Republik Moldau

vollständiger Mitglied der KSZE und am 2. März UNO-Mitglied. In seiner Rede vor der UN-Vollversammlung bekräftigte Mircea Snegur seinen Appell und hob die Dringlichkeit, entscheidende Maßnahmen zu ergreifen, um eine bewaffnete Auseinandersetzung in der Region zu verhindern, hervor. Am 23. März fand das erste Treffen des Vierer-Mechanismus (Republik Moldau, Rumänien, Russland, Ukraine) statt. Der Vierer-Mechanismus stellte den einzigen internationalen Versuch dar, den Konflikt durch einen Einsatz von internationalen Militärbeobachtern zu beenden.

Am 4. April 1992 folgte ein Aufruf an die Staatsoberhäupter der GUS. Der erarbeitete Mechanismus der friedenserhaltenden Maßnahmen wurde am 6. Juli 1992 zwar von allen Seiten gebilligt, blieb allerdings erfolglos<sup>156</sup>.

Nachdem die 14. Armee direkt in den Konflikt eingegriffen hatte, schrieb Mircea Snegur einen Brief an den UNO-Generalsekretär Boutros-Boutros Ghali, mit der Bitte, den Sicherheitsrat über die russische Aggression zu informieren. Am 10. Juli, bei der Versammlung der KSZE in Helsinki, versuchte Chişinău, eine Möglichkeit zu finden, die Mechanismen der friedenserhaltenden Maßnahmen der KSZE in Moldau einzusetzen. Letztendlich wurde der Konflikt am 21. Juli 1992. durch das Abkommen zwischen Mircea Snegur und Boris Jelzin eingefroren.

Im Laufe der Jahre haben sich fünf Akteure herauskristallisiert, die mehr oder weniger zur Konfliktlösung beitragen können: Russland, Ukraine, OSZE, USA sowie die EU mit Rumänien und Deutschland.

#### **4.2. Verhandlungsprozess**

Der Konflikt endete mit einer Vereinbarung zwischen Jelzin und Snegur am 21. Juli 1992. Am 14. Dezember 1992, beim dritten Treffen des Ministerialrates im

---

<sup>156</sup> Vgl. Garaz, Marcel: "Juridical evaluation of the peacekeeping operations in Transnistria in conformity with the international law". (12. Mai 2001), S. 22, unter: <http://www.ipp.md/download.php?file=CHVibGljL2JpYmxpb3RIY2EvMTUvZW4vTWVtYnJpaV9FbmcucGRm&id=45> (aufgerufen am 01. November 2011)

Rahmen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)<sup>157</sup>, bekundeten die Minister ihre Unterstützung

*für Bemühungen zur Lösung der noch ungelösten Probleme aus der Vergangenheit in friedlicher Weise und auf dem Verhandlungswege, wie etwa der Stationierung ausländischer Streitkräfte auf dem Territorium der Republik Moldau*<sup>158</sup>.

Am 4. Februar 1993 wurde beschlossen eine KSZE-Mission nach Moldau zu entsenden, die schon am 25. April 1993 in Chişinău eröffnet wurde.

Das erste Konzept über den Status der transnistrischen Region wurde von KSZE erarbeitet und dargelegt in dem Bericht Nr.13<sup>159</sup>. Dieser Bericht sollte „eine Basis für die Verhandlungen zwischen beide Parteien“ darstellen. Transnistrien sollte einen Sonderstatus erhalten – und zwar mittels einer ausgewogenen Verteilung zwischen Zentrum und der separatistischen Administration. Die jeweiligen Befugnisse waren in drei Kategorien klassifiziert:

- *exklusive Zuständigkeit des Zentrums*: Staatsbürgerschaft (nur moldauische), Staatssymbole und Hymne, Außenpolitik, Verteidigung, Sicherheitsdienst, Geld- und Währungspolitik.
- *exklusive regionale Zuständigkeit*: Selbstorganisation innerhalb der vereinbarten regionalen Rahmen (administrative Strukturen, regionale Gesetzgebung, regionaler Haushalt, regionale Symbole - verwendet zusammen mit Staatssymbolen, Bildung und Kultur).
- *gemischte Zuständigkeiten*: Sprache (das Zentrum bestimmt die Staatssprache, die Sonderregion bestimmt die regionalen Amtssprachen), Finanzen (eine Steuerverwaltung mit einer regionalen Niederlassung), Wirtschaft (zentrale Gesetzgebung, zentrale Makroökonomische Politik mit wirtschaftlicher Selbstverwaltung auf regionaler

<sup>157</sup> 1995 wurde diese in Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) geändert.

<sup>158</sup> KSZE: „Drittes Treffen des Rates. Zusammenfassung der Schlußfolgerungen. Beschluß friedliche Beilegung von Streitigkeiten“, (14/15 Dezember 1992), S. 13, unter: <http://www.osce.org/de/mc/40344> (aufgerufen am 01. Dezember 2011).

<sup>159</sup> KSZE Mission in Moldova: „Raport Nr. 13“, (13. November 1993) S. 1, unter: <http://www.osce.org/moldova/42307> (aufgerufen am 01. Dezember 2011).

und lokaler Ebene, Polizei (zentrale Kriminalpolizei, regionale Polizei), Justiz (regionale Judikative geleitet von einem Oberlandesgericht, jedoch unterliegend einer Überprüfung durch das Verfassungsgericht der Republik Moldau)

Obwohl das Konzept nicht umfassend beschrieben wurde und beide Parteien dies abgelehnt haben, hat dieser Entwurf für die zukünftigen Verhandlungen die Richtung vorgegeben.

Ein wichtiges Ereignis dieser Periode ist der Abschluss am 24. Oktober 1994 einer Reihe wichtiger Dokumente zwischen der Republik Moldau und der Russischen Föderation. Vor allem wurde ein Vertrag über den Rechtsstatus, die Modalität und den Ablauf des Abzugs der russischen Truppen unterzeichnet. Der Abzug sollte mit der Erreichung einer politischen und friedlichen Lösung in Bezug auf das Transnistrien-Problem *synchronisiert* werden<sup>160</sup>. Das stellte sich im Nachhinein als ein großer Fehler heraus, denn die russische und transnistrische Position lassen eine politische Lösung nicht zu. Es entstand dadurch eine *Deadlock-Situation*, die einen Truppenabzug unmöglich macht. Während in Chişinău der Vertrag unmittelbar danach ratifiziert wurde, weigerte sich Moskau, dies zu tun, und erklärte 1996 die linksufrige Region zur *Zone besonderer strategischer Interessen Russlands*<sup>161</sup>.

Die moldauische Regierung war in den 90er-Jahren mit der Aufgabe der Reintegration des Landes sichtlich überfordert. Ein diplomatischer Dienst ohne Erfahrung führte dazu, dass Chişinău als ein ungeordneter und inkonsequenter Verhandlungspartner betrachtet wurde: So hat Chişinău beispielsweise bei Provokationen den Verhandlungstisch verlassen, um kurz darauf zurückzukehren.

Dagegen konnte die PMR-Führung, unterstützt durch die russische Regierung sowie die Unsicherheit in Chişinău, die Lage ausnutzen und hat de facto die Verhandlungen mit Moldau auf gleichberechtigter Grundlage geführt. So haben die Separatisten in dieser Zeit mehrere Volksabstimmungen zu folgenden

---

<sup>160</sup> Vgl. Boţan, 2009, S. 14.

<sup>161</sup> Vgl. Malek, 2006, S. 24.

Themen abgehalten: eine neue Verfassung, der GUS-Beitritt, die Stationierung der russischen Truppen vor Ort. Diese Volksabstimmungen wurden zwar offiziell nicht einmal von Russland anerkannt, allerdings hat das positive Ergebnis über das Behalten der russischen Truppen vor Ort einen entscheidenden Einfluss auf die Nicht-Ratifizierung des Vertrages von 24. Oktober 1994 der russischen Duma gehabt.

Am 7. Februar 1996 wurde zwischen Chişinău und Tiraspol, in Gegenwart Russlands, der OSZE und der Ukraine, ein protokollarischer Entschluss über „die Lösung der Probleme, die im Bereich der Zolldienste zwischen der Republik Moldau und Transnistrien“ unterschrieben<sup>162</sup>. Gemäß dieser Vereinbarung hat sich die transnistrische Seite verpflichtet, die Zollkontrollen entlang des Dnjestrs zu entfernen und gemeinsame Zollkontrollen an der moldauisch-ukrainischen Grenze zuzulassen. Als Entgegenkommen würde Tiraspol das Recht erhalten, den moldauischen Zollstempel zu benutzen. Während Chişinău seinen Verpflichtungen nachgekommen ist, haben die Separatisten keinen einzigen Punkt erfüllt. Die Zollstempelvergabe stellte sich für Chişinău und die OSZE als ein großer Fehler heraus und diente als Katalysator für die Entwicklung der Region sowie Verfestigung der politischen Eliten. Da die Separatisten die Vereinbarung nicht eingehalten haben, dafür aber den Zollstempel bis zum Jahr 2001 behalten durften, hat sich in der Region ein reges Schmuggelgeschäft entwickelt. So wurden im Jahr 1998 verbrauchssteuerpflichtige Waren in der Höhe von 107\$ Millionen nach RM eingeführt, während nach Transnistrien – das nur 1/3 der RM-Fläche und 1/6 der RM-Bevölkerung ausmacht – Waren in der Höhe von 475\$ Millionen importiert wurden. Das transnistrische Budget hat 1998 lediglich 80\$ Million an Verbrauchssteuer aufgewiesen. Das bedeutet, dass der größte Anteil an Waren nach RM als Kontrabande eingeführt wurde<sup>163</sup>.

---

<sup>162</sup> Vgl. Boţan, 2009, S. 16.

<sup>163</sup> Vgl. International Crisis Group: Moldova: “No quick fix”, (12. August 2003), S. 11, unter: [http://www.crisisgroup.org/~media/Files/europe/Moldova%20147.pdf](http://www.crisisgroup.org/~/media/Files/europe/Moldova%20147.pdf) (aufgerufen am 01. Dezember 2011).

#### 4.2.1. Memorandum über die Grundlagen der Normalisierung der Beziehungen zwischen der RM und Transnistrien

Das bedeutungsvollste Abkommen der 90er-Jahre war das „Memorandum über die Grundlagen der Normalisierung der Beziehungen zwischen der RM und Transnistrien“<sup>164</sup>, bekannt auch als *Primakov Plan*, das am 8. Mai 1997 unterschrieben wurde. Das Abkommen wurde zwischen Petru Lucinschi – dem neuen moldauischen Präsidenten – und Igor Smirnov, in Gegenwart vom russischen Präsidenten Boris Jelzin und dem ukrainischen Präsidenten Leonid Kuchma sowie dem amtierenden OSZE-Vorsitzenden, dem dänischen Außenminister Niels Helveg Petersen, unterschrieben<sup>165</sup>. Dieses sah eine „Normalisierung der Beziehungen“ im Rahmen eines „gemeinsamen Staates“ in den Grenzen der Moldauischen Sowjetrepublik vom Jänner 1990 vor. Der Charakter und die Grundsätze dieser Beziehung „unter Berücksichtigung aller zuvor erreichten grundsätzlichen Vereinbarungen“ sollten festgelegt werden, sobald das Memorandum unterschrieben wurde. Darüber hinaus steht im Memorandum, dass beide Seiten die Bereitschaft Russlands und der Ukraine begrüßen, sich als „Garantiemächte“ für die „Einhaltung der Bestimmungen über den Status Transnistriens“ einzusetzen.

Dieses Memorandum ist der nächste Fehltritt der Regierung in Chişinău und der OSZE und hat vor allem die Position der Tiraspoler Führung gestärkt. Die russische und transnistrische Vertreter haben gekonnt die *Fallen* in den darauffolgenden Verhandlungen für sich ausgenutzt und, basierend auf den Primakov Plan, wurden Lösungsvorschläge erarbeitet, die so nicht akzeptabel waren. Formulierungen wie *gemeinsamer Staat* oder *die Führung der Republik Moldau und Transnistriens* wurden interpretiert „als Aufruf zur Schaffung einer Konföderation aus zwei gleichberechtigten Völkerrechtssubjekten“<sup>166</sup>. Ein wichtiger Punkt wurde gar nicht angesprochen, nämlich die Notwendigkeit, die Souveränität und die territoriale Integrität der Republik Moldau zu respektieren.

<sup>164</sup> OSZE: Memorandum on the bases for normalization of relations between the Republic of Moldova and Transdneistria. (08. Mai 1997) unter: <http://www.osce.org/moldova/42309> (aufgerufen am 08. Dezember 2011).

<sup>165</sup> Vgl. Malek, 2006, S. 32-33.

<sup>166</sup> Malek, 2006, S. 33.



Auch hat das Memorandum die zuvor erzielten Vereinbarungen zementiert und ein Abzug der russischen Truppen ist in weite Ferne gerückt.

Die moldauische Regierung hat sich durch den Primakov Plan eine Dynamisierung des Verhandlungsprozesses erhofft. Allerdings wurde dadurch das Gegenteil erreicht, denn die Separatisten waren mit den moldauischen Zugeständnissen zufrieden und hatten kein Interesse mehr an weiteren Verhandlungen bzw. haben diese gekonnt blockiert.

#### **4.2.2. OSZE-Gipfel Istanbul 1999 und der AKSE-Vertrag**

Eine überaus wichtige Entscheidung wurde auf dem OSZE-Gipfel in Istanbul 1999 getroffen, die sich letztendlich auf die Verhandlungen jedoch nicht auswirkte, dafür aber Russland diskreditierte und bis heute Nachwirkungen auf der internationalen Bühne hat – dabei handelte es sich um die von der Russischen Föderation eingegangene Verpflichtung, die russischen Streitkräfte bis Ende 2001 aus dem Hoheitsgebiet Moldaus vollständig abziehen<sup>167</sup>.

Zur gleichen Zeit wurde in Istanbul der Vertrag über Konventionelle Streitkräfte (KSE-Vertrag<sup>168</sup>) in Europa erneuert. Die Republik Moldau verknüpfte die Ratifizierung des adoptierten KSE-Vertrages mit dem Abzug der russischen Truppen aus Transnistrien und, unterstützt durch eine Vielzahl westlicher Länder, wurde in der Schlussakte der Konferenz „zur Kenntnis genommen“, dass die Republik Moldau auf das Recht, „in ihrem Hoheitsgebiet eine vorübergehende Dislozierung aufzunehmen“, verzichtet und „begrüßt, durch den Vertrag begrenzte konventionelle Waffen und Ausrüstungen Russlands bis Ende 2001 abziehen und/oder zu zerstören“<sup>169</sup>. Die NATO-Länder haben den AKSE-Vertrag nicht ratifiziert und haben dies unter anderem damit begründet,

<sup>167</sup> OSZE: „Dokument von Istanbul 1999“, (Januar 2000), unter: <http://www.osce.org/de/mc/39571> (aufgerufen am 01. Dezember 2011).

<sup>168</sup> Der Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa wurde 1990 zwischen NATO und die Staaten des damaligen Warschauer Paktes unterzeichnet und sollte ein sicheres und stabiles Gleichgewicht der konventionellen Streitkräfte auf niedrigerem Niveau als bisher schaffen.

<sup>169</sup> Schlussakte der Konferenz der Vertragsstaaten des Vertrags über Konventionelle Streitkräfte in Europa. (19. November 1999), unter: <http://www.osce.org/de/library/14116> (aufgerufen am 01. Dezember 2011).

dass Russland seinen Istanbul-Verpflichtungen über einen Abzug aus der Republik Moldau nicht nachgekommen ist<sup>170</sup>. Seit 2007 hat Russland den KSE-Vertrag ausgesetzt und ist nur dann bereit, einen neuen zu unterschreiben, wenn der Vertrag an die heutigen Verhältnissen angepasst wird und die russische Istanbul-Verpflichtungen, die nur *politische* und keine *rechtlich bindende* Verpflichtungen waren, nicht in Betracht gezogen werden<sup>171</sup>. Spätestens ab diesem Zeitpunkt ist der Transnistrien-Konflikt ein globales Problem geworden. Manche KSE-Vertragsstaaten, insbesondere Deutschland, versuchen seitdem, eine Lösung auf Kosten Moldaus zu finden. Mihai Gribincea, heute Botschafter in Belgien und 1999 Leiter der Abteilung für europäische Sicherheit und politisch-militärische Angelegenheiten im Außenministerium der Republik Moldau, ist der Meinung, dass der KSE-Vertrag der einzige und endgültige Mechanismus für Moldau darstellt, um doch noch einen russischen Truppenabzug aus Transnistrien zu erreichen und dass ein

*Tauschgeschäft zwischen Russland und den NATO-Staaten über den KSE-Vertrag auf Kosten Moldaus eher einen neuen Stillstand im Ratifizierungsprozess des AKSE-Vertrags riskiert, als eine Wiederbelebung des Angepassten KSE-Vertrags*<sup>172</sup>.

2001 markiert einen Wendepunkt in den moldauischen Bemühungen, eine Lösung zur Transnistrien Frage zu finden. Nachdem die Kommunistische Partei die Wahlen gewonnen hat und Vladimir Voronin zum Präsident der Republik Moldau gewählt wurde, ist eine Intensivierung in Bezug auf den Verhandlungsprozess festzustellen. Bereits am 9. April hat zwischen Voronin und Smirnov ein Treffen stattgefunden, bei dem unter anderem mehrere Probleme diskutiert wurden: die Fortschritte des Verhandlungsprozesses, die

---

<sup>170</sup> NATO: „Kommuniqué: Treffen des Nordatlantikrats auf Ebene der Staats- und Regierungschefs am 28./29.6.2004 in Istanbul“, (2004), unter: [http://www.nato.diplo.de/content/blob/1943102/Daten/190703/2004\\_06\\_Istanbul\\_DownlDat.pdf](http://www.nato.diplo.de/content/blob/1943102/Daten/190703/2004_06_Istanbul_DownlDat.pdf) (aufgerufen am 01. Dezember 2011).

<sup>171</sup> Vgl. Gribincea M., 2009, S. 285.

<sup>172</sup> Gribincea M., 2009, S. 290-291.

Wiederaufnahme der Arbeit von Expertengruppen<sup>173</sup>, die Gültigkeit der zuvor unterschriebenen Dokumenten, der Beitritt zur Russland-Weißrussland Union, die Erhebung der russischen Sprache zur Staatssprache, gegenseitige Anerkennung der ausgestellten Dokumente in Moldau und Transnistrien usw.<sup>174</sup>. Am 5. Mai wurde auf Bitte von Voronin Ilie Ilascu<sup>175</sup> aus dem Gefängnis entlassen.

Das Hoch in den Beziehungen Voronin–Smirnov war aber nicht von langer Dauer, denn schon am 13. Mai beim *Grenzübergang* Bender wurde die Präsidenteneskorte mit Voronin gestoppt und daran gehindert, nach Transnistrien einzureisen. Nichtsdestotrotz fand am 16. Mai das zweite Treffen zwischen Voronin und Smirnov statt, im Rahmen dessen vier Dokumente unterschrieben wurden: das Protokoll über die Harmonisierung der Rechtsvorschriften für Zoll- und Steuerbehörden, das Protokoll über die Anziehung sowie gegenseitige Garantie für ausländische Investitionen, das Protokoll über die gegenseitige Anerkennung der ausgestellten Dokumente in Moldau und Transnistrien und das Protokoll über die Förderung freier Medien in der Republik Moldau und Transnistrien, die Verbreitung von gedruckten Medien und TV-Stationen<sup>176</sup>. Ein Tag zuvor hat Voronin durch ein Präsidialdekret festgestellt, dass

*die Lösung des Transnistrien-Konflikts, basierend auf den Prinzipien der territorialen Integrität und Souveränität des Staates, die primäre Aufgabe und eine große Bedeutung für die Behörden der Republik Moldau darstellt*<sup>177</sup>.

Kurze Zeit später wird dies durch die Gründung des *Ministeriums für Reintegration* untermauert. Am 1. September 2001, als Antwort auf den Vorfall

<sup>173</sup> am 24. Mai 1997 entstanden Expertengruppen für die Koordinierung sowie Überwachung des Verhandlungsprozesses, wurden aber ausgesetzt aufgrund der transnistrischen Haltung in den Verhandlungen.

<sup>174</sup> Vgl. Boțan, 2009, S. 22.

<sup>175</sup> Ilie Ilascu war der Präsident der moldauischen Volksfront in Transnistrien, Teilnehmer der bewaffneten Kämpfe im Frühling 1992 und zwischen 1992–2001 politischer Gefangener des Regimes in Tiraspol. Wurde in Transnistrien als Terrorist angesehen und auf Tod durch Kopfschuss verurteilt, später auf lebenslängliche Haft geändert.

<sup>176</sup> Vgl. Boțan, 2009, S. 23.

<sup>177</sup> Präsidialdekret Nr. 46 am 15.05.2001.

am Grenzübergang Bender und das Stocken der Verhandlungen, wurde das Befugnis der Verwendung des moldauischen Zollstempels durch PMR entzogen<sup>178</sup>. Das wurde von Tiraspol als eine Wirtschaftsblockade interpretiert und als Verstoß gegen das Memorandum von 1996 gewertet<sup>179</sup>.

Voronins Entscheidung stellt eine neue moldauische Herangehensweise in der Transnistrien-Frage dar. Während in den Jahren 1992–2001 Chişinău einseitige Zugeständnisse machte, wurde jetzt erkannt, dass Verhandlungen lediglich dann erfolgreich verlaufen werden, wenn Druck auf die Gegenseite ausgeübt wird. Das soll Tiraspol zwingen, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Voronin, im Unterschied zu Snegur und Lucinschi, hat von Beginn an auf Russland als Schlüssel zur Konfliktlösung gesetzt. Am 17. November 2001 wurde der Vertrag über die Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen Moldau und Russland unterschrieben<sup>180</sup>. Beide Länder äußerten ihre

*Verpflichtung für eine politische Regulierung des Transnistrien-Konflikts auf Grundlage der Berücksichtigung der Souveränität und der territorialen Integrität der Republik Moldau, zudem werden alle Formen des Separatismus verurteilt und beide Länder haben sich bereit erklärt, die Separatisten Bewegungen nicht zu unterstützen.*

Das sollte die Beziehung zwischen den beiden Ländern aufwerten, vor allem aber signalisierte das die Bereitschaft der neuen Regierung in Chişinău, sich enger an Russland zu binden. Als Gegenleistung erhofft sich Voronin, Hilfe bei der Lösung der Transnistrien Frage zu erhalten. Trotzdem hat Russland die Separatisten in RM politisch, militärisch und ökonomisch weiterhin unterstützt und die territoriale Integrität RMs untergraben.

---

<sup>178</sup> Regierungsbeschluss Nr. 904 am 30.08.2001.

<sup>179</sup> Vgl. o.V.: „Appell des Außenministerium der PMR an Russland, Ukraine und OSZE“. In: Olvia Press am 17.09.2011, unter: <http://www.olvia.idknet.com/ol65-09-01.htm> (aufgerufen am 01. Dezember 2011).

<sup>180</sup> Außenministerium der Russischen Föderation: Der Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Russischen Föderation und der Republik Moldau. (19. November 2001), unter: [http://www.mid.ru/bdomp/spd\\_md.nsf/0/7B462AECFD07DFB1442579720041CFBF](http://www.mid.ru/bdomp/spd_md.nsf/0/7B462AECFD07DFB1442579720041CFBF) (aufgerufen am 01. Dezember 2011).

Im Juli 2002 wurde in Kiew ein Projekt über den rechtlichen Status Transnistriens präsentiert, ausgearbeitet unter der OSZE. Der OSZE-Plan hatte eine starke Anlehnung an die Verfassung der Russischen Föderation und sah zum ersten Mal eine Föderalisierung der Republik Moldau vor. Nachdem das Projekt insbesondere in Moldau einer starken Kritik ausgesetzt wurde und die Separatisten es gar *übersehen* haben, wurde der Plan jedoch sehr schnell verworfen. Der vor allem durch die OSZE unterstützte Versuch, Moldau zu föderalisieren, zeigte zum ersten Mal deutlich, dass die OSZE-Vermittlung keine Garantie für die zukünftige territoriale Integrität Moldaus bedeutet. Kurz danach wurde der OSZE-Botschafter in der Republik Moldau David Swartz entlassen und durch William Hill ersetzt, der bereits zwischen 1999 und 2001 Chef der Mission war<sup>181</sup>.

#### 4.2.3. Kozak-Plan

Das Memorandum „über die Grundprinzipien des staatlichen Aufbaus eines vereinten Staates“<sup>182</sup>, auch bekannt als der *Kozak-Plan*, stellt bis heute den am meisten umstrittenen Lösungsvorschlag dar und prägt immer noch die Debatten in der Transnistrien-Frage. Auch nach acht Jahren sieht Russland den Schlüssel der Konfliktlösung in einer Neuauflage dieses Konzeptes, dem Voronin, auf Drängen der Internationalen Gemeinschaft, im letzten Augenblick, eine Absage erteilt hat.

Vladimir Voronin ist mit dem Wunsch an Vladimir Putin herangetreten, einen definitiven Lösungsvorschlag für den Transnistrien-Konflikt zu erarbeiten. Das ist nichts Ungewöhnliches, bedenkt man, dass Voronin pro-russisch orientiert war und von Beginn an auf Russland gesetzt hat. Nur hat er das insgeheim gemacht, ohne die westlichen Partner darüber in Kenntnis zu setzen, die er

---

<sup>181</sup> Vgl. Socor, Vladimir: „The OSCE and “Federalization” Failing in Moldova“. In: Institute for Advanced Strategic & Political Studies am 27. Januar 2003, unter: [http://www.iasps.org/eng\\_editor/socor\\_show.php?lang=&main=&type=6&article\\_id=148](http://www.iasps.org/eng_editor/socor_show.php?lang=&main=&type=6&article_id=148) (aufgerufen am 02. Dezember 2011).

<sup>182</sup> Außenministerium der „Transnistrischen Moldauischen Republik“: „Memorandum ob osnovnykh printsipakh gosudarstvennogo ustroistva obedinennogo gosudarstva“, (15. November 2003), unter: <http://mfa-pmr.org/index.php?newsid=45> (aufgerufen am 02. Dezember 2011).

zuvor gebeten hat, an der Ausarbeitung eines Konzepts für eine *symmetrische Föderation* teilzunehmen, das von ihm selbst initiiert wurde<sup>183</sup>.

Laut dem Entwurf des Memorandums sollte das Transnistrien-Problem durch den „Umbau der Staatsordnung Moldaus mit dem Ziel der Schaffung eines einheitlichen, unabhängigen, demokratischen und auf föderativen Prinzipien gegründeten Staates in den Grenzen des Territoriums der Moldauischen Sowjetrepublik vom 1. Jänner 1990“ gelöst werden. Die neue *Bundesrepublik Moldau* bestand aus zwei föderalen Subjekten, die *Transnistrische Moldauische Republik* und die *Autonome territoriale Einheit Gagausien*, und sollte schrittweise, bis zum Jahr 2020, laut einer gemeinsam ausgearbeiteten Verfassung und basierend auf „dem Prinzip der Einheit des Territoriums, einheitlichen Prinzipien des Aufbaus der Staatsmacht sowie eines einheitlichen Verteidigungs- (für eine Übergangszeit), Zoll- und Währungsraumes“ entstehen. Die Subjekte der Föderation waren mit weitreichenden Befugnissen ausgestattet, einschließlich eines Vetorechts, um besonders wichtige Beschlüsse zu blockieren, sowohl im Zweikammerparlament als auch in anderen staatlichen Strukturen.

Die angestrebte Föderalisierung Moldaus wäre in diesem Rahmen auch so akzeptiert worden, nur hat Russland in den darauf folgenden Tagen drei Zusatzartikel hinzugefügt, die unter anderen eine Truppenstationierung bis zum Jahr 2020 auf dem moldauischen Gebiet vorsahen<sup>184</sup>.

Auch ohne den militärischen Aspekt des Kozak-Plans gab es eine Menge Defizite, die im Grunde genommen eine Wiedervereinigung im Austausch einer Selbstzerstörung bedeuteten. Der Plan sah keinerlei internationale Garantien vor, beruhte auf einer direkten Beziehung Russland–Moldau. Zieht man die destruktive Rolle Russlands in Betracht, hätte sich Moldau auf eine unsichere Zukunft einstellen sollen. Durch das Vetorecht der föderalen Subjekte wäre Moldau von Russland direkt abhängig gewesen und der Plan stellte keine

---

<sup>183</sup> Vgl. Boțan, 2009, S. 27

<sup>184</sup> Vgl. Boțan, 2009, S. 28.

Lösung dar, sondern lediglich eine Konservierung der Probleme, die bei jeder Gelegenheit neu entflammen hätten könne.

Das Scheitern des Memorandums hat eine abrupte Abkühlung in den moldauisch-russischen Beziehungen nach sich gezogen. Es folgten Strafmaßnahmen wirtschaftlicher und politischer Natur. Die *Schulkrise*<sup>185</sup> und der *Eisenbahnkrieg*<sup>186</sup> waren lediglich die Erstmaßnahmen gegen Voronins Absage. Ihm blieb nichts anderes übrig, als den Kurs seiner Außenpolitik zu ändern und eine pro-westliche Haltung einzunehmen. 2005 wurde der Europäische Nachbarschaftspolitik Aktionsplan EU-Moldau unterschrieben. Auch hat die Ukraine eine aktivere Rolle in der Konfliktlösung eingenommen. Die *orangene Revolution* hat unmittelbare Folgen für Moldau nach sich gezogen und kann als Glücksfall für Chişinău bezeichnet werden.

#### 4.2.4. Juschtschenko-Plan

Die Ukraine hat, aufgrund ihrer geopolitischen Lage und ihrer Bestrebungen, die euro-atlantische Integration voranzutreiben, seit 2005 eine aktive Rolle im Schwarzmeerraum eingenommen und wurde zum Stabilitätsfaktor sowie Sicherheitsanbieter der Region. In diesem Kontext hat der ukrainische Präsident Wiktor Juschtschenko am 22. April 2005 beim GUAM-Gipfel (Georgien, Ukraine, Aserbajdschan, Moldau) in Chişinău den sogenannten *Juschtschenko-Plan*<sup>187</sup> präsentiert und im Mai bei den Verhandlungen auf ukrainischem Boden, in Winniza, den Lösungsvorschlag vervollständigt.

---

<sup>185</sup> Auf der linksufrigen Seite gibt es noch immer acht moldauische Schulen mit Unterricht in lateinischer Schrift. Im Februar 2004, durch einen Beschluss des Obersten Sowjets der PMR, wurden alle moldauischen Schulen geschlossen. Da weiterhin unterrichtet wird, marschieren am 1. Juni separatistische Sicherheitskräfte in den Schulen ein. Die Lage eskaliert derart, dass Voronin sich gezwungen sieht, EU und USA um Hilfe zu bitten.

<sup>186</sup> Bis 2004 gehörte der Eisenbahn in der Dnjestr-Region zu den „Caiile Ferate ale Moldovei“ – die moldauische Eisenbahngesellschaft. Im August haben die separatistischen Behörden die Enteignung beschlossen, und im März 1996 wurde der Bahnverkehr auf dem Dnjestr-Gebiet ausgesetzt. Das war für das rechte Ufer mit großen ökonomischen Verlusten verbunden.

<sup>187</sup> Juschtschenko-Plan von 16. Mai 2005, unter: <http://www.ecmimoldova.org/fileadmin/ecmimoldova.org/docs/transd.official/Yushchenko%20Plan-June%202005.pdf> (aufgerufen am 05. November 2011)

Laut dem Dokument sollte eine Konfliktreglementierung schrittweise, begleitet von einem Demokratisierungsprozess der Region, erfolgen. Der Plan sah die Vorbereitung und Durchführung freier und demokratischer Wahlen auf dem linksseitigen Ufer, unter einer strengen Aufsicht der OSZE, EU, Russland, Ukraine und USA, vor. Dadurch würde eine Legitimierung der Tiraspoler-Führung erfolgen und auf diese Weise den Weg über die Verhandlung des Sonderstatus dieser Region ebnen. Die Verhandlungen sollten unter Berücksichtigung der Souveränität und der territorialen Integrität der Republik Moldau erfolgen und das moldauische Parlament sollte dem ausverhandelten Status zustimmen.

Der Juschtschenko-Plan wird als ein zweiter *Kozak-Plan-Light* gehandelt, tatsächlich sind zwischen den beiden Plänen nur wenige Unterschiede zu bemerken. Die wesentlichen Hauptkritikpunkte des vorigen Plans wurden bewusst entschärft. Während der Juschtschenko-Plan *lediglich* eine erweiterte Autonomie Transnistriens ohne das Recht, aus dem Bestand Moldaus auszutreten, vorsah, strebte der Kozak-Plan eine Verabschiedung föderaler und konföderaler Bestimmungen mit der Möglichkeit des Austretens an. Der ukrainische Lösungsvorschlag hat die russische Truppenpräsenz vor Ort mit keinem Wort erwähnt, dies sollte wahrscheinlich erst mit dem Voranschreiten der Verhandlungen geklärt werden. Im Gegenzug aber sollten die friedenserhaltenden Maßnahmen unter der Führung der OSZE weiterlaufen. Laut Kozak-Plan sollten die russische Truppen bis mindestens 2020 vor Ort bleiben.

Im Einklang mit den Bestimmungen des ukrainischen Lösungsvorschlags hat das moldauische Parlament am 10. Juni 2005 zwei Aufforderungen<sup>188</sup> zur Demokratisierung und Entmilitarisierung der transnistrischen Region gestellt. Am 22. Juli wurde ein Gesetz<sup>189</sup> „über die Grundprinzipien der besonderen Rechtsstellung der Siedlungen am linken Ufer des Dnjestr (Transnistrien)“ beschlossen. Laut dem Gesetz wird die transnistrische Region eine territoriale administrative Einheit innerhalb der Republik Moldau, die ihre Zuständigkeiten

---

<sup>188</sup> Parlamentsbeschluss der Republik Moldau N. 117 am 10.06.2005.

<sup>189</sup> Parlamentsbeschluss der Republik Moldau Nr. 173 am 22.07.2005.



in Übereinstimmung mit der Verfassung der Republik ausüben kann. Die Ortschaften sollten Teil der transnistrischen Region werden, freiwillig und in Übereinstimmung mit den Ergebnissen des Referendums. Der unilaterale Vorstoß wurde insbesondere von Russland und Transnistrien kritisiert, während er von OSZE-Botschafter Hill begrüßt wurde, denn das Gesetz garantierte der transnistrischen Region einen Sonderstatus innerhalb Moldaus und war eindeutig im Einklang mit den ukrainischen Initiativen<sup>190</sup>.

Auch wenn das Jahr 2005 nicht die ersehnte Lösung hervorgebracht hat, war es das erfolgreichste für Republik Moldau seit dem Waffenstillstandsabkommen 1992. Der gemeinsame Brief der moldauischen und ukrainischen Führung am 2. Juni an die Europäische Union mit der Bitte, eine Grenzüberwachungsmission einzurichten, und der Beginn der Europäischen Grenzkontrollmission (EUBAM) Ende 2005 haben den gewünschten Effekt erzielt, nämlich Tiraspol unter Druck zu setzen. Die symbolischen Maßnahmen davor, unter anderem die Verhängung eines Einreiseverbots in die EU und USA im Jahr 2003, hat absolut keine Wirkung gehabt.

Die ukrainische Initiative – von der moldauischen Führung schon länger verlangt –, die EU und die USA im Verhandlungsprozess stärker einzubinden, führte zu einer Erweiterung des Verhandlungsformats auf fünf plus zwei (5+2) mit der EU und der USA als Beobachter.

Der Beginn der EUBAM-Mission am 30. November 2005, die ihre volle Wirkung erst am 6. März 2006, nach unzähligen bilateralen Verhandlungen zwischen Moldau und Ukraine, entfalten konnte, hat die Verhandlungsposition Transnistriens deutlich geschwächt. Die Beteiligung der EU an der Lösung der bestehenden Probleme in dieser Grenzregion sowie die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen EU, Republik Moldau und der Ukraine in der Bekämpfung des Schmuggelgeschäfts haben dazu beigetragen, dass die moldauischen Behörden, auch wenn nur indirekt, die Kontrolle über die Export-

---

<sup>190</sup> Vgl. Boţan, 2009, S. 44.

Import-Vorgänge in der Dnjestr-Region wiederhergestellt haben. Die negative Reaktion der transnistrischen Behörden, aber auch der Russischen Föderation, hat dies bestätigt. Während Transnistrien erneut von einer *Wirtschaftsblockade* sprach, dagegen aber nichts unternehmen konnte, folgte aus Russland prompt die Bestrafung dafür. Bereits zu Beginn des Jahres 2006 wurde der russische Gaspreis für die moldauischen Verbraucher auf der rechten Seite des Dnestrs erhöht und im März ein Wirtschaftsembargo auf den Ausfuhr der Weine in der Russischen Föderation verhängt, das bis 2008 andauerte<sup>191</sup>.

In diesem Kontext wurden die Verhandlungen nach nur fünf Verhandlungsrunden im 5+2 Format ausgesetzt. Erst am 30. November 2011, in Vilnius, fand das erste offizielle Treffen statt, im Rahmen dessen festgelegt wurde, alle weiteren Verhandlungen nur im Format 5+2 zu führen<sup>192</sup>.

Ende 2006 erfolgte wieder eine *Kurskorrektur* in der moldauischen Außenpolitik. Diese Periode dauerte bis 2009 an und stellt eine chaotische Phase in der Suche nach einer Konfliktreglementierung dar. Die moldauische Wirtschaftsabhängigkeit von Russland sowie der Verhandlungsstopp in der Transnistrien-Frage führten zu einer Wiederaufnahme der bilateralen Gespräche zwischen Moldau und Russland sowie Moldau, Russland und Transnistrien. Bereits kurz danach, im April 2007, wird in der Presse über einen neuen *Kozak-Plan 2* diskutiert<sup>193</sup>, der unter anderem eine Auflösung des moldauischen und transnistrischen Parlaments vorsah, parallel, aber getrennt staatfindende Parlamentswahlen auf beiden Seiten, 20% der Parlamentssitze wären den Abgeordneten aus Transnistrien zugeteilt und in jedem Ministerium würde ein Vizeminister aus Tiraspol delegieren. Zudem müsste die Republik Moldau zusichern, neutral zu bleiben, nie der NATO beizutreten und keine

<sup>191</sup> Vgl. Amonte, Dan: "'Wine' warfare at the doorstep - nothing new just business for Russia", (03. August 2010), S. 3 unter: [http://www.viitorul.org/public/2937/en/Policy\\_Statewatch8\\_en.pdf](http://www.viitorul.org/public/2937/en/Policy_Statewatch8_en.pdf) (aufgerufen am 06. November 2011).

<sup>192</sup> Vgl. Avram, Eliza: „MAE salută reluarea negocierilor în format "5 + 2" privind conflictul din Transnistria“. In: România Liberă am 02. Dezember 2011, unter: <http://www.romanalibera.ro/actualitate/europa/mae-saluta-reluarea-negocierilor-in-format-5-2-privind-conflictul-din-transnistria-246659.html> (aufgerufen am 10. Dezember 2011).

<sup>193</sup> Vgl. Socor, Vladimir: "Voronin pressured to accept russian settlement plan for Transnistria". In: Eurasia Daily Monitor am 13. April 2007, unter: [http://www.jamestown.org/programs/edm/single/?tx\\_ttnews%5Btt\\_news%5D=32677&tx\\_ttnews%5BbackPid%5D=171&no\\_cache=1](http://www.jamestown.org/programs/edm/single/?tx_ttnews%5Btt_news%5D=32677&tx_ttnews%5BbackPid%5D=171&no_cache=1) (aufgerufen am 10. Dezember 2011).

anderen Truppen, außer der russischen auf dem moldauischen Gebiet zu akzeptieren. Die russischen Truppen sollten innerhalb von zwei Jahren abgezogen werden, ohne eine Garantie, dass sich Russland daran halten wird. Auch dieses Mal wurden die westlichen Partner darüber nicht in Kenntnis gesetzt, allerdings hat Voronin die Existenz eines zweiten Kozak-Plans entschieden abgestritten.

Im Oktober 2007 werden die *Voronin-Initiativen* präsentiert. Es sollten Verhandlungen nach dem Kosovo-Modell geführt werden, die Teilnehmer der 5+2 Verhandlungsformats sollten eine politische Lösung im Transnistrien-Konflikt erzielen, ohne dass Chişinău und Tiraspol dabei sind. Der Plan wurde schnell verworfen, sodass Voronin mit neuen Vorschlägen kam, die jedoch von Transnistrien als „uninteressant, unrealisierbar und veraltet“<sup>194</sup> bezeichnet wurden.

#### **4.2.5. Barviha, März 2009**

Am 18. März 2009, kurz vor den Parlamentswahlen in Moldau, fand in Barviha, *einer Stadt in der Nähe von Moskau, ein Treffen zwischen Medvedev, Voronin und Smirnov statt*. Das Treffen endete mit der Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung<sup>195</sup>. Es wurde beschlossen, „weiterhin direkte Gespräche zu führen, um eine politische Lösung zu erzielen“, auch sollen Prämissen, zusammen mit den Parteien aus der 5+2 Formats, geschaffen werden, um „eine schnellst mögliche Wiederaufnahme der Arbeit im Format 5+2“ zu erzielen. Darüber hinaus haben alle Seiten die „stabilisierende Rolle der gegenwärtigen Friedenmission anerkannt“ und sich für eine Umwandlung dieser nach der Regulierung des Transnistrien-Konflikts in eine *Friedensgarantie Mission* unter der OSZE-Ägide ausgesprochen.

---

<sup>194</sup> Boţan, 2009, S. 76.

<sup>195</sup> Außenministerium der Russischen Föderation: „Joint declaration adopted following talks between President of the Russian Federation Dmitry Medvedev, and President of the Republic of Moldova Vladimir Voronin and Head of Transdnistria Igor Smirnov“, (18. März 2009), unter: [http://www.mid.ru/bdcomp/Brp\\_4.nsf/arh/01D19D444863EDD5C325757E00524650?OpenDocument](http://www.mid.ru/bdcomp/Brp_4.nsf/arh/01D19D444863EDD5C325757E00524650?OpenDocument) (aufgerufen am 20. Dezember 2011).

Zwar sind die Folgen bis heute überschaubar geblieben, wenn es überhaupt welche gab, aber in den zukünftigen Verhandlungen mit Russland über einen Truppenabzug wird die moldauische Verhandlungsposition geschwächt. Demgemäß muss Russland seinen Istanbul-Verpflichtungen nicht mehr nachkommen und Moldau erlaubt fremden Truppen eine Stationierung auf ihrem Gebiet. Folglich steht dem AKSE-Vertrag –dem größten moldauischen Trumpf in den Verhandlungen für einen russischen Truppenabzug – nichts mehr im Wege.

#### 4.2.6. Der Neubeginn 2010 – 2011

Die vorgezogenen Parlamentswahlen in Moldau fanden am 28. November 2010 statt, nachdem die Allianz für Europäische Integration (AIE) – eine Koalition aus vier (demokratischen) Parteien – es nach mehreren Anläufen nicht geschafft hat, den Staatspräsidenten zu wählen. Die Gründung der AIE nach den Parlamentswahlen im Herbst 2009 bedeutet einen Neuanfang in der moldauischen Außenpolitik und stellt neue Perspektiven für die Konfliktlösung dar. Die Republik Moldau hat sich von den chaotischen Zuständen der Außenpolitik während der Regierungszeit von Voronin verabschiedet und verfolgt konsequent die europäische Integration des Landes. Während Voronin in Moskau die Lösung des Konfliktes sah und auf direkte Verhandlungen ansetzte, versucht die Koalition, die westlichen Mächte stärker bei der Lösungsfindung einzubinden und besteht auf Verhandlungen im 5+2 Format.

Die neue Regierung räumt den *vertrauensbildenden Maßnahmen* einen sehr hohen Stellenwert ein und versucht, durch eine engere Zusammenarbeit mit Tiraspol zur Verbesserung der Lebensbedingungen für die Bevölkerung auf dem linksseitigen Ufer zu sorgen. Die Regierung hat versprochen, 15% der ausländischen Hilfen für Projekte in Transnistrien auszugeben<sup>196</sup>. Im Jahr 2010 wurde ein Gesetz erlassen, das den linksseitigen Unternehmen erlaubt, Waren direkt nach Ukraine zu liefern, ohne über Umwege durch Moldau, wie es nach

---

<sup>196</sup> Vgl. Beyer, 2011, S. 22.

2006 der Fall war. Das ist zwar eine umstrittene Maßnahme, hat aber sicher eine Rolle bei der Wiederaufnahme der offiziellen Verhandlungen im Format 5+2 am 30. November in Vilnius gespielt. Bereits im Jahr 2009 haben inoffizielle Treffen im Format 5+2 stattgefunden, um den Weg für offizielle Verhandlungen zu ebnen. In Vilnius wurde festgelegt, dass alle zukünftigen Verhandlungen lediglich im 5+2 Format geführt werden. Ein Dokument über „die Prinzipien und die Regeln des Verhandlungsprozesses“ wurde aus Zeitmangel nicht fertiggestellt und soll beim zweiten Treffen im Februar (2012) in Irland vollendet werden<sup>197</sup>.

Deutschland ist im Jahr 2010-2011 der aktivste Akteur in der Transnistrien-Frage geworden und hat neue Akzente zur Reglementierung des Konflikts gesetzt. Angela Merkel, die deutsche Kanzlerin, hat mehrmals betont, dass die europäisch-russischen Beziehungen von der russischen Bereitschaft abhängen, einen positiven Beitrag zur Konfliktlösung zu leisten. Die deutsche Beteiligung wird insbesondere in der Republik Moldau und Rumänien mit Sorge betrachtet, manche Kommentatoren sprechen bereits von einem neuen Molotov-Ribbentrop-Pakt<sup>198</sup>. Das deutsche Modell sieht eine Föderalisierung der Republik Moldau vor, was im Grunde eine Neuauflage des Kozak-Plans ist. Transnistrien soll in den politischen Entscheidungen der neuen Föderation eine hohe Gewichtung haben. Auch soll der Abzug der russischen Truppen aus Transnistrien von der Agenda der Gespräche gestrichen werden und ein Demilitarisierungsprozess als Teil der Konfliktlösung ist auch nicht vorgesehen<sup>199</sup>.

---

<sup>197</sup> Banea, Radu: „Milimetrii de aur“ în reglementarea transnistreană. Interview mit Eugen Carpov“. In: Radio Europa Libera am 05. Dezember 2011, unter: <http://www.europalibera.org/content/article/24411354.html> (aufgerufen am 05. Dezember 2011).

<sup>198</sup> Vgl. Negru, Nicolae: „Germania ajută Rusia să federalizeze Republica Moldova?“. In: Jurnal der Chisinau am 17. Mai 2011, unter: <http://ziar.jurnal.md/2011/05/17/nicolae-negru-germania-ajuta-rusia-sa-federalizeze-republica-moldova/> (aufgerufen am 20. Dezember 2011).

<sup>199</sup> Vgl. Marchievici, Călin: „Negocierile privind Transnistria, reluate sub influenta vadita a Rusiei si a Germaniei“. In: Cotidianul am 1. Dezember 2011, unter: <http://www.cotidianul.ro/negocierile-privind-transnistria-reluate-sub-influenta-vadita-a-rusiei-si-germaniei-165696/> (aufgerufen am 05. Dezember 2011).



## 5. Die Internationalisierung des Konflikts – Internationale Akteure

### 5.1. Russland

Offiziell hat Russland die moldauische Souveränität und Integrität stets respektiert und unterstützt. Andererseits wurden die Separatisten unmissverständlich von führenden Politikern aus Moskau unterstützt. Während sich Moskau offiziell für die Integrität der RSSM aussprach, haben die ranghöchsten Mitglieder der Regierung, unter anderem der Präsident des Obersten Sowjets der UdSSR, A. Lukjanov und der Ministerpräsident der UdSSR N. Ryschkow, die separatistische Bewegung unterstützt. Bereits im Jahre 1989, als sich die ersten Gegenbewegungen organisierten und die ersten Massenkundgebungen stattfanden, hat der Oberste Sowjet der UdSSR lediglich unzureichend auf die Appelle des Obersten Sowjets der MSSR reagiert. Eklatante Verstöße gegen die Verfassung der UdSSR wurden ignoriert. In der entscheidenden Phase der sezessionistischen Bewegung, Anfang November 1990, unterbreitete Gorbatschow den Vorschlag an Chişinău, den Unionvertrag zu akzeptieren, um Hilfe gegen die Dnjestr-Separatisten zu erhalten<sup>200</sup>, öffentlich kritisierte er allerdings die separatistische Bewegung und sprach sich für die Integrität RSSMs aus – anders der Ministerpräsident Ryschkow: Er übernahm die separatistische Auslegung der Ereignisse und sprach öffentlich von ethnischer Diskriminierung und von einem zweiten Karabach.

Am 18. Dezember 1990, beim 4. Kongress der Volksdeputierten der UdSSR, wurde offensichtlich, auf welcher Seite die Zentralregierung in Moskau tatsächlich steht. Der Vorsitzende des Kongresses, Anatolij Lukjanow, hat einen Resolutionsentwurf präsentiert, der sich 23 Autonomen- und Teilrepubliken

---

<sup>200</sup> Vgl. Chirtoacă, et al., 2007, S. 393.

widmete – die abtrünnigen Enklaven, Transnistrien und Gagausien wurden ebenso berücksichtigt – mit Bezug auf ihre Statusänderung sowie ihre Aufnahme als Bestandteil der UdSSR und der Russischen Föderation<sup>201</sup>. Auch die einseitige Darstellung der Ereignisse in der russischen Presse, die damals sowie heute von der russischen Regierung kontrolliert wird, offenbart die Unterstützung der Abtrünnigen.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion wurde von Russland ebenfalls eine doppelgleisige Politik gegenüber der RM betrieben. Während Jelzin offiziell die Unabhängigkeit der RM unterstützte, positionierte sich Jelzins Vize, Alexander Ruzkoi, als Beschützer der russischen Bevölkerung und russischen Armeeingehörigen in Transnistrien. Ruzkoi unternahm mehrere Besuche in Transnistrien und bekundete offen seine Sympathien für die Separatisten. So drohte er offen kurz vor den Kriegshandlungen im Juni:

*Die georgischen wie moldawischen Machthaber betreiben eine ‚zynische‘ Unterdrückungspolitik gegenüber ihren ossetischen und russischen Minderheiten. Angesichts des ‚Massenmords an friedlichen Zivilisten‘ wird jede Granate auf russische Militäreinrichtungen in Moldawien mit zehn Vergeltungsschlägen beantwortet<sup>202</sup>.*

Auch wenn heute noch die Russische Föderation bestreitet, die separatistische Bewegung militärisch, ökonomisch und politisch zu unterstützen, belegen mehrere internationale Berichte das Gegenteil. So hat das Europäische Gerichtshof für Menschenrechte 2004, im Urteil *Ilascu und andere v. Moldau und Russland* Folgendes festgestellt:

*...the “MRT”, set up in 1991-1992 with the support of the Russian Federation, vested with organs of power and its own administration, remains under the effective authority, or at the very least under the decisive influence, of the Russian Federation, and in any event that it*

---

<sup>201</sup> Vgl. ebd. S. 392.

<sup>202</sup> o.V.: „GUS. Funke im Pulverfaß“ In: Der Spiegel am 29. Juni 1992, unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13682649.html> (aufgerufen am 03. Dezember 2011).



*survives by virtue of the military, economic, financial and political support given to it by the Russian Federation*<sup>203</sup>.

Die post-sowjetische Kräfte in Moskau waren von Beginn an Verbündete der Führung in Transnistrien. Die Ablehnung des Unionvertrages, der Einflussschwund auf die Entscheidungen in der RM, das *Abdriften* nach Westen und der in Betracht gezogene Anschluss an Rumänien wurden Katalysatoren für die Unterstützung aus Moskau. Diese Unterstützung hatte die Rolle eines Brandbeschleunigers und führte letztendlich zu der bewaffneten Auseinandersetzung. Später gab sogar Jelzin selbst zu, in einer TV-Ansprache, dass Russland die separatistischen Kräfte immer unterstützt hat und unterstützen wird: „Russia has lent, is lending and will continue to lend its economic and political support to the Transdnistriean region“<sup>204</sup>.

Trotz der Verpflichtungen 1999 in Istanbul unterhält Russland noch immer eine Armee, die sogenannte *Friedenstruppe* und ein großes Waffenarsenal auf dem moldauischen Gebiet. Diese Friedenstruppe, die kein UNO-Mandat hat und auch die UNO-Kriterien für *Peacekeeping* nicht erfüllt, hat die Aufgabe, den Status quo Transnistriens beizubehalten.

Obwohl 2001 an die Macht in Moldau eine pro-russische Regierung gewählt wurde, die bereit war, eine tiefe Beziehung mit Russland einzugehen und im selben Jahr der Grundlagenvertrag zwischen den beiden Staaten unterschrieben wurde, hat die russische Seite die (einmalige) Möglichkeit verpasst, durch eine friedliche Politik, Republik Moldau enger an sich zu binden.

Die Ereignisse in Georgien 2008, als russische Friedenstruppen die Separatisten (wieder) unterstützt haben und Russland die abtrünnigen Teile Südossetien und Abchasien als unabhängige Staaten anerkannt hat, zeigen, dass Russland auch nach beinahe 20 Jahren nicht abgeneigt ist, wenn notwendig, im nahen Ausland militärisch zu intervenieren. Bereits zuvor hat Russland die Notwendigkeit von Friedenstruppen in Transnistrien, teilweise durch die Gefahr neuer Gewalt bei einem Abzug, begründet.

---

<sup>203</sup> Case of Ilascu and others v. Moldova and Russia. S. 92.

<sup>204</sup> Ebd. S. 41.

Dimitrij Medvedev, der russische Präsident, ebenso Gorbatschow, Jelzin und Putin zuvor, hat sich für die territoriale Integrität RMs ausgesprochen, der routinemäßigen Empfang der PMR-Führung in Moskau spricht allerdings dagegen. Die Separatisten wurden mit offiziellen Ehrungen der Russischen Föderation ausgezeichnet und werden mit allen Ehren von den Staatsorganen empfangen<sup>205</sup>.

### 5.1.1. Transnistrien – die russische Marionette

Die Führung in Tiraspol, die fast nur aus russischen Staatsbürger oder russischen Abstammende besteht<sup>206</sup>, hat in der letzten 20 Jahren, mit Hilfe der russischen Föderation, Herrschaftsstrukturen aufgebaut, die de facto- Unabhängigkeit Transnistriens gefestigt haben. Im Grunde genommen ist die Region auf den linksseitigen Dnjestrufer längst ein Staat im Staate, mit einer eigenen Währung, Staatshaushalt, Zoll, Armee, Verfassung, Präsident,

<sup>205</sup> Ebd. S. 44.

<sup>206</sup> Eine Überprüfung welche Funktionäre die russische Staatsbürgerschaft tragen, gestaltet sich als schwierig. Aus der EU und USA Einreiseverbot, aus den Jahren 2010, kann man herleiten, dass die Führungsriege der PMR ausschließlich aus russischen Staatsbürgern bestehen, die zum Teil nicht einmal in Transnistrien geboren sind: 1. SMIRNOW, Igor Nikolajewitsch, „Präsident“, geboren am 23. Oktober 1941 in Chabarowsk, Russische Föderation, russischer Pass; 2. SMIRNOW, Wladimir Igorewitsch, Sohn des „Präsidenten“ und „Vorsitzender des staatlichen Zollkomitees“, geboren am 3. April 1961 in Kupjansk, Ukraine, russischer Pass; 3. SMIRNOW, Oleg Igorewitsch, Sohn des „Präsidenten“ und „Berater des staatlichen Zollkomitees“, „Mitglied des Obersten Sowjets“, geboren am 8. August 1967 in Nowaja Kachowka, Ukraine, russischer Pass; 4. LIZKAJ, Walerij Anatolewitsch, ehemaliger „Minister für auswärtige Angelegenheiten“, geboren am 13. Februar 1949 in Twer, Russische Föderation, russischer Pass; 5. CHADSCHEJEW, Stanislaw Galimowitsch, „Minister für Verteidigung“, geboren am 28. Dezember 1941 in Tscheljabinsk, Russische Föderation; 6. ANTJUFEJEW, Wladimir Jurewitsch, alias SCHEWTSOW, Wadim, „Minister für Staatssicherheit“, geboren 1951 in Nowosibirsk, Russische Föderation, russischer Pass; 7. KOROLJOW, Alexander Iwanowitsch, „Vizepräsident“ geboren am 24. Oktober 1958 in Wroclaw, Polen, russischer Pass; 8. BALALA, Viktor Aleksejewitsch, ehemaliger „Justizminister“, geboren 1961 in Winniza, Ukraine; 9. GUDYMO, Oleg Andrejewitsch, „Mitglied des Obersten Sowjets“, „Vorsitzender des Ausschusses für Sicherheit, Verteidigung und Friedenspolitik des Obersten Sowjets“, ehemaliger „Stellvertretender Minister für Sicherheit“, geboren am 11. September 1944 in Alma-Ata, Kasachstan, russischer Pass; 10. KRASNOSELSKIJ, Wadim Nikolajewitsch, „Minister des Inneren“, geboren am 14. April 1970 in Daurija, Russische Föderation; 11. ATAMANIUK, Wladimir, „Stellvertretender Minister für Verteidigung“; vgl. Beschluss 2010/573/GASP des Rates: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2010:253:0054:0057:DE:PDF> (aufgerufen am 05. Dezember 2011).

Regierung, Parlament, Armee, Nationalfeiertage (z.B. Unabhängigkeitstag am 2. September) und natürlich Staatssymbolik. Durch regelmäßige Wahlen, die (auch) von Russland offiziell <sup>207</sup> nicht anerkannt werden, findet eine Legitimierung der separatistischen Führung statt und soll den Anschein eines demokratischen Systems geben. Demonstrationen sind zwar erlaubt, aber nur zur Huldigung des Staates bzw. des Regimes, Menschenrechte werden systematisch verletzt und ein politischer Wettbewerb existiert nur auf dem Papier. Tatsächlich gibt es keine Demokratie in Transnistrien, der Machterhalt wird durch Medienzensur, Propaganda und Manipulationen im politischen Entscheidungsprozess erreicht. Allerdings kann von einem Regime, das zum Teil aus Kriminelle besteht, nicht erwartet werden, demokratische Werte zu vermitteln. Ein gutes Beispiel ist der Minister für Staatssicherheit Vladimir Antjufjew, der seit über 20 Jahren wegen Kriegsverbrechen in Lettland auf den Fahndungslisten von Interpol steht.

Die Leitfigur der transnistrischen Revolution Anfang der 90er Jahren ist Igor Smirnov, der Präsident der sogenannten Pridnestrowischen Moldauischen Republik. Er lenkt seit 20 Jahren die politischen und wirtschaftlichen Geschehnisse auf dem linksseitigen Dnjestrufer. Zwecks Sicherung seines Herrschaftssystems hat Smirnov die Sowjetnostalgie des Volkes durch eine anti-westliche Propaganda in den Medien und innerhalb des Bildungssystems<sup>208</sup> in kürzester Zeit für sich ausgenutzt. Der neu entstandene transnistrische Patriotismus verhalf zu einem *Wir-Gefühl*, das zur Sicherung des autoritären Regimes führte. Das ungelöste Problem Transnistriens macht sich für die lokalen Machteliten insbesondere für den Smirnov-Clan bezahlt. So ist der ältere Sohn Smirnovs Leiter der Zollbehörde, wahrscheinlich einer der lukrativsten Posten auf dem linksseitigen Gebiet. Zur gleichen Zeit entstand in das Sheriff-Konglomerat, das mächtigste Unternehmen Transnistriens, das nahezu die ganze Wirtschaft kontrolliert. Es gibt *Sheriff* Supermärkte, Tankstellen, eine Mercedes- und eine Mitsubishi-Niederlassung, TV-Netze,

---

<sup>207</sup> Vor allem die offene russische Unterstützung bei der Präsidentenwahl Ende 2011 für Anatoli Kaminski, ist ein Widerspruch in sich. Die Wahlen werden zwar nicht anerkannt, dafür gibt es aber einen offiziellen Kreml-Kandidaten.

<sup>208</sup> Vgl. Broich, 2005, S. 53

Zeitungen, zwei Fußballvereine, eine Mobilfunklizenz, usw.<sup>209</sup>. *Sheriff* spielt eine Schlüsselrolle in der illegalen Geschäfte des Smirnov-Klans, wurde von allen Abgaben befreit und besitzt exklusive Rechte an Einfuhr-Ausfuhr Geschäfte von Öl, Gas, Tabak und Alkohol<sup>210</sup>.

Die illegalen Geschäfte der transnistrischen Nomenklatur sichern aber keinesfalls das Überleben der separatistischen Gebilde, dafür sorgt die ökonomische Hilfe aus Moskau, wie Nicu Popescu festgestellt hat: "Transnistria could not have emerged without Russia, nor could it have survived"<sup>211</sup>. Diese Aussage untermauert Popescu mit der Gas-Politik der Russischen Föderation in Transnistrien. Die Industrie auf dem linksseitigen Ufer, so wie auf der rechten Ufer, ist von den russischen Gaslieferung abhängig. 2011 beliefen sich die transnistrischen Gas-Schulden auf etwa 2,8 Milliarden US-Dollar<sup>212</sup>, von der russischen Regierung wird das zwar zur Kenntnis genommen, niemand denkt aber daran, den Gashahn abzdrehen. Als der Gashahn 2009 in der Ukraine abgedreht wurde, hatte die Ukraine etwa 2,4 Milliarden US-Dollar Schulden. Nur zum Vergleich: Die Ukraine hat in etwa 100 Mal mehr Bevölkerung, ist 170 Mal grösser und verfügt über ein Bruttoinlandsprodukt, das 300 Mal höher ist. Den Grund, weshalb Russland auf die Tilgung der Gasschulden nicht besteht, erklärt Smirnov folgendermaßen: „wir haben 150.000 russische Konsumenten, Staatsbürger der Russischen Föderation, zudem sind die größten Abnehmern, Unternehmen, die sich in russischen Besitz befinden...“<sup>213</sup>. Russland versucht also, seine Bevölkerung und sein Besitztum zu schützen – interessanterweise gilt das für die russische Bevölkerung und Unternehmen in der Ukraine nicht. Die russischen Staatsbürger und Unternehmen spielen sicher eine Rolle, entscheidend ist jedoch, den russischen Einfluss aufrechtzuerhalten, und das kann nur funktionieren, wenn die Bevölkerung zufrieden bleibt und ein gewisser

---

<sup>209</sup> Vgl. Widmer André: „Der Krösus im Armenhaus. Im Wunderland des moldauischen Serienmeisters Sheriff Tiraspol“. In: Neue Züricher Zeitung am 18. August 2010, unter: [http://www.nzz.ch/nachrichten/sport/fussball/der\\_kroesus\\_im\\_armenhaus\\_1.7249305.html](http://www.nzz.ch/nachrichten/sport/fussball/der_kroesus_im_armenhaus_1.7249305.html) (aufgerufen am 06. November 2011).

<sup>210</sup> Vgl. Ciobanu C. , 2007, S. 100-101.

<sup>211</sup> Popescu, 2011, S. 40.

<sup>212</sup> Vgl. o.V.: „Smirnov: Ofitsial'noï zadolzhennosti pered Rossiyeï za gaz u Pridnestrov'ya net“. In: Regnum Nachrichtenagentur am 03. Dezember 2011, unter <http://www.regnum.ru/news/polit/1474559.html> (aufgerufen am 20. Dezember 2011).

<sup>213</sup> Vgl. Ebd.

Lebensstandard garantiert wird, allerdings nimmt seit den 90er-Jahren die Bevölkerung in Transnistrien kontinuierlich ab, von ca. 725.400 Einwohnern 1989 hatte Transnistrien Ende 2011 offiziell nur mehr 514.000<sup>214</sup> Einwohner.

Interessant ist auch ein anderer Aspekt in der Aussage von Smirnov, nämlich in Bezug auf die russischen Firmen auf der linken Seite des Dnjestr. Beinahe alle strategische Unternehmen in Metallurgie-, Maschinenbau-, Wein-, Energie- und Leichtindustrie auf der linksseitigen Ufer befinden sich im russischen oder ukrainischen Besitz. Rechtlich gesehen gehören die industriellen Anlagen der Republik Moldau und nur die Regierung in Chişinău kann diese Anlagen privatisieren. Proteste aus Chişinău blieben bis jetzt unerhört.

Russland unterstützt ebenso den Staatshaushalt der PMR. Anatoli Kaminski, der jetzige Parlamentsvorsitzende, erklärte Ende 2010 in einem Interview für RIA Novosti, dass aus eigenen Einnahmen lediglich ein Drittel der geplanten Ausgaben (für 2011) gedeckt sein werden<sup>215</sup>. Das bedeutet, dass Russland sich am Haushalt beteiligen wird. Transnistrien kann keine Hilfe beim Währungsfond oder Weltbank oder bei einer sonstigen internationalen Kreditgeberinstitution beantragen. Kaminski erläuterte auch, welche finanzielle Hilfe Tiraspol bis 2010 aus Moskau erhalten hat: 2006 70 Millionen US-Dollar, 2008 weitere 9 Millionen und zwischen 2008 und 2010 war es dank der russischen Hilfe möglich, jedem Pensionisten die monatliche Pension mit 15 US-Dollar zu erhöhen. Die höhere Pension und das niedrige Pensionsantrittsalter<sup>216</sup>, haben die moldauische Bevölkerung in Rayon Dubăsari dazu bewegt, einen transnistrischen Pass zu beantragen<sup>217</sup>.

---

<sup>214</sup> Vgl. Kuryleva, Olga: „Za 9 mesyatsev 2011 goda naselenie Pridnestrovya umenshilos bol'ee chem na 3,5 tysyachi chelovek“. In: Novyi Region am 01. November 2011, unter: <http://www.nr2ru.com/pmr/355928.html> (aufgerufen am 05. Dezember 2011).

<sup>215</sup> Vgl. Sanduta, Vladimir: „Kaminski: "Obnovlenie" namereno poluchit' bol'shinstvo v parlamente“. In: Ria Novosti am 03. Dezember 2011, unter: <http://ria.ru/interview/20101203/303954181.html> (aufgerufen am 20. Dezember 2011).

<sup>216</sup> Das Pensionsantrittsalter in Transnistrien liegt bei 55 Jahren für alle. Frauen in einer prekären Lage oder mit Kindern dürfen bereits mit 50 Jahren in Pension gehen. In der RM dagegen können die Frauen erst mit 57 Jahren und Männer mit 62 Jahren in Pension gehen.

<sup>217</sup> Vgl. Zaharia, Viorica: „Zvonuri privind cereri colective de cetatenie transnistriana“. In: Radio Europa Libera am 07. September 2011, unter: <http://www.europalibera.org/content/article/1816928.htm> (aufgerufen am 30. Dezember 2012).

Genauso wie in anderen separatistischen Enklaven (Südossetien und Abchasien) werden auch in Transnistrien russische Pässe in sehr hoher Anzahl ausgestellt. Seit 1992 wurden in Transnistrien um die 160.000 Pässe ausgestellt<sup>218</sup>, das macht ein Drittel der in Transnistrien lebenden Bevölkerung aus. Die hohe Anzahl an russischen Staatsbürgern auf dem moldauischen Gebiet ist eine tickende Zeitbombe und macht langfristig aus Transnistrien ein zweites Kaliningrad. Moskau hat offen den Wunsch bekundet, seine Armee dauerhaft in Transnistrien zu stationieren. Das stärkt die Verhandlungsposition Russlands und es könnte, im Falle einer Konflikteskalation, die hohe Anzahl der russischen Staatsbürger als Vorwand für einen direkten militärischen Angriff zum Schutz der eigenen Bevölkerung, ausnutzen. Sogar ein russisches Konsulat wurde, ohne Genehmigung Chişinău, auf dem linksseitigen Gebiet betrieben, obwohl von Russland dies stets abgestritten wurde. Seit Mitte Juli 2011 ist die Passvergabe aufgrund „technischer“ Probleme auf unbestimmte Zeit nur noch in Chişinău möglich<sup>219</sup>.

In April 1991 hat die sowjetische Bank *Agroprombank* die erste unabhängige transnistrische Bank gegründet und fungierte bis Anfang 1992 als eine Zentralbank<sup>220</sup>. Dadurch konnten Zahlungen in den moldauischen Haushalt vermieden werden. Bedenkt man aber, dass die Wirtschaftsleistung Transnistriens beinahe 40% der MSSR ausgemacht hat, wurde Chişinău dadurch sehr stark unter Druck gesetzt. Agroprombank hat den Baustein des Bankensystems in Transnistrien gelegt und die meisten russischen Banken betreiben heute in Transnistrien eigene Filialen.

Transnistrien war während der Sowjetunion nicht nur Zentrum der Schwerindustrie der Republik, sondern auch Zentrum der Militärindustrie. Auf dem MSSR-Gebiet und in der Ukraine war die sowjetische 14. Armee stationiert und hatte die Hauptaufgabe, im Falle eines Krieges gegen NATO einen

---

<sup>218</sup> Vgl. Antonov, Galina Mihail: „Komendantskiĭ chas v Pridnestrov'e“. In: Komsomol'skaya Pravda am 08. November 2011, unter: <http://kp.ru/daily/25783/2766621/> (aufgerufen am 25. Dezember 2011).

<sup>219</sup> Vgl. ebd.: Es wurde festgestellt, dass die Passvergabe in Transnistrien missbraucht wurde und dass diese Pässe überall auf der Welt verteilt wurden, wie z. B. in Tschetschenien, Kasachstan oder Afghanistan.

<sup>220</sup> Vgl. Borgen & Meyer, 2006, S. 67, auch unter: International Crisis Group, 2004, S. 8.

schnellen Zugriff auf den Balkan zu sichern. In dieser Zeit spielte MSSR eine globale strategische Bedeutung<sup>221</sup>, denn die 14. Armee hatte zusätzlich die Aufgabe, im Notfall auch eine strategische Offensive auf dem Suezkanal und an der Nordküste Afrikas durchzuführen. Die 14. Armee bestand aus drei Schützendivisionen: die 86. Division in Bălți, die 59. Division in Tiraspol die 14. Division in Belgorod und aus einer motorisierten Division, die 69. in Bolgrad. Das Hauptquartier wurde 1985 von Chişinău nach Tiraspol verlegt. Die Armee hatte Anfang der 90er-Jahre ein Kontingent von über 3.000 Offiziere und 60.000 Reservisten<sup>222</sup>, ein großer Teil davon hat in Transnistrien gelebt. Gemäß KSZE, im Jahre 1992, bestand die 14. Armee auf dem transnistrischen Gebiet aus 6.081 Mann, von denen 1.712 Offiziere und 4.369 Soldaten waren<sup>223</sup>. Im April 1995 wurde das verbliebene Kontingent der Armee auf dem transnistrischen Gebiet zur Operationellen Gruppe der Russischen Streitkräfte (OGRF) umbenannt.

Die militärische Anwesenheit vor Ort ist ausschlaggebend für den Verlauf der sezessionistischen Bewegungen gewesen: Der sezessionistische Prozess wurde beschleunigt, die lokale Elite gestärkt, militärisches Know-how und Technik zur Verfügung gestellt und letztendlich hat die 14. Armee in der militärischen Auseinandersetzung für die Separatisten parteiergriffen. Die Armee hat aber auch die Rolle gehabt, die geopolitischen Interessen der Sowjetunion und später der Russischen Föderation in der Region durchzusetzen, sie galt als Faustpfand für den weiteren Einfluss der Russischen Föderation sowie für eine kulturelle, wirtschaftliche und politische Selbstständigkeit der slawischen Bevölkerung vor Ort.

Auch nachdem der Konflikt eingefroren wurde, hat das Militär die Separatisten unterstützt. Die russischen Sicherheitskräfte haben sich keine Mühe gegeben, die „gestohlenen“ Waffen und Militärgeräte zurückzuverlangen, sie wurden einfach abgeschrieben. Zumindest bis zum Jahr 2001 haben russische Offiziere die transnistrische Streitkräfte ausgebildet. Die Angehörigen der 14. Armee

---

<sup>221</sup> Vgl. Gribincea M., 2001, S. 145.

<sup>222</sup> Vgl. Graf, 2010, S. 264.

<sup>223</sup> Vgl. Vessels, 2011, S. 32.

haben in Transnistrien an Militärparaden und verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen teilgenommen. Der Befehlshaber der 14. Armee, General Lebed, wurde am 11. September 1993 sogar zum Obersten Sowjet der PMR gewählt<sup>224</sup>.

Die Militärindustrie ist der wichtigste Wirtschaftszweig in Transnistrien und dank Hilfe und Know-how aus Moskau fand in den Jahren 1993 bis 1994 eine Modernisierung statt, sodass die Industrie in der Lage war, High-Tech-Waffen zu bauen<sup>225</sup>. Die Aufträge kommen direkt von russischen Staatsunternehmen, wie *РОСВООРУЖЕНИЕ* (*Rosvooruzhenie*), und die gefertigten Waffen werden auf der ganzen Welt verkauft.

Die ökonomische und militärische Hilfe aus Russland sichert das Überleben des separatistischen Regimes, stärkt die Loyalität der Bevölkerung und unterminiert Chişinăus Anstrengungen, einen Konsens mit den Separatisten zu erreichen.

## 5.2. Ukraine

Ukraine ist der östliche Nachbar der Republik Moldau und nimmt dank ihrer geografischen Lage und der vielen ethnischen Ukrainer auf der linken Seite eine entscheidende Rolle in der Konfliktlösung ein. Anders als in den Konflikten in Abchasien und Südossetien hat Transnistrien keine gemeinsame Grenze mit Russland und auch keinen Zugang zum Meer. Aus diesem Grund hängt die Existenz des Regimes ebenso von der Ukraine ab.

Die Ereignisse in Transnistrien können weitreichende Folgen für den ukrainischen Staat haben, aufgrund dessen hat sich in den letzten Jahren das Engagement aus Kiew zur Lösungsfindung des Konflikts intensiviert. Ein weiterer Grund sind die ukrainischen Aspirationen für den Anschluss an die EU durch ein weitreichendes Assoziierungs- und Freihandelsabkommen, das zu einer Anpassung der ukrainischen Politik an die europäische führt. Kiews

<sup>224</sup> Vgl. Case of Ilascu and others v. Moldova and Russia. S. 42.

<sup>225</sup> z. B: BM-21 (Mehrfachraketenwerfersystem), Minenwerfer (82 und 120-mm-Mörser), SPG-9 /SPG-7 (Panzerbüchse), GP-25 (Unterlauf-Granatwerfer), PM 9-mm / PSM 5,45-mm (Taschenpistole), usw. Vgl. Pintea, 2001, S. 9-10.



Position kann ein Gegengewicht zum russischen Einfluss in Transnistrien darstellen.

Ukraine hat von Beginn an versucht, sich so weit wie möglich aus dem Transnistrien-Konflikt herauszuhalten, da sie zu Beginn der 90er-Jahre selbst an mehreren Fronten zu kämpfen hatte und zu dieser Zeit auf ukrainischem Boden, in der Region Odessa, der Großteil der russischen 14. Armee stationiert war. Die Verschlechterung der Lage in Transnistrien im Frühling 1992 hat die ukrainische Regierung *gezwungen*, eine aktive Rolle einzunehmen, denn es bestand die Gefahr eines *Exports* des Konflikts auf das ukrainische Territorium.

Öffentlich hat die ukrainische Regierung Chişinău unterstützt und sprach sich gegen die Abspaltung des linksseitigen Ufers von der RM aus – dafür aber für eine autonome Republik innerhalb des moldauischen Staates. Auch wurde die moldauische Forderung nach einem Truppenabzug der russischen Armee von Beginn an unterstützt. Während aber die russische Außenpolitik von Anfang an eine aktive Rolle in der Konfliktlösung einnahm, hat Kiew, nach Einfrierung des Konflikts keinen Willen gezeigt, eine bedeutendere Rolle in der Verhandlung einzunehmen.

Während der Präsidentschaft von Leonid Kravchuk stand die Ukraine zwar erneut am Verhandlungstisch und ebenso unter Leonid Kutschma als Garantmacht und Vermittler im Verhandlungsprozess, trotzdem sind die ukrainischen Anstrengungen in der Transnistrien-Frage bescheiden geblieben. In den 90er-Jahren ist sogar eine Annäherung auf politischer Ebene, zwischen der transnistrischen und ukrainischen Führung zu beobachten gewesen. Smirnov wurde mehrmals vom ukrainischen Präsidenten und Außenminister empfangen.

Die ukrainisch-moldauische Beziehung wurde in dieser Zeit vor allem durch die Fragen der ethnischen Minderheiten, der Aufteilung des aus sowjetischen Zeiten geerbten Staatspatrimonium sowie der Klärung des Grenzverlaufs bestimmt<sup>226</sup>. Die Klärung des Grenzverlaufs sorgt noch heute für Spannungen

---

<sup>226</sup> Vgl. Buzogany & Marandici, 2008, S. 81.

in der bilateralen Beziehung der beiden Länder und verhindert eine engere Kooperation. Dabei sind viele moldauische und westliche Autoren der Meinung, dass die Regionalmacht Ukraine eine Schlüsselrolle in der Konfliktlösung einnehmen kann bzw. könnte.

Transnistrien ist unter anderem als das „schwarze Loch Europas“ bekannt und die politischen und ökonomischen Eliten aus der Ukraine haben in Bezug auf diesen Ruf eine wichtige Rolle gespielt. Die Neue Züricher Zeitung schreibt 2005 über die Kutschma Zeit Folgendes: „(er hat sich) nur nach den Wünschen des Kremls und der Banditen gerichtet, die den regen Schmuggel durch Transnistrien und die Ukraine kontrollieren“<sup>227</sup>. Die Region auf dem linksseitigen Ufer hat in der Sowjetunion enge Wirtschaftsbeziehungen mit dem Bezirk Odessa unterhalten. Heute spielt die Hafenstadt eine entscheidende Rolle in der Finanzierung der separatistischen Kräfte. Die bis zum Jahr 2005 schlecht abgesicherte *transnistrisch-ukrainische* Grenze – ist etwa 450km lang – sicherte das Überleben. Wie der Schmuggel funktionierte, wird in der *Frankfurter Allgemeine Zeitung* folgendermaßen erklärt:

*Alle Importgüter, welche die benachbarten Staaten Ukraine und Moldau mit hohen Zöllen und Steuern belegen, sind in den vergangenen Jahren konvoiweise als verplombte Transitware von den ukrainischen Schwarzmeershäfen nach Transnistrien gebracht worden, um von dort dann zollfrei über die schlecht gesicherte Grenze auf den großen Markt der Ukraine oder der Republik Moldau geschmuggelt zu werden*<sup>228</sup>.

Die Unterstützung des Schmuggels durch Wirtschaftseliten aus Kiew hat zur Etablierung des separatistischen Staates beigetragen und die moldauische Position in den Verhandlungen deutlich geschwächt.

Infolge der orangenen Revolution im Dezember 2004 fand in der ukrainischen Außenpolitik eine Neuorientierung statt, die sich auch auf die Regulierung des Transnistrien-Problems auswirkte. Die pro-westliche Regierung konnte, auf Betreiben der EU, dazu bewegt werden, eine schärfere Gangart gegenüber

<sup>227</sup> Vgl. Malek, 2006, S. 25-26.

<sup>228</sup> Schuller, 2011, S. 3.

Separatisten einzunehmen. Im Grunde genommen hat sich die Ukraine bereits 2004 bereit erklärt, keine Waren mehr aus Transnistrien herauszulassen, welche keine offiziellen moldauischen Zollstempeln<sup>229</sup> tragen. Der Widerstand der involvierten Akteure war jedoch so groß, dass erst Anfang 2006 die Vereinbarung umgesetzt. Auch hat die Europäische Grenzkontrollmission, zur Überwachung der moldauisch-ukrainischen Grenze ihre Arbeit aufgenommen.

Im selben Jahr wurde der Juschtschenko-Plan zur Konfliktregelung vorgestellt, der unter anderem eine Demokratisierung und Demilitarisierung der Region vorsah. Zwar wurde der Abzug der russischen Armee in Transnistrien nicht angesprochen, aus Sorge, die angespannten Beziehungen zu Russland nicht noch weiter zu belasten, spiegelt doch der Plan die Interessen Kiews wider. Die Ukraine hat ein wesentliches Interesse an der Existenz der Republik Moldau in ihren gegenwärtigen rechtmäßigen Grenzen und zwar weil alle andere Szenarien eine Bedrohungen für die ukrainische Sicherheit darstellen. Die in den letzten Jahren diskutierte Föderalisierung der Republik Moldau könnte unangenehme Folgen haben und die Ukraine wäre nach der RM der große Verlierer eines solchen Geschäftes:

1. Der russische Einfluss würde zunehmen, das zweite Kaliningrad wäre Realität. Es würde eine „Einkreisung“ der Ukraine erfolgen, was dazu führen würde, dass die Verhandlungsposition der Ukraine gegenüber Russland deutlich geschwächt wird. Bereits jetzt wird Transnistrien als Druckmittel gegen die Ukraine eingesetzt. Die jugendliche Organisation *Proriv*, die ursprünglich in Transnistrien von Moskau geschaffen und finanziert wurde, hat ihre Filialen auf der Krim eröffnet und promoviert dort den transnistrischen Separatismus sowie die russischen nationalistischen Ideen<sup>230</sup>.
2. Ein Anschluss der PMR an die Ukraine – immer wieder wird diese Möglichkeit von Separatisten in Betracht gezogen – ist mit noch mehr

---

<sup>229</sup> Obwohl die Regierung in Kiew die Aussetzung der Eisenbahn-Verbindung mit PMR beschlossen hat, wurde dies erst mit mehrmonatiger Verzögerung von der ukrainischen Eisenbahn befolgt. Vgl. Belitser N., et al.: „Transnistrian problem: a view from Ukraine“, (2009), S. 28, unter: [www.irf.ua/files/eng/text\\_eng.pdf](http://www.irf.ua/files/eng/text_eng.pdf) (aufgerufen am 15. Dezember 2011).

<sup>230</sup> Vgl. Mînzărari, 2009, S. 25

Risiko für Kiew verbunden. Transnistrien war bis zum Jahr 1940 Teil der sowjetischen Ukraine. Ein Anschluss Transnistriens würde Bedingungen für eine Prüfung der ukrainischen Grenzen schaffen. Insbesondere Rumänien könnte so Anspruch auf Nordbukowina und Südbessarabien erheben. Das ist wahrscheinlich der Hauptgrund, warum in Kiew nicht beharrt wird, dass Transnistrien ein ukrainisches Gebiet wäre. Sollte es zu Grenzänderungen kommen, könnte das separatistische Potenzial innerhalb der Ukraine zunehmen. Das Konfliktpotenzial auf der pro-russischen Krim ist besonders hoch und hat bereits jetzt den Status einer Autonomen Republik innerhalb der Ukraine. Auch zwischen Westen und Osten des Landes gibt es Spannungen, das konnte man vor allem beobachten, als es darum ging, ob die Ukraine der NATO beitreten soll.

Im Jahr 2010 gewann Wiktor Janukowytsch, der sich für eine Annäherung an Russland aussprach, die Präsidentschaftswahl. Zwar ist eine Annäherung in der ukrainisch-russischen Beziehung zu beobachten, trotzdem hat sich an den Bemühungen Kiews, den europäischen Weg zu befolgen, wenig geändert, obwohl sich in den letzten Monaten Kiews Fortschritte verlangsamt haben. Solange eine Integration Kiews in die europäischen Strukturen gewünscht ist, wird sich an die positive Rolle der Ukraine im Transnistrien-Konflikt nichts ändern, dafür wird der Druck aus Europa sorgen. Die Hoffnungen der Separatisten, bessere Beziehungen mit der Regierung in Kiew herzustellen, haben sich bisher nicht erfüllt und die erhoffte *Öffnung* der Grenzen hat nicht stattgefunden. Das Mandat der EUBAM-Mission wurde 2011 sogar bis Jahr 2015 verlängert.

### 5.3. Rumänien

Wie bereits im geschichtlichen Kapitel erläutert, handelt es sich bei Bessarabien um ein rumänisches Gebiet, während Transnistrien seit Jahrhunderten ein mit rumänischer Bevölkerung besetztes Gebiet ist. Anders als es zu erwarten wäre, hat Rumänien lediglich kurz eine Rolle in der Konfliktlösung gehabt. Es hat zu Beginn der Konfrontation eine wichtige Rolle eingenommen und hat die Moldauische Republik auf der internationalen Bühne unterstützt. Rumänien war auch das erste Land, das die Unabhängigkeit Moldaus anerkannt hat und auf dessen Vorschlag der sogenannte *Vierer Mechanismus* ins Leben gerufen, es hat sich aber genauso schnell zurückgezogen, nachdem das Abkommen am 21. Juli 1992 zwischen Chişinău und Moskau zustande gekommen ist.

Die Ereignisse auf der linken Seite des Dnjestr haben entschieden dazu beigetragen, dass die Beziehungen zwischen den beiden Ländern, die Ende der 80er-Jahren - Anfang der 90er-Jahren ihren Höhepunkt erreicht haben, sich deutlich abkühlen. In den Umbruchjahren 1990/91 erschien die Option einer Wiedervereinigung mit Rumänien durchaus realistisch und die rumänische Staatssymbole ersetzten die sowjetischen. Nach der ersten Euphorie kam es zu einer zunehmenden Abwendung von der Idee einer Wiedervereinigung: Die ethnischen Minderheiten und Russland wandten sich massiv gegen die Rumänisierung des Landes, die Wirtschaftskrise in Rumänien ließ den Anschluss nicht als sehr lukrativ erscheinen und die moldauischen Eliten wollten ihre gerade erst gewonnenen Positionen nicht aufgeben.

Die unglücklichen Entscheidungen in Chişinău, die Verfassungsänderung von 1994, als die moldauische Regierung die Staatssprache von *Rumänisch* auf *Moldauisch* umänderte, haben zwischen Chişinău und Bucureşti die erste große Krise hervorgerufen. Während Russland seinen Einfluss in der Moldau ausweitete, hat Rumänien sich aus der moldauischen Frage herausgehalten, um die Vorbereitungen für den NATO- und EU-Beitritt nicht zu gefährden. Obwohl Rumänien im Jahr 2001 den OSZE-Vorsitz hatte und es das Jahr war, als Russland seine OSZE-Verpflichtung von Istanbul 1999 nachkommen sollte, hat Rumänien die Transnistrien-Frage an den nächsten Vorsitz der OSZE (den

portugiesischen) übergeben. Rumänien hat dadurch die größte Möglichkeit verpasst, wieder Teil der Verhandlungen zu sein, wahrscheinlich wollte Bukarest den Verhandlungsprozess mit Moskau über den bilateralen Grundlagenvertrag nicht gefährden<sup>231</sup>. Das Jahr 2001 mit der Rückkehr der kommunistischen Partei an die Macht in Moldau hat einen neuen Tiefpunkt zwischen den beiden Ländern markiert<sup>232</sup>.

Nach den Präsidentschaftswahlen in Rumänien 2004 ändert sich die Außenpolitik gegenüber RM substantiell. Der rumänische Präsident Traian Băsescu sprach sich für eine aktivere Außenpolitik im Schwarzmeerraum aus, dabei nimmt die Regelung des Transnistrien-Konflikts eine zentrale Rolle ein<sup>233</sup>. Băsescu plädierte für eine Erweiterung des bisherigen Verhandlungsformats, wo auch Rumänien, USA und EU mit den anderen Verhandlungspartnern gleichgestellt werden, allerdings blieben seine Bemühungen ohne Erfolg.

Während sich die Ukraine und Russland für eine Föderation Moldaus einsetzten, glaubt Rumänien an eine Reglementierung der Transnistrien-Frage nicht mehr. Traian Băsescu, der eine seiner ersten Auslandsreisen als rumänischer Präsident nach Moskau gemacht hat, glaubt, dass Russland seine Friedenstruppen aus Transnistrien nicht mehr abziehen wird und dass wir Zeugen eines zweiten Kaliningrads werden<sup>234</sup>. Die rumänischen Politiker vertreten die Meinung, dass Transnistrien ein Hindernis für die Entwicklung Moldaus und ein Hemmnis auf dem Weg der Integration in die europäische

---

<sup>231</sup> Nach über zehnjährigen Verhandlungen wurde der Grundlagenvertrag am 04. Juli 2003 zwischen Moskau und Bukarest unterzeichnet.

<sup>232</sup> 1. Die russische Sprache sollte die zweite offizielle Sprache, nach „Moldauisch“ werden. 2. Das Studieren der moldauischen Geschichte statt der rumänischen in der Schule. 3. Das Problem der Orthodoxen Kirche Bessarabiens, die erst 2002 offiziell in Moldau zugelassen wurde, nachdem der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte 2001 Moldau wegen Verletzung der Religionsfreiheit verurteilt hat. 4. Die Vergabe rumänischer Pässe an die moldauische Bevölkerung. 5. Der freie Grenzverkehr zwischen den beiden Ländern ist eingeschränkt: Moldauische Bürger benötigen seit Juli 2001 einen Reisepass, während zuvor der Personalausweis ausreichend gewesen war.

<sup>233</sup> Vgl. Fati, 2005, S. 11.

<sup>234</sup> Vgl. o.V.: „România a expulzat trei diplomați ruși în scandalul de spionaj cu Ucraina - raport austriac“. In Cotidianul am 17. Mai 2009, unter: [http://old.cotidianul.ro/romania\\_a\\_expulzat\\_trei\\_diplomati\\_rusi\\_in\\_scandalul\\_de\\_spionaj\\_cu\\_ucraina\\_raport\\_austriac-84721.html](http://old.cotidianul.ro/romania_a_expulzat_trei_diplomati_rusi_in_scandalul_de_spionaj_cu_ucraina_raport_austriac-84721.html) (aufgerufen am 20. Dezember 2011).

Strukturen ist<sup>235</sup>. Mit Zypern gibt es schon ein Land in der EU, das auch ohne die Regelung des Konflikts aufgenommen wurde, nur sieht Europa, insbesondere Deutschland, die Aufnahme Zyperns als einen großen Fehler und wird so etwas nicht nochmal wiederholen. Chişinău sollte wenigstens für kurze Zeit Transnistrien aufgeben, damit die europäische Integration abgeschlossen wird, sonst besteht die Gefahr, dass beides verloren geht, so der Tenor aus Bukarest.

#### 5.4. EU

Eine Annäherung in der Beziehung der Europäischen Union zur Republik Moldau wurde erst am 28. November 1994 mit der Unterzeichnung des Partnerschafts- und Kooperationsabkommen unternommen. Am 1. Juli 1998 ist das Abkommen in Kraft getreten und stellt die Basis für die Beziehungen zwischen der EU und der RM dar. Dieses Abkommen hat vor allem das Ziel: „eine Grundlage für die Zusammenarbeit in den Bereichen Gesetzgebung, Wirtschaft, Soziales, Finanzen, zivile Wissenschaft sowie Technik und Kultur“<sup>236</sup> anzustrengen.

Anders als die baltischen Republiken hat die RM nach ihrer Unabhängigkeit wenig Unterstützung vonseiten der Europäischen Union erfahren. Die Appelle der moldauischen Regierung an die europäischen Staaten, Stellung gegen die Aggression der 14. Armee zu beziehen, während des Konflikts in Transnistrien, wurden ignoriert. Das stellte sich im Nachhinein als ein großer Fehler heraus, denn durch diese Schweigepolitik wurde Russland gestärkt, ebenso in anderen ehemaligen Sowjetrepubliken *Ordnung* zu machen. Der große ökonomische und politische Einfluss der Russischen Föderation hat die Regierung in Chişinău veranlasst, neue Partnerschaften zu suchen. Die außenpolitische Konzeption der RM, die erste und die einzige bis heute, wurde 1995

<sup>235</sup> Vgl. Cioroianu, 2010, S. 54.

<sup>236</sup> Das Portal der Europäischen Union: „Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA): Russland, Osteuropa, Südkaukasus und Zentralasien“, (29. September 2010), unter: [http://europa.eu/legislation\\_summaries/external\\_relations/relations\\_with\\_third\\_countries/eastern\\_europe\\_and\\_central\\_asia/r17002\\_de.htm](http://europa.eu/legislation_summaries/external_relations/relations_with_third_countries/eastern_europe_and_central_asia/r17002_de.htm) (aufgerufen am 19. Dezember 2011).

beschlossen und sieht die europäische Integration und den EU-Beitritt als das Hauptziel der moldauischen Außenpolitik<sup>237</sup>. Im Jahr 2001, durch die Aufnahme in den Stabilitätspakt für Südosteuropa, wurden neue Perspektiven für die EU-Ambitionen Moldaus eröffnet. Allerdings hat der Sieg der kommunistischen Partei in den Parlamentswahlen, im gleichen Jahr, eine Periode der Stagnation in der EU-Beziehungen markiert. Vladimir Voronin, moldauischer Präsident zwischen 2001 und 2009, hat sich für eine engere Anbindung an Russland ausgesprochen, in der Hoffnung, die Reintegration Moldaus voranzutreiben. Das „Kozak Memorandum“ und die Entscheidung Voronins, kurz vor Unterzeichnung, das Abkommen nicht zu unterschreiben, hat die moldauisch-russischen Beziehungen in den letzten acht Jahren geprägt und stellt die erste direkte Intervention der Europäischen Union in Transnistrien-Frage dar. Die EU hat maßgeblich dazu beigetragen, dass das *Kozak Memorandum*, das eine Stationierung der russischen Armee in Transnistrien bis 2020 vorsah, nicht zustande kommt. Die Verschlechterung der russisch-moldauischen Beziehung führte dazu, dass die kommunistische Regierung eine engere Kooperation mit der EU angestrebt hat.

Seit 1991 unterstützt die EU Moldau auch finanziell: z.B. durch den *Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States* (TACIS) – ein Programm zur Unterstützung vor allem der Verwaltungs-, Wirtschafts- und Landwirtschaftsreformen. Dieses Programm ist 2006 abgelaufen und wurde durch die Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI) ersetzt.

---

<sup>237</sup> Parlamentsbeschluss der Republik Moldau Nr. 368: über die Außenpolitische Konzeption der Republik Moldau am 08.02.1995.



Die Unterstützung der Republik Moldau durch EU (in EUR Millionen)										
	1991	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	TOTAL
	-									
	1998									
TACIS national	41,10	14,70	-	14,80	-	25,00	-	42,00	-	137,60
Kooperation TACIS genzüberschreitend	-	-	2,00	3,00	1,10	2,00	1,00	3,60	10,00	22,70
TACIS regional	-	-	0,90	-	1,25	-	6,60	5,10	12,30	26,15
FSP Programm	-	-	5,50	-	10,40	-	10,00	-	10,00	35,90
Finanzielle Hilfe	87,00	-	-	-	-	-	-	-	-	87,00
Humanitäre Hilfe	-	3,90	0,80	0,80	-	-	-	-	-	5,50
PVD-ONG Kofinanzierung	-	-	-	-	-	0,50	-	-	-	0,50
EIDHR	-	-	0,20	0,47	-	-	-	-	-	0,67
SPP	-	-	-	4,70	-	-	-	-	-	4,70
<b>TOTAL</b>	<b>128,10</b>	<b>18,60</b>	<b>9,40</b>	<b>23,77</b>	<b>12,75</b>	<b>27,50</b>	<b>17,60</b>	<b>50,70</b>	<b>32,30</b>	<b>320,72</b>

**Tabelle 1** Die Unterstützung der Republik Moldau durch EU. Quelle: Außenministerium der Republik Moldau: <http://www.mfa.gov.md/privire-general/a/> (aufgerufen 20. Dezember 2011).

Zwischen 1991 und 2006 hat die RM etwa 320€ Millionen an Finanzhilfe aus Brüssel erhalten. Wird aber die EU-Finanzhilfe für Kosovo, in den Jahren 1998 bis 2006, als Vergleich herangezogen, dann ergibt sich ein gutes Porträt, welcher Region in der EU die höchste Priorität beigemessen wird. So hat Republik Moldau in diesem Zeitraum ca. 210€ Millionen erhalten, während die EU-Finanzhilfe für Kosovo sich auf ca. 1.120€ Millionen<sup>238</sup> belaufen. Die Pro-Kopf-Rechnung ergibt eine noch größere Differenz, die RM hat rund 6€ pro Kopf erhalten und Kosovo ist auf etwa mehr als 73€ pro Kopf gekommen, also 12 Mal mehr Finanzmittel. Vergleicht man die Finanzhilfen der Staatgemeinschaft zwischen 2000 und 2004, ergibt sich das gleiche Bild. Die RM hat rund 31€ pro Kopf erhalten und Kosovo rund 385€<sup>239</sup>.

Bereits das Jahr 2002 zeichnet ab, dass sich das passive EU-Engagement in Moldau ändern wird, ein Papier der EU-Kommission stellte Folgendes fest:

*Moldova's stability clearly matters to the EU. Within a few years, Moldova will be on the borders of an enlarged EU. It has been destabilised by*

<sup>238</sup> Vgl. The European Agency for Reconstruction: "Annual Report 2007", (30. Mai 2008), S. 62, unter: <http://ec.europa.eu/enlargement/archives/ear/publications/main/documents/AnnualReportJan-Dec2007.pdf> (aufgerufen am 20. Dezember 2011).

<sup>239</sup> Vgl. Auer, 2006, S. 253.

*weak government, armed conflict and secession, near economic collapse, organised crime and emigration [...] The EU needs to help Moldova address these problems*<sup>240</sup>.

Im Mai 2004 sind zehn Länder der EU beigetreten. Mit Lettland, Estland und Litauen wurden drei ehemalige Sowjetrepubliken Teil der EU und die europäischen Grenzen haben sich nach Osten verschoben. Mit dem EU-Beitritt Rumäniens 2007 hatte die EU eine gemeinsame Grenze mit der Republik Moldau und ein neuer Ansatz der europäischen Politik gegenüber Chişinău wurde fällig. Das Europäische Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument wurde 2004 mit dem Ziel gegründet:

*Die Entstehung neuer Trennlinien zwischen der erweiterten EU und unseren Nachbarn zu verhindern und stattdessen Wohlstand, Stabilität und Sicherheit aller Beteiligten zu stärken und sollte für die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung und die Annäherung an die Politiken und Standards der EU ausgerichtet (sein)*<sup>241</sup>.

Das Jahr 2005 markiert einen Wendepunkt in den moldauischen Beziehungen zur EU:

- Der ENPI-Aktionsplan EU-Moldau wurde adoptiert, der unter anderem eine *Europäisierung* Moldaus und eine aktivere Rolle der EU zur Lösung des Transnistrien-Konflikts vorsah.
- Gleichzeitig wurde ein EU-Verbindungsbüro in Chişinău eröffnet und Adriaan Jacobovits de Szeged zum EU-Sonderbeauftragten für Moldau ernannt.
- Zusätzlich wurde die Europäische Grenzmission an der moldauischen-ukrainischen Grenze gestartet.
- Das bisherige Verhandlungsformat wurde auf „5+2“ erweitert und die EU und USA haben den Beobachterstatus erhalten. Das eröffnet eine neue

<sup>240</sup> Popescu, 2005, S. 29.

<sup>241</sup> Europäische Kommission: „Die Politik: Was ist die Europäische Nachbarschaftspolitik?“, (12. Dezember 2009), unter: [http://ec.europa.eu/world/enp/policy\\_de.htm](http://ec.europa.eu/world/enp/policy_de.htm) (aufgerufen am 20. Dezember 2011).

Perspektive, eine angemessene Lösung für die Konfliktregulierung zu identifizieren.

Obwohl Russland und die separatistische Führung versucht haben, die Rolle der beiden neuen Akteure zu untergraben, hat insbesondere die Einbindung der EU in den Verhandlungen zur Internationalisierung des Konflikts beigetragen.

Auch wenn die offiziellen Verhandlungen auf die Dauer von fünf Jahren ausgesetzt wurden, haben sich in der Zwischenzeit die Bemühungen der Europäischen Union intensiviert, eine Lösung im Transnistrien-Konflikt zu finden. Ebenso hat die Beziehung zwischen Chişinău und Brüssel, nachdem die pro-westlichen Mächte die Wahlen 2009 gewonnen haben, neue Höhepunkte erreicht.

Im Jahr 2009 wurde die *Östliche Partnerschaft* (EP) im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik gegründet. Neben der Republik Moldau sind weitere fünf osteuropäische und asiatische Länder Teil davon: Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Ukraine und Weißrussland. Das erklärte Hauptziel dieser Partnerschaft ist eine enge politische und ökonomische Anbindung an EU<sup>242</sup>. Innerhalb kürzester Zeit wurde die Republik Moldau ein *Erfolgsmärchen* für die europäische Außenpolitik. Die Verhandlungen für das Freihandelsabkommen und die Visa-Erleichterung schreiten sehr schnell voran. Innerhalb der Östlichen Partnerschaft macht die RM die besten Fortschritte<sup>243</sup> und wenn es nach der Regierung in Chişinău geht, soll bereits 2012 die Visa-Pflicht für das Land fallen<sup>244</sup>.

Die Vertiefung der Beziehung zwischen der EU und der Republik Moldau, sollte dies eine langandauernde Beziehung bleiben, wird sich unmittelbar auch auf die

---

<sup>242</sup> Vgl. Auswärtiges Amt Deutschland: „Die Östliche Partnerschaft“, (9. September 2011), unter: [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/Aussenpolitik/Regionalabkommen/Oestliche%20Partnerschaft\\_node.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/Aussenpolitik/Regionalabkommen/Oestliche%20Partnerschaft_node.html) (aufgerufen am 20. Dezember 2011).

<sup>243</sup> Vgl. Solonenko, et al.: „European integration index for Eastern Partnership countries“ (November 2011), S. 9, unter: <http://www.irf.ua/files/ukr/programs/euro/eap%20index%20pilot%20edition.pdf> (aufgerufen am 15. Dezember 2011).

<sup>244</sup> Vgl. o.V.: „Ministrul de externe Iurie Leancă e încrezător că Moldova va obține liberalizarea vizelor cu UE“. In: Radio Europa Libera am 11. November 2011, unter: <http://www.europalibera.org/content/news/24393463.html> (aufgerufen am 03. Dezember 2011).

linksseitige Region auswirken. Die EUBAM-Mission war der erste große Schritt in diese Richtung und hat die Anziehungskraft für die Beibehaltung des Status quo verringert. Die Vertiefung Moldaus in die europäischen Strukturen, verbunden mit einer Steigerung des Lebensstandards und die Liberalisierung der Visa-Regelung werden unweigerlich die Attraktivität des rechtsseitigen Ufers in den Augen der *Transnistrier* steigern. Transnistrien, wenn auch die Rhetorik der lokalen Führung etwas anderes vermuten lässt, ist schon heute von EU abhängig: Moldau exportiert 52% seiner Waren in die EU, davon kommen ca. 70%<sup>245</sup> aus der linksseitigen Ufer.

## 5.5. USA

Das Jahr 2011 stellte ein überaus erfolgreiches Jahr in den moldauisch-amerikanischen Beziehungen dar, nachdem Joe Biden, der amerikanische Vizepräsident, Moldau im März besucht hat. In seiner Rede an das moldauische Volk bekundete er die volle Unterstützung Amerikas für den europäischen Weg Moldaus und für die Regulierung des Transnistrien-Konflikts:

*On Transnistria, America has supported and will continue to support a settlement, not any settlement, but a settlement that preserves Moldova's sovereignty and territorial integrity within your internationally recognized borders. Formal negotiations with a real agenda should resume as soon as possible. Transnistria's future lies inside Moldova, within the community of Europe. The people of Moldova deserve an end to a dispute that has divided this great country for far too long*<sup>246</sup>.

Die Vereinigten Staaten waren unter den ersten Staaten, die die Unabhängigkeit der Republik Moldau anerkannt haben, doch genauso wie die internationale Gemeinschaft, haben auch sie spät auf die Ereignisse im

<sup>245</sup> Vgl. Ciurea, Litra, Berbeca, & Fala, 2010, S. 16.

<sup>246</sup> Rede von Joe Biden am 11. März 2011 auf den „Teatrul de Operă și Balet“ Platz, unter: <http://m.whitehouse.gov/the-press-office/2011/03/11/remarks-vice-president-joe-biden-chisinau-moldova> (aufgerufen am 01. Dezember 2011).

Frühling/Sommer 1992 reagiert<sup>247</sup>. Seitdem meldet sich Washington in regelmäßigen Abständen zu Wort und bekundet seine Unterstützung für einen Abzug der russischen Armee und setzt sich für die territoriale Integrität Moldaus ein.

In der Konfliktreglementierung spielen die Vereinigten Staaten eher eine untergeordnete Rolle, tragen aber dazu bei, den internationalen Druck auf Russland zu erhöhen. Die USA hat eine bestimmte Politik im Transnistrien-Konflikt vermieden und betrachtet den Schwarzmeerraum im globalen Kontext sowie durch das Binom *Stabilität-Instabilität*<sup>248</sup>. So gesehen ist der eingefrorene Konflikt in Moldau ein Instabilitätsfaktor für die gesamte Region.

Die Beziehungen zwischen Moldau und den Vereinigten Staaten haben im Jahr 2002, nachdem beschlossen wurde, Rumänien in die NATO aufzunehmen, eine neue Qualität erreicht. Auf Einladung des Präsidenten der USA, Georg W. Bush, hat Voronin in Dezember 2002 das Weiße Haus besucht. In der gemeinsamen Erklärung der Präsidenten wurde unter anderem unterstrichen, dass eine Lösung des Transnistrien-Konflikts lediglich durch den russischen Truppenabzug möglich ist. Ebenso wurde die amerikanische Unterstützung für die Souveränität und die territoriale Integrität der Republik Moldau erneut bestätigt, außerdem die Entschlossenheit, den Konflikt zu einer friedlichen Lösung zu führen<sup>249</sup>.

Nachdem 2005 das Verhandlungsformat erweitert wurde, haben die USA mit der EU den Beobachterstatus erhalten. Die USA waren aber bereits zuvor indirekt in den Verhandlungen eingebunden. Alle bis heute eingesetzten OSZE-Botschafter in der Republik Moldau kommen aus den USA.

David Kammer bemerkt, dass wenn zu Beginn der Obama-Präsidentschaft in dieser Region die Devise galt *Russia first*, so hat sich das in der letzten Zeit in

---

<sup>247</sup> Vgl. Chirtoacă, et al., 2007, S. 450.

<sup>248</sup> Vgl. Fati, 2005, S. 8.

<sup>249</sup> The White House: "Joint Statement by President George W. Bush and President Vladimir Voronin on U.S.-Moldovan Relations", (17.12.2002), unter: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2002/12/20021217-1.html> (aufgerufen am 01. Dezember 2011).

*Russia only* umgeändert<sup>250</sup>. Vor allem der Wille der Obama-Regierung, mit der russischen Regierung eine Lösung für die Ratifizierung des Vertrages über konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) zu finden, hat zu einer neuen amerikanischen Politik in der Region geführt sowie zu einem Neubeginn in den amerikanisch-russischen Beziehungen.

Selbst wenn ein Kompromiss zwischen NATO und Russland in den nächsten Jahren geschlossen wird, kann sich die USA aus der Republik Moldau nicht gänzlich zurückziehen. Eine Lösung des Transnistrien-Konflikts ist im Interesse Washingtons, für den der illegale Schmuggel mit Waffen in der Region ein großes Problem darstellt. Im Jahr 2005 hat der moldauische Präsident, Vladimir Voronin, behauptet, dass Moldau über Beweise verfügt, dass Waffen aus Transnistrien nach Irak geliefert wurden<sup>251</sup>. Diese Waffen würden für die amerikanischen Streitkräfte vor Ort ein großes Sicherheitsrisiko darstellen. Seit 2005 wurden an der moldauisch-ukrainischen Grenze 587 Fälle an Waffenschmuggel und zehn Verbote von radioaktiven Materialien registriert<sup>252</sup>.

Biden versprach für die nächsten fünf Jahre Finanzhilfe für den Aufbau der Landwirtschaft und der Infrastruktur des Landes in der Höhe von 262 Millionen US-Dollar<sup>253</sup> - das zeigt, dass trotz Neuausrichtung der amerikanischen Außenpolitik in der Region die Republik Moldau nicht gänzlich aufgegeben wird.

## 5.6. OSZE

Die OSZE-Mission in Moldau wurde am 3. Februar 1993 beschlossen, mit dem Auftrag, eine dauerhafte Lösung für den Transnistrien-Konflikt zu erarbeiten. Die Mission zählte von Beginn an „zu den bedeutenden Auslandsvertretungen

<sup>250</sup> Vgl. Kramer, David J.: „U.S. abandoning Russia's neighbors“. In: The Washington Post am 15. Mai 2010, unter: <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2010/05/14/AR2010051404496.html> (aufgerufen am 25. Dezember 2010).

<sup>251</sup> Vgl. Nanoi, Oazu: „The Case of the Republic of Moldova: What Could the European Union and the United States of America Do?“, (29. Oktober 2005), S. 9, unter: <http://www.ipp.md/download.php?file=cHVibGllL2NvbWVudGFyaWkvMzkvZW4vVHJhbnNuaXN0cmliBDb25mbGljdC1FVSBhbmQgU1VBX0VuZ2wyOS5kb2M%3D&id=71> (aufgerufen am 01. November 2011).

<sup>252</sup> Vgl. Lugar, Richard G.: „Enhancing non-proliferation partnerships in the Black Sea Region“, (27. September 2011), unter: <http://lugar.senate.gov/issues/foreign/Moldova/blacksea.pdf> (aufgerufen am 14. Dezember 2011).

<sup>253</sup> Rede von Joe Biden am 11. März 2011 auf den „Teatrul de Operă și Balet“ Platz.

und symbolisierte in den Augen der moldauischen Eliten die internationale Anerkennung der Unabhängigkeit des Landes“<sup>254</sup>. Tatsächlich waren die moldauischen Politiker überzeugt, dass die OSZE der Schlüssel zur Konfliktlösung ist. Als der Konflikt eskalierte, war Republik Moldau bereits vollständiges OSZE-Mitglied und trotz der offiziellen Hilfsansuchen für die Implementierung der friedenserhaltenden Mechanismen der OSZE hat sich die OSZE erst kurz, nachdem der Waffenstillstand beschlossen wurde und das Moskauer-Abkommen zwischen Jelzin und Snegur zustande gekommen ist, eingeschaltet. Klaus Neukirch, verleitet das zu der Aussage: „too little, too late (...) the preventive effect of the OSCE and the UN was quite limited“<sup>255</sup>.

Die Hoffnung der moldauischen Regierung, durch die Einbindung der OSZE eine schnelle Lösung zu finden, wurde nicht erfüllt. 20 Jahren nach den ersten Schlichtungsversuchen der OSZE konnten noch immer keine nennenswerten Erfolge verzeichnet werden.

Stefan Troebst stellt bereits 1997 fest: „kein spektakulärer Erfolg, aber Spannungen reduziert“<sup>256</sup>, das gilt heute noch. Die Vermittlerrolle der OSZE hat vor allem eines gezeigt: Eine Garantie für die zukünftige territoriale Integrität Moldaus gibt es nicht, auch wenn daran offiziell festgehalten wird. Die OSZE hat die Separatisten als Verhandlungspartner akzeptiert, das bedeutet, dass Verhandlungen mit Moldau auf gleichberechtigter Grundlage geführt werden und auf diese Weise der Status quo Transnistriens befestigt wird.

Eine der wichtigsten Funktionen der OSZE-Mission in der RM war die Stellvertretung der EU und USA in der Konfliktregulierung. Nichtsdestotrotz wäre es übertrieben zu behaupten, dass diese Mission ein Gegengewicht zur russischen Hilfe für die Separatisten darstellt<sup>257</sup>.

---

<sup>254</sup> Büscher, 2011, S. 24

<sup>255</sup> Neukirch, Klaus: „Russia and the OSCE- The influence of interested Third and disinterested Fourth Parties on the conflicts in Estonia and Moldova“, (Juli 2001), S. 5-6, unter: <http://www.ecmi.de/publications/detail/issue-22001-208/> (aufgerufen am 29. November 2011).

<sup>256</sup> Troebst, Stefan: „Kein spektakulärer Erfolg, aber Spannungen reduziert. Die OSZE in der Republik Moldova“. In: Wissenschaft und Frieden (1997), unter: <http://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=1203> (aufgerufen am 05. November 2011).

<sup>257</sup> Vgl. Munteanu, 2000, S. 162.

Dass die OSZE in all den Jahren nur wenige Erfolge vorweisen kann, liegt vor allem an der Konstruktion der Organisation selbst:

- Die OSZE hat keine Zwangsmechanismen zur Implementierung von Forderungen. Beschlüsse können ignoriert werden, ohne dass die Mitgliedstaaten mit Konsequenzen rechnen müssen. In Fall Moldaus ist das für die Konfliktlösung ein großes Hindernis.
  - a. Russland hat sich beim OSZE-Gipfel in Istanbul 1999 verpflichtet, die russischen Truppen aus Transnistrien abzuziehen, hat sich daran nicht gehalten und verweist gerne darauf, dass die OSZE-Beschlüsse nicht bindend sind. Die einzige Sanktion, die der OSZE zur Verfügung steht, ist die „Bloßstellung“ des Mitgliedes, der nicht-OSZE-Konform gehandelt hat.
  - b. Das Fehlen von Druckmitteln gegen die Kooperationsunwilligkeit der Separatisten war einer der wichtigsten Faktoren für die Stagnation in der Verhandlung. Das bedeutete für Moldau von Beginn an eine sehr schlechte Ausgangsposition. Auf der einen Seite die OSZE, der westliche Akteur, der nur helfen kann, wenn eine Verhandlungsbereitschaft vorhanden ist, und auf der anderen Seite Russland mit der Ukraine, die das Überleben des separatistischen Regimes unterstützt haben. Bis heute hat die OSZE lediglich eingeschränkt Zugang auf dem separatistischen Gebiet.
- Ein weiterer Schwachpunkt ist die Konsensregel, das bedeutet, dass jeder Mitgliedstaat der OSZE das Recht auf ein Veto hat und dadurch die gesamte Organisation paralisieren kann.

Die Einbindung der EU und USA als Teil des 5+2 Verhandlungsformats wird die Rolle der OSZE in den Verhandlungen noch stärker minimieren. Allerdings hat die OSZE-Mission in Moldau noch immer eine Zukunft, jedoch unter einem anderen Mandat: Hilfe beim Aufbau einer Zivilgesellschaft, Einhaltung der Menschenrechte, Beschleunigung des Demokratieprozesses usw.



## 6. Moldau in der geopolitischen Falle

### 6.1. Die russische Perspektive

Putin hat 2005 den Zusammenbruch der Sowjetunion als *größte geopolitische Katastrophe* des 20. Jahrhunderts bezeichnet. Tatsächlich bedeutete für Russland das Ende des Kalten Krieges, verbunden mit der Verschiebung der Gegengewichte in der Welt, eine Katastrophe. Dass Millionen ethnische Russen sich plötzlich außerhalb der russischen Grenze befanden, der ökonomische Niedergang und die Instabilität waren die größten Sorgen. Die Chaos-Jahre der zusammenbrechenden Sowjetunion und der (vorübergehenden) Degradierung von Weltmacht zur Regionalmacht zwang Russland aus dem sicherheitspolitischen Aspekt, auf die Geopolitik zurückzugreifen. Für das *nahe Ausland* hat dies nicht den erhofften Befreiungsschlag aus der russischen Dependence gebracht, denn es hat in der russischen Außenpolitik eindeutig Priorität, gefolgt von solchen Regionen wie Osteuropa, Transkaukasien, dem Nahen, Mittleren und Fernen Osten<sup>258</sup>.

Die militärische Auseinandersetzung in Moldau zwischen den moldauischen Sicherheitskräften und der 14. Russische Armee im Jahre 1992 ist das beste Beispiel für die russische Außenpolitik im nahen Ausland und war dazu gedacht, den russischen Einfluss in der Region aufrechtzuerhalten und ein Abdriften der neuen Republiken nach Westen bzw. in den Armen Rumäniens zu verhindern.

Das Gebiet der heutigen Republik Moldau stellt seit zwei Jahrtausenden eine Grenze zwischen verschiedenen Imperien dar. Die unzähligen Kriege auf dem

---

<sup>258</sup> Vgl. Großmann, Horst: „Geopolitik in der Russischen Föderation“. In: Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik, Heft 77, am 11. Oktober 2005, unter: <http://www.sicherheitspolitik-dss.de/autoren/groszmann/ap7705hg.htm> (aufgerufen am 08. Dezember 2011).

moldauischen Gebiet haben die Ethnostruktur der Bevölkerung verändert und sich negativ auf die Entwicklung der Region ausgewirkt. Im ersten Jahrhundert n. Chr. Markierte der Dnjestr-Fluss die Grenze des Römischen Reiches, im 15. Jhd. des Osmanischen Reiches, im 18. Jhd. des Russischen Reiches und heute stellt Dnjestr eine Abgrenzung zwischen der westlichen (EU und NATO) und der slawischen Welt (GUS)<sup>259</sup> dar.

Für Russland bildet der Dnjestr-Fluss eine strategische Abgrenzungslinie zwischen den zwei großen geopolitischen Räumen, den westlichen und den slawischen Raum. Die Republik Moldau und ihre wichtige geographische Lage - stellt eine Übergangslinie von Mittel-, Ost-, und Südosteuropa dar - spielt für die russische Sicherheitspolitik und ihre Interessen in der Region, eine Schlüsselrolle. Geschichtlich gesehen hat Russland versucht, seine Verteidigung so weit wie möglich von der geografischen Grenze zu organisieren. Das beste Beispiel dafür ist Transnistrien und Bessarabien. Als Russland 1792 bis zum Dnjestr expandierte und später Bessarabien einnahm, waren diese Gebiete wenig bevölkert. Aus militärstrategischen Gründen wurden diese Gebiete massiv kolonialisiert, ein Gegenangriff des Osmanischen Reiches sollte dadurch erschwert bzw. das Vorankommen verlangsamt werden.

Die Gründung der MASSR im Jahr 1924 (siehe Kapitel 2.5) ist ein weiterer Beweis der eminenten geopolitischen Bedeutung der moldauischen Region für Russland. Die MASSR sollte die Aufmerksamkeit und die Sympathie des bessarabischen Volkes anziehen und war als Vorwand für die Vereinigung Bessarabiens an die Sowjetunion gedacht. Die Entstehung der Moldauischen Sowjetrepublik würde als strategische Brücke zwischen Sowjetunion und Balkan (über Dobrogea) und zwischen Sowjetunion und Zentraleuropa (über Bukowina und Galizien) dienen<sup>260</sup>.

Nicht zuletzt sollte der Ribbetrof–Molotov Pakt erwähnt werden. 1939 wurde zwischen Hitler und Stalin ein Nichtangriffspakt unterschrieben. Der Pakt sah eine Teilung Polens zwischen Russland und Deutschland vor, das Abgeben der

---

<sup>259</sup> Republik Moldau ist zwar Teil der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, fungiert aber als Pufferzone zwischen diese Welten.

<sup>260</sup> Vgl. Gribincea, Gribincea, & Şişcanu, 2004, S. 4.

baltischen Staaten (außer Litauen) unter den sowjetischen Einfluss sowie die Abtretung des bessarabischen Gebiets – Teil von Großrumänien – an die Sowjets. Der Hitler-Stalin Pakt ist das beste Beispiel für die geopolitische Bedeutung der bessarabischen Region für Russland. George Friedmann sieht dafür mehrere Gründe<sup>261</sup>:

- Die Ostgrenze Bessarabiens war etwa 80km vor dem Hafen von Odessa, der Hauptausgang der Sowjetunion zum Schwarzen Meer und dadurch zum Mittelmeer.
- Der Dnjestr-Fluss stellt für Rumänien eine gute Verteidigungslinie dar, ein Angriff durch Sowjetunion hätte leichter abgewehrt werden können.
- Es ist schwer für Russland in Sicherheit zu sein, wenn die Ukraine von einer feindlichen Macht kontrolliert wird. Moldau spielt die gleiche Rolle für Ukraine wie Ukraine für Russland, also ist sie ein Gebiet, welches die Verteidigung der Ukraine erschwert. Durch die Einnahme Bessarabiens wurde diese Gefahr für Kiew eliminiert.
- Die sowjetische Westgrenze war wieder der Pruth.
- Die Sowjets hätten über Bessarabien die Donau schließen können, was Auswirkungen auf den europäischen Handel gehabt hätte.

Unter geopolitischem Aspekt hat die Wichtigkeit der Republik Moldaus nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion eher zu- als abgenommen. Nicholas Dima schreibt, dass die Existenz der Dnjestr-Republik dazu beiträgt, dass Russland einen großen Einfluss auf Moldau behält: "...keeping Moldova under Moscow, Ukraine under control, and the Balkans under scrutiny"<sup>262</sup>. Viele Regierungsmitglieder aus Moskau vertreten die Meinung, dass die RM eine Schlüsselrolle für die russischen Interessen in der Region einnimmt. Insbesondere General Lebed, Befehlshaber der 14. Russischen Armee und ehemaliger russische Präsidentschaftskandidat, sah Moldau als extrem wichtig

---

<sup>261</sup> Vgl. Friedman, George: "Geopolitical Journey, Part 4: Moldova". In: Stratfor am 19. November 2010, unter: [www.stratfor.com/weekly/20101118\\_geopolitical\\_journey\\_part\\_4\\_moldova](http://www.stratfor.com/weekly/20101118_geopolitical_journey_part_4_moldova); (aufgerufen am 01. Dezember 2011).

<sup>262</sup> Dima, 1999, S. 41.

an: „Russia’s key to the Balkans“ und „if Russia lost this area, it will lose influence in the entire Region“<sup>263</sup>.

Die Außenpolitik der Russischen Föderation hat sich seit 1991 entscheidenden Veränderungen unterzogen. Anfang der 90er-Jahre strebten die liberale Kräfte eine Integration Russlands in das westliche politische System an und sogar ein NATO-Beitritt wurde nicht ausgeschlossen. Die fehlende Unterstützung aus dem Westen, der Verlust des Weltmachtstatus und die Millionen *gestrandete* Russen außerhalb der Russischen Föderation führten zu einer Neuorientierung der Außenpolitik, mit der Priorität auf die ehemaligen sowjetischen Republiken (nahes Ausland), die als exklusive Sphäre der russischen Interessen<sup>264</sup> angesehen wurden. 1993 wurde eine neue nationale Sicherheitsdoktrin beschlossen, dadurch behielt sich Russland das Recht, militärisch in den ehemaligen Sowjetrepubliken zu intervenieren<sup>265</sup>.

Nachdem Vladimir Putin 1999 Präsident Russlands wurde, ist eine Verschärfung der Gangart gegenüber dem nahen Ausland, die Republik Moldau miteingeschlossen, zu beobachten. Die NATO-Osterweiterung 2004 sowie die EU-Osterweiterung 2007 – in der Folge wurde die RM direkter Nachbar eines NATO- und EU-Staates – führten dazu, dass die RM für Russland eine bedeutendere Rolle in seiner Sicherheitspolitik einnahm. Republik Moldau stellt eine *Pufferzone* zwischen den Westmächten und Russland dar und Transnistrien ist die Garantie, dass Moldau weiterhin unter russischem Einfluss bleibt. Die „angespannte“ Sicherheitslage rund um Russland wird eine Konfliktlösungsfindung nicht gerade beschleunigen, denn die Russische Föderation ist der Hauptakteur auf der politischen Bühne in der RM und spielt die Schlüsselrolle in den Verhandlungen. Wie der Autor Michael Emerson schreibt, versucht Russland „its national interest in sustaining tensions over Transnistria, Abkhazia and South Ossetia“<sup>266</sup> durchzusetzen.

---

<sup>263</sup> Bugajski, 2004, S. 98.

<sup>264</sup> Vgl. Kortunow, 2000, S. 299.

<sup>265</sup> Vgl. Graf, 2010, S. 180.

<sup>266</sup> Emerson, 2008, S. 5.

Thomas Glotz stellt folgendes fest: "there is not a civil war or separatist conflict in the former Soviet Union without them (russians)"<sup>267</sup>. Die Analyse der Konflikte im post-sowjetischen Raum ergibt meiner Meinung nach, bei näherer Betrachtung, ein Szenario, nach dessen Muster die Konflikte in Georgien, Berg-Karabach oder Transnistrien verlaufen sind. Ein erster Schritt ist die Steuerung und Unterstützung beim Aufbau und Entwicklung von separatistischen Kräften im Inneren der Republiken. Es folgen der Aufbau und die Bewaffnung paramilitärischer Einheiten sowie dann die Provokation einer militärischen Auseinandersetzung zwischen Separatisten und die Zentralregierung der Republik. Da die Abtrünnigen einen Alleingang nicht schaffen würden, ist, im Falle einer möglichen Niederlage, die direkte Beteiligung der russischen Armee vorgesehen. Nach der Eskalation greifen die russischen Truppen direkt ein, um die kämpfenden Parteien zu trennen. Es folgt die „Einfrierung“ des Konflikts durch vorgetäuschten Willen zur Konfliktlösung, dabei nimmt Russland die Rolle des *Peacekeepers*, des Mediators und des Garanten ein. Die *Einfrierung* trägt zur Konsolidierung der separatistischen Kräfte bei und auf diese Weise nimmt Russland Einfluss auf die Tagesordnung der Zentralregierung. Eine Beteiligung von internationalen Akteuren wird von vornherein abgelehnt bzw. verhindert.

Russland kann aber auch friedlich seine geopolitischen Interessen im nahen Ausland durchsetzen. Die Visapflicht für die Georgier im Jahr 2001 erfolgte, nachdem die georgischen Sicherheitskräfte in den abchasischen Teil des Kodori-Tals eindrangen. Wie bereits oben erwähnt, unterstützt Russland die separatistischen Bewegungen in den ehemaligen Sowjetrepubliken. Für die georgischen Gastarbeiter in Russland war die Visapflicht verheerend. Das Wirtschaftsembargo gegen die moldauischen Weine in den Jahren 2006 bis 2008 erfolgte, nachdem die europäische Grenzmission an der moldauischen-ukrainischen Grenze seine Arbeit aufgenommen hat und traf die moldauische Wirtschaft besonders hart. Darüber hinaus verfügt Russland über eine *Energiewaffe*. Das Land weist ein sehr hohes Gas- und Ölvorkommen auf. Die meisten ehemalige Sowjetrepubliken sind vom russischen Gas und Öl abhängig und können dadurch besonders leicht unter Druck gesetzt werden. Das beste

---

<sup>267</sup> Goltz, 1993, S. 92.

Beispiel ist der Gasstreit mit der Ukraine im Jahr 2009, als nicht nur die Ukraine von dem Gasstop betroffen war, sondern auch weite Teile Europas. Tatsächlich hatte die Ukraine hohe Gasschulden, nur wollte Moskau die Kontrolle über die ukrainischen Gaspipelines erlangen. Der Gedanke dahinter ist simpel: Wer die Gaspipelines kontrolliert, steigert seinen wirtschaftlichen Einfluss und dadurch den Einfluss auf die Politik.

## 6.2. Der Westen

In den letzten zwei Jahrhunderten war die Lage Bessarabiens für Russland aus strategischen Gründen wichtig, doch für den Westen war es nur ein weißer Fleck auf der Karte. Beim Hitler-Stalin Pakt zeigte Deutschland Desinteresse an dieses Gebiet und 60 Jahre später, wurde durch die Teilnahmslosigkeit der internationalen Gemeinschaft wiederum deutlich, dass sich daran wenig geändert hat. Im Gegenteil dazu, konnten sich die Baltischen Staaten, heute Mitglieder der Europäischen Union, sofort nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, durch Ihre geographische Attraktivität auf die Unterstützung im Westen erfreuen.

Im Rahmen der zweiten EU-Osterweiterung wurde die Republik Moldau direkter Nachbar auf eine Länge von 684km. Die Nähe an Staaten mit politischen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen als auch an schwachen, von Menschenrechtsverletzungen, Korruption, ethnischen und religiösen Antagonismen, separatistischen eingefrorenen Konflikten begleiteten Staaten, bedeutete für EU neue Sicherheitsrisiken. Die Republik Moldau, die als *failed state* bezeichnet wird und die durch die Existenz eines eingefrorenen Konflikts auf eigenem Territorium ein destabilisierendes Potenzial für den ganzen Schwarzmeerraum darstellt, bekam in den letzten Jahren immer mehr internationale Aufmerksamkeit. Die europäischen Institutionen betrachten den Transnistrien Konflikt nicht mehr durch das alte Paradigma, als Russland ein spezielles Recht zur Reglementierung der Krisen in der GUS eingeräumt wurde. Vielmehr versucht die EU, durch verschiedene regionale Programme,

die Stabilität und die Sicherheit in ihrer unmittelbaren Umgebung zu sichern. Die letzte und vorletzte EU-Erweiterung haben vor allem gezeigt, dass allein die Perspektive einer EU-Mitgliedschaft zur Stabilisierung der Beitrittsstaaten trägt und dies hat sich als bestes außenpolitisches Instrument zur Implementierung politischer, ökonomischer und sozialer Reformen herausgestellt. Basierend auf EUs Grundsätze und Werte, konnte durch Europäisierung der Staaten große Erfolge bei der Erweiterung der demokratischen Zone erzielt werden.

Während Russland durch ein aggressives Auftreten in den ehemaligen Sowjetsaaten seine Ziele erreichen möchte, hat die EU den Weg der Demokratisierung ausgewählt und scheint damit in Moldau durchaus Erfolg zu haben. Die Kombination aus finanziellen Hilfen und breiteren Zugang auf dem europäischen Markt - im Austausch für Implementierung (demokratischer) Reformen - stellt ein Gegengewicht zum russischen traditionellen Einfluss in der Region.





## 7. Schlussfolgerung

Der Transnistrien-Konflikt ist zweifellos und in jeder Hinsicht das größte Problem der Republik Moldau. 20 Jahre sind seit der Unabhängigkeitserklärung vergangen, und genauso lange dauert der noch ungelöste Konflikt auf der linken Seite des Dnjestr. Dieser Konflikt stellt ein großes Hindernis für den Transformationsprozess des Landes dar und hat, in Kombination mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, den wirtschaftlichen Zerfall der Republik mit verheerenden Auswirkungen auf das Sozialsystem mit sich gebracht. Obwohl sich in der Bevölkerung unterschiedliche Meinungen zu den Gründen und zur Art des Konflikts gebildet haben, ist die Mehrheit - sowohl auf dem rechten, als auch auf dem linken Ufer - an einer schnellen und dauerhaften Konfliktlösung interessiert. Eine Bereinigung des Konflikts würde diverse Probleme der lokalen Bevölkerung lösen und zur Beschleunigung der Entwicklung des sozio-ökonomischen Bereiches sowie zum Aufbau eines modernen, demokratischen und erfolgreichen Staates beitragen.

Der Transnistrien-Konflikt ist im Vergleich zu anderen eingefrorenen Konflikten in der ehemaligen Sowjetunion weniger komplex, und diese Tatsache dürfte eine Lösung gewissermaßen begünstigen. Tatsächlich wurde der Konflikt künstlich ausgelöst sowie von außen inspiriert und hatte keine ethnischen oder religiösen Antagonismen, dies sollte die Entwicklung realistischer Reglementierungsszenarien im Grunde genommen erleichtern. Trotz einiger Mentalitätsunterschiede und der negativen Auswirkungen der Feindseligkeiten auf das Bewusstsein der Bevölkerung im Jahr 1992 hegen die Menschen auf beiden Seiten im Allgemeinen keine Hassgefühle oder Feindschaft gegeneinander. Die Moldauer, die Ukrainer, die Russen und andere Nationalitäten sind auf beiden Seiten mehrheitlich Christlich-Orthodox, vereint unter sich durch tiefe historische Wurzeln, durch Verwandtschaft und nicht

zuletzt durch Mischehen. Das macht sie „kompatibel“ zueinander und sichert ein friedliches Leben in einem gemeinsamen Staat.

Die Beteiligung der EU und der USA an den Verhandlungen als Beobachter an der Seite der OSZE, der Russischen Föderation und der Ukraine, die eine Vermittlerrolle innehaben, lässt eine baldige Lösung des Konflikts glaubhaft erscheinen. Gemeinsam haben alle diese internationalen Akteure das Potenzial und die notwendigen politischen und wirtschaftlichen Mittel, zu einer Beilegung des transnistrischen Konflikts auf der Grundlage eines vernünftigen Kompromisses zu führen und dementsprechend eine Ausgewogenheit der geopolitischen Interessen in diesem Teil Europas zu sichern.

Trotz der positiven Charakteristik des Transnistrien-Problems, die sich von anderen regionalen Krisenherden unterscheidet, entstehen mehrere Fragen, wobei zwei davon besonders relevant erscheinen: Aus welchen Gründen hat eine Konfliktreglementierung bis heute nicht funktioniert und welche Perspektiven hat eine Konfliktlösung tatsächlich?

Dabei ist entscheidend, aus welcher Perspektive die Frage beantwortet wird, denn aus der Chişinăuer Perspektive ergibt sich eine andere Antwort als aus der Moskauer bzw. Tiraspoler Sicht. Während Moskau als einzige Möglichkeit eine Föderalisierung der Republik Moldau vorsieht und Tiraspol sogar auf das Selbstbestimmungsrecht der „transnistrischen“ Bevölkerung pocht, kann sich Chişinău nur eine erweiterte Autonomie für die Dnjestr-Region vorstellen. Hindernisse für eine schnelle Lösung sind aber nicht nur die unüberbrückbaren Differenzen zwischen den Parteien, sondern vielmehr die jeweiligen Eigeninteressen. Die Regierung in Chişinău verfolgt eine Reintegration des Landes, um den angefangenen Transformationsprozess nach dem Zusammenbruch der UdSSR, zu Ende zu bringen. Dagegen sieht Moskau Transnistrien als eine Absicherung seines Einflusses in der Region. Tatsächlich ist die Tiraspoler-Führung nur eine russische Marionette und Russland der Hauptakteur in der Transnistrien-Frage. Ohne dessen Einmischung und Unterstützung der separatistischen Kräfte vor und nach der Konfrontation wäre eine Lösung in der Transnistrien-Frage längst gefunden worden bzw. hätten die

Ereignisse Anfang der 90er-Jahre vermieden werden können. Russland ist Teil des Konflikts, obwohl diese Tatsache von Russland stets bestritten wird. Allein die Unterzeichnung des Waffenstillstandes am 21. Juli 1992 in Moskau zwischen Snegur und Jelzin bestätigt dies, abgesehen von der direkten Einmischung der 14. Russischen Armee auf der Seite der Separatisten. Anstatt eine konstruktive Position einzunehmen, hat Russland sich für eine „Einfrierung“ des Konflikts entschieden und ist sichtlich an der Beibehaltung des Status quo Transnistriens interessiert. Spätestens seit dem Merkel-Medwedew Memorandum 2010 (Meseberg Memorandum) ist klar geworden, wo der Schlüssel für eine Konfliktreglementierung liegt. Im Verlauf der letzten 20 Jahren hat Russland den Verhandlungsprozess geschickt sabotiert und selbst Forderungen an Chişinău gestellt, obwohl es als Garantiemacht beteiligt war. Den Höhepunkt stellt der Kozak-Plan im Jahr 2003 dar, als Russland die Normen des moldauischen Staatsaufbaus vorschreiben wollte.

Es wäre falsch zu behaupten, dass eine Konfliktlösung in der Transnistrien-Frage nicht möglich sei. Es stellt sich nur die Frage, wie viel die Republik Moldau bereit ist, dafür zu zahlen bzw. aufzugeben. Die bisherigen Ansätze zeigen vor allem, dass eine Lösung nur gegen einen Souveränitätsverlust möglich ist. Im Jahr 2005 wurden die EU und USA als Beobachter im Verhandlungsprozess akzeptiert, dies weckte die Hoffnung auf einer baldige Lösung der Transnistrien-Frage. Im Jahr 2011 wurden nach einer sechsjährigen Pause lediglich die offiziellen Verhandlungen im Format 5+2 wieder aufgenommen. Tatsache ist, dass dieses Format ineffizient ist und bestenfalls für Beratungen dienen kann. Das Problem liegt aber nicht daran, sondern an PMR, die durch die russische Unterstützung unwillig ist, Chişinăus Bedingungen zu akzeptieren. Seit 1993 konnte kein einziges substanzielles Zugeständnis von Seiten der Tiraspoler Führung abgetrotzt werden. Die ökonomische, finanzielle und militärische Unterstützung der Region durch Russland entzieht der Regierung in Chişinău, die selbst ökonomisch, finanziell und militärisch schwach ist, jegliche Druckmöglichkeit.

Die geopolitische schwierige Lage der Republik Moldau, als Zone besonderer strategischer Interessen Russlands, gleichzeitig auch als Pufferzone zwischen EU einerseits und Russland andererseits, macht eine Konfliktreglementierung in den nächsten Jahren aussichtslos. Der Konfliktverlauf, die offene Unterstützung des separatistischen Regimes und die Lösungsvorschläge aus Moskau weisen darauf hin, dass Russland jedes Mittel einsetzen wird, um den Einfluss über Moldau beizubehalten.

Die Regierung in Chişinău hat in den letzten drei Jahren eine neue-alte Herangehensweise zur Konfliktlösung gewählt. Die vertrauensbildenden Maßnahmen, die besonders an die 90er-Jahre erinnern, als das rechte Dnjestrufer einseitige Zugeständnisse an Tiraspol machte, zielen nicht nur auf die separatistische Führung ab, sondern versuchen auch die Bevölkerung direkt anzusprechen und zu erreichen. Die internationale Hilfe, insbesondere die finanzielle Unterstützung der EU, hat in den letzten zwei Jahren ein unvorstellbares Ausmaß erreicht und dienen zur Stabilisierung der Region. Darüber hinaus erhofft sich Chişinău, durch eine konsequente Umsetzung der vorgeschriebenen Reformen aus Brüssel weitere Vorteile zu erringen. Die Vertiefung Moldaus in die europäischen Strukturen, verbunden mit einer Steigerung des Lebensstandards und der Liberalisierung der Visa-Regelung, werden die Attraktivität des rechtsseitigen Ufers in den Augen der *Transnistrier* unweigerlich steigern. Transnistrien ist schon heute wirtschaftlich abhängig von der EU, auch wenn die Rhetorik der lokalen Führung etwas anderes vermuten lässt. Nichtsdestotrotz kann die Rolle Russlands, ohne dessen Zustimmung eine Lösung nicht möglich ist, in Transnistrien nicht vernachlässigt werden. Daher spricht nichts für eine Konfliktreglementierung in den nächsten Jahren.

## 8. Literaturverzeichnis

Amonte, Dan: "Wine" warfare at the doorstep - nothing new just business for Russia", (03. August 2010), S. 3, unter: [http://www.viitorul.org/public/2937/en/Policy\\_Statewatch8\\_en.pdf](http://www.viitorul.org/public/2937/en/Policy_Statewatch8_en.pdf) (aufgerufen am 06. November 2011).

Antonov, Galina Mihail: „Komendantskiï chas v Pridnestrov'e“. In: Komsomol'skaya Pravda am 08. November 2011, unter: <http://kp.ru/daily/25783/2766621/> (aufgerufen am 25. Dezember 2011)

Auer, J., 2006: "Das Kosovo, Moldova und Afghanistan im Vergleich". In: W. Feichtinger & P. Jurekovic, Hrsg. Internationales Konfliktmanagement im Fokus. Kosovo, Moldova und Afghanistan im kritischen Vergleich. Baden-Baden: Nomos, S. 253-260.

Auswärtiges Amt Deutschland: „Die Östliche Partnerschaft“, (9. September 2011), unter: [http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/Aussenpolitik/Regionalabkommen/Oestliche%20Partnerschaft\\_node.html](http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Europa/Aussenpolitik/Regionalabkommen/Oestliche%20Partnerschaft_node.html) (aufgerufen am 20. Dezember 2011).

Avram, Eliza: „MAE salută reluarea negocierilor în format "5 + 2" privind conflictul din Transnistria“. In: România Liberă am 02. Dezember 2011, unter: <http://www.romanialibera.ro/actualitate/europa/mae-saluta-reluarea-negocierilor-in-format-5-2-privind-conflictul-din-transnistria-246659.html> (aufgerufen am 10. Dezember 2011).

Banea, Radu: "Milimetrii de aur" în reglementarea transnistreană. Interview mit Eugen Carpov“. In: Radio Europa Libera am 05. Dezember 2011, unter: <http://www.europalibera.org/content/article/24411354.html> (aufgerufen am 05. Dezember 2011).

Belitser N., et al. 2009: „Transnistrian problem: a view from Ukraine“, S. 28, unter: [www.irf.ua/files/eng/text\\_eng.pdf](http://www.irf.ua/files/eng/text_eng.pdf) (aufgerufen am 15. Dezember 2011).

Beyer, J., 2011: "Drumuri peste Nistru. Transnistria: Perceptiile Populatiei privind solutionarea pasnica a conflictului", London: Safeworld. S. 43.

Boldur, A. V., 1943: "Românii si strămoșii lor în Istoria Transnistriei". Iași: Institutului de Istorie Națională "A.D. Xenopol", S. 80.

Borgen, C., Meyer M., 2006: "Dezghetarea unui conflict inghetat: Aspecte legale ale crizei separatiste din Moldova", Chisinau: Asociatia Avocatilor orasului New York, S. 77

Boțan, I., 2009. Reglementarea transnistreană: o soluție europeană. Chisinau: Adept, S. 88.

- Broich, M., 2005: "Der Wandel der Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Republik Moldau im Kontext der EU-Erweiterungspolitik". S. 320, unter: <http://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DocumentServlet?id=18292> (aufgerufen am 06 November 2011).
- Bugajski, J., 2004: "Cold peace: Russia's new imperialism". Westport: Praeger, S. 312
- Büscher, Klemens: „Die "Staatlichkeit" Transnistriens - ein Unfall der Geschichte?“, (Februar 1998), S. 32, unter: [www.uni-leipzig.de/~mil/pdf/de/BuescherTransnistrien.pdf](http://www.uni-leipzig.de/~mil/pdf/de/BuescherTransnistrien.pdf) (aufgerufen am 16. November 2011).
- Büscher, K., 2011: Die Missionen in der Republik Moldau und in der Ukraine: eine doppelte Bilanz. OSCE Jahrbuch 1999, S. 221-237.
- Buzogany, A. & Marandici, I., 2008: "Vom Statisten zum Akteur? Die Europäische Nachbarschaftspolitik und die Rolle der Ukraine im Transnistrien-Konflikt". In: Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen, Issue 61, S. 79-90.
- Case of Ilascu and others v. Moldova and Russia. (Application no. 48787/99), 2004. Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, unter: <http://www.unhcr.org/refworld/publisher,ECHR,,MDA,414d9df64,0.html> (aufgerufen am 01. Dezember 2011).
- Chirtoacă, I. et al., 2007: "O istorie a regiunii Transnistriene din cele mai vechi timpuri până în prezent". Chişinău: Civitas, S. 519.
- Ciobanu, C., 2007: "Frozen and Forgotten Conflicts in the Post-Soviet States: Genesis, Political Economy and Prospects for Solution (Lessons from Moldova)". Washington DC: United States Institute of Peace, S. 181.
- Cioroianu, A., 2010: "Ghiuleaua rusească de la glezna Moldovei". In: Foreign Policy România, Mai/Juni, Issue 16, S. 54-55.
- Ciurea, C., Litra, L., Berbeca, V. & Fala, A., 2010: "Raport de prevenire a crizelor", Chisinau: Institutul pentru Dezvoltare și Inițiative Sociale (IDIS) „Viitorul”, S. 49
- Cojocaru, N., 2006: "Nationalism and identity in Transnistria". In: Innovation: The European Journal of Social Science Research. London: Routledge, S. 261-272.
- Cojocaru, N. & Suhan, S., 2004: "Transnistria the socio-ideological context of invented identities". In: J. De Waele & C. Zgureanu-Guragata, Hrsg. La Moldavie : entre deux mondes?. Bruxelles: Université de Bruxelles, S. 153-170.
- Cusco, A., 2008: "Between nation and empire: Russian and Romanian. Competing visions of Bessarabia in the second half of the 19th and early 20th century.. " Budapest: Central European University, S. 531.
- Dailey, E., 1993: "Human Rights in Moldova. The Turbulent Dniester", New York: Helsinki Watch.

Das Portal der Europäischen Union: „Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA): Russland, Osteuropa, Südkaukasus und Zentralasien“, (29. September 2010), unter:

[http://europa.eu/legislation\\_summaries/external\\_relations/relations\\_with\\_third\\_countries/eastern\\_europe\\_and\\_central\\_asia/r17002\\_de.htm](http://europa.eu/legislation_summaries/external_relations/relations_with_third_countries/eastern_europe_and_central_asia/r17002_de.htm) (aufgerufen am 19. Dezember 2011)

Der Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen der Russischen Föderation und der Republik Moldau. (19. November 2001), unter:

[http://www.mid.ru/bdcomp/spd\\_md.nsf/0/7B462AECFD07DFB1442579720041CFBF](http://www.mid.ru/bdcomp/spd_md.nsf/0/7B462AECFD07DFB1442579720041CFBF) (aufgerufen am 01. Dezember 2011).

Dima, N., 1999: "The Moldavian-Dnestr Republic. A Geo-Political Game". In: The Journal of Social, Political, and Economic Studies. Washington DC: The Council for Social and Economic Studies, S. 37-64.

Dugin, A., 2000. Osnovy geopolitiki. Geopoliticheskoe budushcheye Rossii. Myslit Prostranstvom. Moskau: Arktogeia Centre, S. 924.

Emerson, M., 2008: "Time to think of a strategic bargain with Russia", Policy brief No. 160, Brüssels: Center for European Policy Studies, S. 8.

Europäische Kommission: „Die Politik: Was ist die Europäische Nachbarschaftspolitik?“, (12. Dezember 2009), unter: [http://ec.europa.eu/world/enp/policy\\_de.htm](http://ec.europa.eu/world/enp/policy_de.htm) (aufgerufen am 20. Dezember 2011).

Fati, S., 2005: "Transnistria. Evoluția unui conflict înghețat și perspective de soluționare", Bukarest: Insitut Ovidiu Șincai, S. 17

Frasineanu, D., 2007: "Geopolitica". Bukarest: Verlag Romania de Maine. S. 329.

Friedman, George: "Geopolitical Journey, Part 4: Moldova". In: Stratfor am 19. November 2010, unter:

[www.stratfor.com/weekly/20101118\\_geopolitical\\_journey\\_part\\_4\\_moldova](http://www.stratfor.com/weekly/20101118_geopolitical_journey_part_4_moldova); (aufgerufen am 01. Dezember 2011).

Gabanyi, A. U., 2007: "Moldova – A Test Case in EU-Russian Relations?". In: J. Deimel & W. v. Meurs, Hrsg. The Balkan prism: A retrospective by policy-makers and analyst. München: Otter Sagner, S. 499-511.

Garaz, Marcel: "Juridical evaluation of the peacekeeping operations in Transnistria in conformity with the international law". (12. Mai 2001), S. 29, unter:

<http://www.ipp.md/download.php?file=cHVibGJlL2JpYmxpb3RIY2EvMTUvZW4vTWVtYnJpaV9FbmcucGRm&id=45> (aufgerufen am 01. November 2011).

Ghimpu, G., 2002: "Conștiința națională a românilor moldoveni". Chișinău: Garuda - Art, S. 652.

Golopenția, Sandra; 2006: „Romanii de la est de Bug — Lucrările echipei de identificare a Institutului Central de Statistică conduse de Anton Golopenția (1941–

1943)“. Band mit Einführung und Hinweise von Sanda Golopenția, (15. September 2006), S. 60, unter:  
[http://www.motociclism.ro/forum/index.php?app=core&module=attach&section=attach&attach\\_id=254038](http://www.motociclism.ro/forum/index.php?app=core&module=attach&section=attach&attach_id=254038) (aufgerufen am 01. Dezember 2011).

Goltz, T.: "Letter from Eurasia: The Hidden Russian Hand". In: Foreign Policy, (Herbst 1993), Issue 92, S. 92-116.

Gorelova, E & Selari, G: "Costs of Transdnestrian conflict and benefits of its resolution", (2009), S. 70, unter: <http://www.cisr-md.org/pdf/Report%20ENG%20Master%20Draft%20vGS.pdf> (aufgerufen am 01. November 2011)

Graf, K., 2010. "Der Transnistrien-Konflikt: Produkt spätsowjetischer Verteilungskämpfe und Zerfallskonflikt der implodierten Sowjetunion". Hamburg: Disserta Verlag, S, 460.

Gribincea, A., Gribincea, M. & Șișcanu, I., 2004: "Politica de moldovenizare în R.A.S.S Moldovenească. Culegere de documente și materiale". Chișinău: Civitas, S. 334.

Gribincea, M., 2001. "The russian policy on military bases: Georgia and Moldova". Oradea: Editura Cogito, S. 320.

Gribincea, M., 2009: "Abzug der russischen Streitkräfte aus Moldau - Schlüssel zur Wiederbelebung des KSE-Vertrags". In: W. Zellner & H. N. G. Schmidt, Hrsg. Die Zukunft konventioneller Rüstungskontrolle in Europa. Baden-Baden: Nomos, S. 280-291.

Gribincean, M., 1995. Basarabia în primii ani de ocupație sovietică 1944-1950. Cluj Napoca: Dacia, S. 189.

Großmann, Horst: „Geopolitik in der Russischen Föderation“. In: Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik, Heft 77, am 11. Oktober 2005, unter: <http://www.sicherheitspolitik-dss.de/autoren/groszmann/ap7705hg.htm> (aufgerufen am 08. Dezember 2011).

Hanne, G., 1998: "Der Transnistrien-Konflikt: Ursachen, Entwicklungsbedingungen und Perspektiven einer Regulierung", Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, S. 41.

Heitmann, K., 1965: "Rumänische Sprache und Literatur in Bessarabien und Transnistrien". In: Zeitschrift für romanische Philologie, 81(Heft 1-2), S. 102-156.

Helsinki Watch: ""War or Peace? Human Rights and Russian Military involvement in the "Near Abroad"", (Dezember 1993), unter: <http://www.hrw.org/legacy/reports/1993/russia/> (aufgerufen am 01. Dezember 2011).

International Crisis Group: "Moldova: "No quick fix"", (12. August 2003), ICG Europe Report No.147, S. 41, unter: [http://www.crisisgroup.org/~media/Files/europe/Moldova%20147.pdf](http://www.crisisgroup.org/~/media/Files/europe/Moldova%20147.pdf) (aufgerufen am 01. Dezember 2011).



International Crisis Group: "Moldova: Regional Tensions over Transdnistria", (17. Juni 2004), ICG Europe Report No.157, Chişinău 2004. unter:  
<http://www.crisisgroup.org/en/regions/europe/moldova/157-moldova-regional-tensions-over-transdnistria.aspx> (aufgerufen am 01. Dezember 2011)

Ismailov, E. & Papava, V., 2010: "Rethinking Central Eurasia". Stockholm: Institute for Security and Development Policy, S. 120.

Jahn, D., 2006: "Einführung in vergleichende Politikwissenschaft". 1. Hrsg. Wiesbaden: VS Verlag, S. 551.

Joint declaration adopted following talks between President of the Russian Federation Dmitry Medvedev, and President of the Republic of Moldova Vladimir Voronin and Head of Transdnistria Igor Smirnov, Barvikha, (18.03.2009), unter:  
[http://www.mid.ru/bdomp/Brp\\_4.nsf/arh/01D19D444863EDD5C325757E00524650?OpenDocument](http://www.mid.ru/bdomp/Brp_4.nsf/arh/01D19D444863EDD5C325757E00524650?OpenDocument) (aufgerufen am 20. Dezember 2011)

Joint Statement by President George W. Bush and President Vladimir Voronin on U.S.-Moldovan Relations, (17.12.2002), unter: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2002/12/20021217-1.html> (aufgerufen am 01. Dezember 2011).

Juschtschenko-Plan (16. Mai 2005), unter:  
<http://www.ecmimoldova.org/fileadmin/ecmimoldova.org/docs/transd.official/Yushchenko%20Plan-June%202005.pdf> (aufgerufen am 05. November 2011)

Kaufman, S. J., 1996: "Spiraling to Ethnic War: Elites, Masses, and Moscow in Moldova's Civil War". In: International Security, Bd. 21/2. s.l.:MIT Press, S. 108-138.

King, Charles (1992): "The Language of Politics and the Politics of Language: Moldavian Identity and Soviet-Romanian Relations 1985-1991". In: Revue Roumaine d'Études Internationales, 2/1992, S. 137-155.

King, C., 2000. "The Moldovans. Romania, Russia and the Politics of Culture". Stanford(California): Hoover Institution Press, S. 303.

Kolenda, Carsten/Marr, Peter/RömerThomas: „Raum und Lebensraum als Schicksal und Mythos – Die Wiederkehr der Geopolitik“, (17. Juli 2002), unter:  
[http://kolenda.de/pdf/SSemB\\_GeoPol\\_LF.pdf](http://kolenda.de/pdf/SSemB_GeoPol_LF.pdf) (aufgerufen am 01. Dezember 2011), S. 9.

Kolstø, P. & Edemsky, A., 1995: "Russians in the former soviet republics". Bloomington: Indiana University Press, S. 356.

Kolstø, P., Edemsky, A. & Kalashnikova, N., 1993: "The Dniestr conflict: Between Irredentism and Separatism". In: Europe-Asia Studies. Glasgow: Department of Central and East European Studies, University of Glasgow, S. 973-1000.

Kolstø, P. & Malgin, A., 1998: "The Transnistrian republic: A case of politicized regionalism". In: Nationalities Papers, 26(1), S. 103-127.

Kommuniqué: Treffen des Nordatlantikrats auf Ebene der Staats- und Regierungschefs am 28./29.6.2004 in Istanbul“, (2004), unter:  
[http://www.nato.diplo.de/contentblob/1943102/Daten/190703/2004\\_06\\_Istanbul\\_DownlDat.pdf](http://www.nato.diplo.de/contentblob/1943102/Daten/190703/2004_06_Istanbul_DownlDat.pdf) (aufgerufen am 01. Dezember 2011).

Kortunow, A. W., 2000: "Russlands Gemeinschaft Unabhängiger Staaten zwischen fundamentalistischer Projektion und selektiver Praxis". In: P. W. Schulze & H. Spanger, Hrsg. Die Zukunft Russlands: Staat und Gesellschaft nach der Transformationskrise. Frankfurt/Main: Campus Verlag, S. 272-319.

Kramer, David J.: "U.S. abandoning Russia's neighbors". In: The Washington Post am 15. Mai 2010, unter: <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2010/05/14/AR2010051404496.html> (aufgerufen am 25. Dezember 2010).

KSZE - Drittes Treffen des Rates. Zusammenfassung der Schlußfolgerungen. Beschluß friedliche Beilegung von Streitigkeiten, 1992. Drittes Treffen des Rates. Zusammenfassung der Schlußfolgerungen. Beschluß friedliche Beilegung von Streitigkeiten. Stockholm, KSZE, S. 71.

KSZE Mission in Moldova: „Raport Nr. 13“, (13. November 1993) S. 8, unter:  
<http://www.osce.org/moldova/42307> (aufgerufen am 01. Dezember 2011).

KSZE: "The Transdnestrian Conflict in Moldova: Origins and Main Issues", (10. Juni 1994), S. 6, unter: <http://www.osce.org/moldova/42308> (aufgerufen am 01. November 2011).

Kuryleva, Olga: „Za 9 mesyatshev 2011 goda naselenie Pridnestrovyia umenshilos bolyee chem na 3,5 tysyachi chelovek“. In: Novyi Region am 01. November 2011, unter: <http://www.nr2ru.com/pmr/355928.html> (aufgerufen am 05. Dezember 2011)..

Lugar, Richard G.: „Enhancing non-proliferation partnerships in the Black Sea Region“, (27. September 2011), unter:  
<http://lugar.senate.gov/issues/foreign/Moldova/blacksea.pdf> (aufgerufen am 14. Dezember 2011).

Malek, M., 2006: "Der Konflikt im Dnjestr-Gebiet (Moldova)". Wien: Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, S. 97.

Marchievici, Călin: „Negocierile privind Transnistria, reluate sub influenta vadita a Rusiei si a Germaniei“. In: Cotidianul am 1. Dezember 2011, unter:  
<http://www.cotidianul.ro/negocierile-privind-transnistria-reluate-sub-influenta-vadita-a-rusiei-si-germaniei-165696/> (aufgerufen am 05. Dezember 2011).

Marx, K. & Engels, F., 2002: "Werke, Artikel, Entwürfe. 31, Werke, Artikel, Entwürfe Oktober 1886 bis Februar 1891". Berlin: Akademie Verlag..

Memorandum on the bases for normalization of relations between the Republic of Moldova and Transdneistria. (08. Mai 1997), unter: <http://www.osce.org/moldova/42309> (aufgerufen am 01. Dezember 2011)

Memorandum ob osnovnykh printsipakh gosudarstvennogo ustroistva obedinnogo gosudarstva (Memorandum über die Grundprinzipien des staatlichen Aufbaus eines vereinten Staates)“, (15. November 2003), unter: <http://mfa-pmr.org/index.php?newsid=45> (aufgerufen am 02. Dezember 2011).

Menn, A., 2008: "Konstruktion von Nation und Staat in Osteuropa. Transnistrien und die Republik Moldau". Saarbrücken: VDM Verlag Dr. Müller, S. 112.

Meurs, Wim P. van 1994: "The Bessarabian question in communist historiography", New York: Columbia University Press, S. 458.

Meurs, W. v., 1998: "Carving a Moldavian identity out of history". In: Nationalities Papers. New York: Association for the Study of Nationalities, S. 39-56.

Meurs, W. v., 2009: "Staats-/Nationsbildung und Geschichte in der Republik Moldau". In: W. Heller & M. N. Arambaşa, Hrsg. Am östlichen Rand der Europäischen Union : geopolitische, ethnische und nationale sowie ökonomische und soziale Probleme und ihre Folgen für die Grenzraumbevölkerung. Potsdamer Geographische Forschungen Hrsg. Potsdam: Universitätsverlag Potsdam, S. 61-72.

Mînzărari, D., 2009: "Politica externa a Federatiei Ruse ca obstacol a dezvoltării democratice în spațiul post-sovietic", Chisinau: Institutul pentru Dezvoltare și Inițiative Sociale (IDIS) "Viitorul", S. 50.

Munteanu, I., 2000: "Moldau und die OSZE". OSZE Jahrbuch 1999, S. 161-173.

OSZE-Dokument von Istanbul 1999, (Januar 2000), unter: <http://www.osce.org/de/mc/39571> (aufgerufen am 01. Dezember 2011).

Otetea A. & Schwarm, S 1964: "Marx, Gebietsansprüche. Mit Marx gegen Moskau". Basiert auf: A. Otetea und S. Schwarm, unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-46169498.html> (aufgerufen am 01. November 2011).

o.V.: „România a expulzat trei diplomați ruși în scandalul de spionaj cu Ucraina - raport austriac“. In Cotidianul am 17. Mai 2009, unter: [http://old.cotidianul.ro/romania\\_a\\_expulzat\\_trei\\_diplomati\\_rusi\\_in\\_scandalul\\_de\\_spionaj\\_cu\\_ucraina\\_raport\\_austriac-84721.html](http://old.cotidianul.ro/romania_a_expulzat_trei_diplomati_rusi_in_scandalul_de_spionaj_cu_ucraina_raport_austriac-84721.html) (aufgerufen am 20. Dezember 2011).

o.V.: „GUS. Funke im Pulverfaß“ In: Der Spiegel am 29. Juni 1992, unter: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-13682649.html> (aufgerufen am 03. Dezember 2011).

o.V.: „Appell des Aussenministerium der PMR an Russland, Ukraine und OSZE“. In: Olivia Press am 17.09.2011, unter: <http://www.olvia.idknet.com/ol65-09-01.htm> (aufgerufen am 01. Dezember 2011).

o.V.: „Wir geben keinen Meter Boden preis.“ Der Konflikt zwischen Russen und Moldawiern treibt auf einen Bürgerkrieg zu“. In: Der Spiegel am 06. April 1992: S. 181.

o.V.: „Ministrul de externe Iurie Leancă e încrezător că Moldova va obține liberalizarea vizelor cu UE“. In: Radio Europa Libera am 11. November 2011, unter: <http://www.europalibera.org/content/news/24393463.html> (aufgerufen am 03. Dezember 2011).

o.V.: „Smirnov: Ofitsial'noï zadolzhennosti pered Rossiyeï za gaz u Pridnestrov'ya net“. In: Regnum Nachrichtenagentur am 03. Dezember 2011, unter <http://www.regnum.ru/news/polit/1474559.html> (aufgerufen am 20. Dezember 2011).

Nanoi, Oazu: „The Case of the Republic of Moldova: What Could the European Union and the United States of America Do?“, (29. Oktober 2005), S. 9, unter: <http://www.ipp.md/download.php?file=cHVibGljL2NvbWVudGFyaWkvMzkvZW4vVHJhbnNuaXN0cmIhbiBDb25mbGljdC1FVSBhbmQGU1VBX0VuZ2wyOS5kb2M%3D&id=71> (aufgerufen am 01. November 2011).

Negru, Nicolae: „Germania ajută Rusia să federalizeze Republica Moldova?“. In: Jurnal der Chisinau am 17. Mai 2011, unter: <http://ziar.jurnal.md/2011/05/17/nicolae-negru-germania-ajuta-rusia-sa-federalizeze-republica-moldova/> (aufgerufen am 20. Dezember 2011).

Neukirch, K., 1998: "Der Status Transnistriens aus politischer und völkerrechtlicher Sicht". Kiew: Friedrich-Ebert-Stiftung, S. 57.

Neukirch, K: „Russia and the OSCE- The influence of interested Third and disinterested Fourth Parties on the conflicts in Estonia and Moldova“, (Juli 2001), S. 19, unter: <http://www.ecmi.de/publications/detail/issue-22001-208/> (aufgerufen am 29. November 2011).

Nistor, I. S., 1995: "Istoria Românilor din Transnistria organizarea, cultura și jertfa lor". Bukarest: Eminescu, S. 164.

Parlamentsbeschluss der Republik Moldau N. 117 am 10.06.2005, unter: <http://lex.justice.md/index.php?action=view&view=doc&lang=1&id=307472> (aufgerufen am 01. Dezember 2011)

Parlamentsbeschluss der Republik Moldau Nr. 173 am 22.07.2005, unter: <http://lex.justice.md/index.php?action=view&view=doc&lang=1&id=313004> (aufgerufen am 01. Dezember 2011)

Parlamentsbeschluss der Republik Moldau Nr. 368 über die Außenpolitische Konzeption der Republik Moldau am 08.02.1995, unter: <http://lex.justice.md/index.php?action=view&view=doc&lang=1&id=306955> (aufgerufen am 01. Dezember 2011)

Pintea Iurie: „The military aspect of the conflict settlement in the Eastern part of the Republic of Moldova“ (03. April 2001), S. 47, unter:

<http://www.ipp.md/download.php?file=cHVibGJlL2JpYmxpb3RIY2EvMTIvZW4vTWIsaXRhcnlhczBIY3RmaW5hbF9FbmcuZG9j&id=44> (aufgerufen am 01. November 2011).

Popa, I. & Popa, L., 2009: "Romani, Basarabia si Transnistria". Bucuresti: ARTEMIS und Fundatia Europeana Titulescu, S. 289.

Popescu, N., 2005: "Settling Conflicts in the Neighbourhood: the EU and Moldova", Occasional Paper Nr. 60, Paris: The European Union Institute for Security Studies, S. 46.

Popescu, N., 2011: "EU Foreign Policy and Post-Soviet Conflicts: Stealth Intervention" (Routledge Advances in European Politics). 1. Hrsg. Abingdon: Routledge Chapman & Hal, S. 176.

Popp, N., 1943: "Transnistria. Incercare de monografie regională". Bukarest: Dacia Trăiană. S. 212.

Präsidentialdekret der Republik Moldau Nr. 46 am 15.05.2001, unter: <http://lex.justice.md/index.php?action=view&view=doc&lang=1&id=290505> (aufgerufen am 01. Dezember 2011).

Prisac, L., 2008: "Transnistria in Geopolitical Context of the Wider Black Sea – Historiographical Approach". Yerevan: Armenian International Policy Research Group (AIPRG).

Regierungsbeschluss der Republik Moldau Nr. 904 am 30.08.2001, unter: <http://lex.justice.md/index.php?action=view&view=doc&lang=1&id=305416> (aufgerufen am 01. Dezember 2011)

Report of th CSCE Human Dimension Mission to Moldova (January - February 1993). In: A. Bloed, Hrsg. The Conference on Security and Cooperation in Europe: Analysis and Basic Documents, 1972-1993. Dordrecht: Kluwer Academic Publisher, S. 1159-1179.

Remarks by vice president Joe Biden in Chisinau, Moldova. (11. März 2011), unter: <http://m.whitehouse.gov/the-press-office/2011/03/11/remarks-vice-president-joe-biden-chisinau-moldova> (aufgerufen am 31. Dezember 2011).

Sanduta, Vladimir: „Kaminski: "Obnovlenie" namereno poluchit' bol'shinstvo v parlamente“. In: Ria Novosti am 03. Dezember 2011, unter: <http://ria.ru/interview/20101203/303954181.html> (aufgerufen am 20. Dezember 2011).

Sânzianu, I., 2009: ""Poporul moldovenesc" și "limba moldovenească". De la anexarea țarista la aniversarea a "650 de ani de la întemeierea Țării Moldovei"". Iași: Ed. Pim. S. 152.

Schlussakte der Konferenz der Vertragsstaaten des Vertrags über Konventionelle Streitkräfte in Europa. (19. November 1999), unter: <http://www.osce.org/de/library/14116> (aufgerufen am 01. Dezember 2011)

Schuller, K.: "Transnistriens unstillbarer Appetit". In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17 August, Issue 190, p. 3.

Serebrian, O., 2009: "Geopolitische Perspektiven der Republik Moldau". In: W. Heller & M. N. Arambaşa, Hrsg. Am östlichen Rand der Europäischen Union. Geopolitische, ethnische und nationale sowie ökonomische und soziale Probleme und ihre Folgen für die Grenzraumbevölkerung. Potsdamer Geographische Forschungen Hrsg. Potsdam: Universitätsverlag Potsdam, S. 23-44.

Sergentu, O., 2010. "Geopolitica (Kompendium)". Cluj-Napoca: Dokia, S. 125.

Smochină, N.: "Moldova de dincolo de Nistru". In: Dacia am 15 Juli 1941, Issue 5, p. 2.

Socor, Vladimir: "The OSCE and "Federalization" Failing in Moldova". In: Institute for Advanced Strategic & Political Studies am 27. Januar 2003, unter: [http://www.iasps.org/eng\\_editor/socor\\_show.php?lang=&main=&type=6&article\\_id=148](http://www.iasps.org/eng_editor/socor_show.php?lang=&main=&type=6&article_id=148) (aufgerufen am 02. Dezember 2011).

Socor, V.: "Voronin pressured to accept russian settlement plan for Transnistria". In: Eurasia Daily Monitor am 13. April 2007, unter: [http://www.jamestown.org/programs/edm/single/?tx\\_ttnews%5Btt\\_news%5D=32677&tx\\_ttnews%5BbackPid%5D=171&no\\_cache=1](http://www.jamestown.org/programs/edm/single/?tx_ttnews%5Btt_news%5D=32677&tx_ttnews%5BbackPid%5D=171&no_cache=1) (aufgerufen am 10. Dezember 2011).

Solonenko, et al.: „European integration index for Eastern Partnership countries“ (November 2011), S. 31, unter: <http://www.irf.ua/files/ukr/programs/euro/eap%20index%20pilot%20edition.pdf> (aufgerufen am 15. Dezember 2011).

The European Agency for Reconstruction: "Annual Report 2007", (30. Mai 2008), S. 168, unter: <http://ec.europa.eu/enlargement/archives/ear/publications/main/documents/AnnualReportJan-Dec2007.pdf> (aufgerufen am 20. Dezember 2011).

Troebst, Stefan: „Kein spektakulärer Erfolg, aber Spannungen reduziert. Die OSZE in der Republik Moldova“. In: Wissenschaft und Frieden (1997), unter: <http://www.wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikelID=1203> (aufgerufen am 05. November 2011).

Troebst, S., 1998: "Der Transnistrienkonflikt und seine Bearbeitung durch die OSZE". In: Ö. S. f. F. u. Konfliktforschung, Hrsg. Afrikanische Perspektiven. Friedensbericht 1998. Theorie und Praxis ziviler Konfliktbearbeitung in Osteuropa.. Stadtschleining: Rügger, S. 347–379.

Troebst, S., 2003: "Separatistischer regionalismus (post-)sowjetischer Eliten: Transnistrien 1989-2002". In: P. Ther & H. Sundhaussen, Hrsg. Regionale Bewegungen und Regionalismen in europäischen Zwischenräumen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts. Tagung zur Ostmitteleuropa-Forschung Hrsg. Marburg: Herder-Institut, S. 185-214.

Vătăman, Dan: "Conflictul din Transnistria - istorie și actualitate", (Februar 2009), unter: <http://rrgri.crisc.ro/2010/01/lector-univ-drd-dan-vataman-conflictul-din-transnistria---istorie-si-actualitate-2/> (aufgerufen am 01. November 2011).

Vessels, K. L., 2011: "Why is Moldova a Country? Russia's Continued Influence in the Near Abroad", Austin: The University of Texas at Austin, S. 67.

Widmer André: „Der Krösus im Armenhaus. Im Wunderland des moldauischen Serienmeisters Sheriff Tiraspol“. In: Neue Züricher Zeitung am 18. August 2010, unter: [http://www.nzz.ch/nachrichten/sport/fussball/der\\_kroesus\\_im\\_armenhaus\\_1.7249305.html](http://www.nzz.ch/nachrichten/sport/fussball/der_kroesus_im_armenhaus_1.7249305.html) (aufgerufen am 06. November 2011).

Zaharia, Viorica: "Zvonuri privind cereri colective de cetatenie transnistriana". In: Radio Europa Libera am 07. September 2011, unter: <http://www.europalibera.org/content/article/1816928.htm> (aufgerufen am 30. Dezember 2012)





## Anhang 1: Karte der Republik Moldau



Quelle: Die Presse: [http://diepresse.com/images/uploads\\_360/7/9/0/608144/mol-dawiens\\_grosse\\_aprilrevolution\\_07s38mitteleuropa-atlas\\_moldawien\\_karte\\_prs\\_o\\_rieger20101106202856.jpg](http://diepresse.com/images/uploads_360/7/9/0/608144/mol-dawiens_grosse_aprilrevolution_07s38mitteleuropa-atlas_moldawien_karte_prs_o_rieger20101106202856.jpg) (aufgerufen am 01. Dezember 2011)



## Anhang 2 - Abstract

Der postsowjetische Konflikt in der Republik Moldau, besser bekannt als der *Transnistrien-Konflikt*, konnte 20 Jahre nach seiner Entstehung immer noch nicht gelöst werden. Das Gebiet auf dem linken Ufer des Dnjestr-Flusses hat sich infolge einer sezeessionistischen Bewegung im Jahr 1992 von Moldau abgespalten und konnte durch den Aufbau eigener Herrschaftsstrukturen und mit Hilfe von außen die de facto Unabhängigkeit der Moldau verfestigen. Der *eingefrorene* Konflikt, der in Europa in den 90er-Jahren kaum wahrgenommen wurde, ist durch die zweite EU-Osterweiterungswelle im Jahre 2007 auf die Tagesordnung der europäischen Nachbarschaftspolitik gerückt. Die aktive Beteiligung der EU (mit Rumänien und Deutschland) und der USA in den Verhandlungen als Beobachter an der Seite der OSZE, der Russischen Föderation und der Ukraine, die eine Vermittlerrolle innehaben, stellt eine neue Grundlage für eine Konfliktreglementierung dar und sichert dementsprechend eine Ausgewogenheit der geopolitischen Interessen in diesem Teil Europas.

Diese Arbeit soll, basierend auf der Geschichte, dem Verlauf der Ereignisse, der Akteursanalyse und dem Verhandlungsprozess, die Gründe für das Scheitern der Konfliktreglementierung und die Perspektiven einer Konfliktlösung erläutern.



# Anhang 3 - Lebenslauf

Vladimir Chiveri

---

## LEBENS LAUF

### Persönliche Information

Geburtsdatum: 20. Juli 1986  
Geburtsort: Chişinău, Republik Moldau

### Ausbildung

seit WS 2009	Studium Wirtschaftssprachen Wirtschaftsuniversität Wien, Augasse 2-6, 1090 Wien
seit WS 2005	Studium Politikwissenschaften Universität Wien, Dr.-Karl-Lueger- Ring 1, 1010 Wien
2001-2005	BRG 2 Vereinsgasse 21-23, 1020 Wien (2005 AHS-Reifeprüfungen)
1997-2001	Bundesgymnasium „Mihai Eminescu“ Varsovia Str. 2, Chişinău, Republik Moldau
1993-1997	Volksschule „Mihai Eminescu“ Varsovia Str. 2, Chişinău, Republik Moldau